

# Vorwärts

## Berliner Volksblatt.

### Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

**Abonnements-Bedingungen:**  
Abonnements-Preis vierteljährlich: 3.00 Mk., monatlich 1.10 Mk., wöchentlich 28 Pf., frei im Land.  
Einzige Nummer 5 Pf., Sonntagsnummer mit Multiplikatoren Sonntag-Beilage „Die Neue Welt“ 10 Pf., Post-Abonnements: 1.10 Mark pro Monat, eingetragen in die Post-Zeitungs-Preisliste. Unter Kreuzband für Deutschland und Österreich-Ungarn 2.50 Mark, für das übrige Ausland 4 Mark pro Monat. Postabonnements nehmen an: Belgien, Dänemark, Holland, Italien, Jugoslawien, Portugal, Rumänien, Schweden und die Schweiz.

Ersteinst 1848.

**Die Infections-Gebühr**

Beträgt für die festgelegte Kolonelle ober dem Raum 60 Pfg. für politische und gesellschaftliche Vereins- und Rechenschafts-Anzeigen 30 Pfg. „Kleine Anzeigen“, das festgelegte Wort 30 Pfg. (zuzüglich 2 festgelegte Worte), jedes weitere Wort 10 Pfg. Stellengabe und Schließstellenanzeigen das erste Wort 10 Pfg., jedes weitere Wort 5 Pfg. Worte über 15 Buchstaben zahlen für zwei Worte. Anzeigen für die nächste Nummer müssen bis 5 Uhr nachmittags in der Expedition abgegeben werden. Die Expedition ist bis 7 Uhr abends geöffnet.

Telegramm-Adresse: „Sozialdemokrat Berlin“.

Redaktion: SW. 68, Lindenstrasse 69.  
Fernsprecher: Amt Moritzplatz, Nr. 1983.

Mittwoch, den 16. April 1913.

Expedition: SW. 68, Lindenstrasse 69.  
Fernsprecher: Amt Moritzplatz, Nr. 1984.

## Eine Erinnerung.

Niemals noch ist die Unruhe und die Unrast des Lebens auf allen Gebieten menschlicher Betätigung annähernd so groß gewesen wie jetzt. Die Ereignisse hatten sich und jagen einander. Ein Eindruck, kaum ist er gewonnen, wird schon wieder abgelöst von einem neuen, und selbst die unerhörtesten Tatzfaden verlassen schnell oder werden gar vergessen. Da dürfte es angezeigt sein, den proletarischen preussischen Landtagswählern, insbesondere den Berlinern, die Erinnerung an einen Streich ins Gedächtnis zurückzurufen, der noch nicht lange zurückliegt und der zu den schimpflichsten und unerhörtesten gehört, die jemals eine politische Partei durch ihre maßgebenden Organe gegen politische Gegner geübt hat.

Bekanntlich betraten am 26. Juni 1908 zum ersten Male sozialdemokratische Abgeordnete das preussische Abgeordnetenhaus. Sie waren von Beginn an allen Parteien wie ein Dorn im Auge, mit am meisten der Partei, der sie politisch noch am nächsten standen, dem Freisinn. Nicht nur waren die sozialdemokratischen Sitze den Freisinnigen abgenommen, sondern es herrschten damals noch die schönen Zeiten des Wilhelms; den Freisinnigen, als den kleinen Parvenüs an der Regierungskette, lag alles daran, die Invidiosität und das Wohlwollen des großen konservativen Blockbruders zu erringen, und dazu gehörte natürlich vor allem Freundschaft und Gehässigkeit gegen die sieben Vertreter der Hunderttausende von preussischen Landtagswählern, die nicht wert sind, den Namen Deutscher zu tragen. Von diesen sieben Sitzen wurden der hannoversche und die zwei im Norden Berlins gelegenen mit so großer Majorität errungen, daß eine Wiedereroberung außerhalb des Bereichs jeder Möglichkeit lag. Von den übrigen vier saßen im Osten Berlins Vorgmann mit 96 Stimmen, Helmman mit 66 Stimmen, Nirsch mit 60 Stimmen und in Noabit in der Stichwahl Hoffmann mit 6 Stimmen Mehrheit. Hier setzte nun jene noch einmal zu schillernde freisinnige Aktion ein.

Gegen diese vier Wahlen wurde von den Freisinnigen Protest erhoben und dieser Protest in ganz allgemeinen Redewendungen damit begründet, daß Terror geübt und die Bildung der Abteilung nicht überall ordnungsmäßig erfolgt sei. Die Wahlprüfungskommission, deren Referent der Vorsitzende der Freisinnigen Volkspartei, der Berliner Stadtrat Fischek war, beschloß dem Plenum zu empfehlen, die Wahlen zu beanstanden und vom Magistrat von Berlin eine amtliche Auskunft darüber zu erbitten, ob bei den Landtagswahlen in diesen 4 Wahlkreisen in den Urwählerlisten und für die Bildung der Abteilungen innerhalb derselben Urwahlbezirke für dieselben Steuerarten verschiedene Steuerjahre berücksichtigt worden sind.

Bei der ersten Lesung des Etats wurde nun von unserem Staatsredner zu allgemeiner Verblüffung des Hauses aus den Akten die Tatsache ans Licht gezogen, daß wegen dieser angeblich falschen Listenaufstellung ein form- und fristgerechter Protest nicht nur gegen die vier beanstandeten, sondern gegen alle zwölf Berliner Mandate vorlag. Der Freisinn sah in einer bösen Klemme. Wurde die Listenaufstellung als falsch anerkannt — daß sie für ganz Berlin nach dem gleichen Prinzip erfolgt war, wußte man: Herr Fischek war ja Mitglied des Berliner Magistrats — so mußten nicht nur diese vier, sondern auch die beiden anderen sozialdemokratischen und zugleich alle sechs freisinnigen Mandate kassiert werden. War hingegen gegen die Aufstellung der Listen nichts zu sagen, so blieb nur der angebliche Terrorismus, über den im ganzen Verlauf der Aktion auch nicht eine einzige bestimmte Tatsache angeführt werden konnte. Herr Fischek indessen wußte Rat. Die Etatsrede unseres Vertreters war, wie auch von nationalliberalen und Zentrumsabgeordneten anerkannt wurde, zwar sachlich scharf, persönlich aber nicht verletzend. Herr Fischek antwortete mit einer Rede, die von Beginn bis Ende von dem johlenden und dröhnenden Beifall der Junter begleitet war und die zu den ausfallendsten gehört, die je in einem Parlament gehalten worden ist. Einige Proben mögen das belegen:

„Für unseren Protest war etwas anderes maßgebend. Wir haben und in den letzten Kreisen unserer Partei mit der Frage beschäftigt: sollen diese Wahlen in Berlin wegen der sozialdemokratischen Boykotts angefochten werden oder nicht, und wie waren allerdings der Meinung, man müsse diese Dinge, die sich hier in Berlin bei den letzten Landtagswahlen abgespielt haben, vor die Volksvertretung bringen (Sehr richtig! rechts), um ein Urteil der Volksvertretung darüber herbeizuführen, ob Wahlen, die auf diese Art zustande gebracht sind, wirklich als Ausdruck des Volkswillens bezeichnet werden können oder nicht. (Sehr richtig! bei den Soz.) Herr Heimann hat sich als einen Volksvertreter, als einzigen Volksvertreter hingestellt. Meine Herren, Volksvertreter, die sich ihre Mandate auf die Art machen, daß sie die Frauen zur Ausschacht herumführen, zu den Gemüsehändlern, Wädem (Lebhaftes Hört! hört! rechts), zu abhängigen Leuten, und auf diese Leute einen Zwang ausüben, indem sie sie vor die Frage stellen: gesellschaftlicher Ruin oder Opfer der innersten Ueberzeugung (Lebhaftes Hört! hört! rechts), Leute, die auf diese Art andere zwingen, anders zu stimmen als sie möchten, oder bei der Wahl zu Hause bleiben (Erneutes lebhaftes Hört! hört!); meine Herren, Leute, die sich auf diese Art ihre Mandate ver-

schaffen, sind nicht wert, Volksvertreter zu heißen! (Lebhafter, sich wiederholender Beifall rechts und links.) Herr Heimann hat heute in sittlicher Entrüstung gemacht darüber, daß drei Lehrer vom Staate gewissermaßen boykottiert sind. (Große Heiterkeit.) Meine Herren, wir sind auch der Meinung, daß dieses Verfahren hergestellt werden muß. Aber, meine Herren, ich muß sagen: wer selber so verfährt, daß er ganz unschuldige Leute, wie diese Gemüsehändler, diese Wädem dazu zwingt: entweder stimmt ihr so, oder wir boykottieren euch geschäftlich, wer eventuell diese Leute mit ihren Familien zum Ruin bringen will (Lebhaftes Hört! rechts: Pfui!), der hat kein Recht dazu, über Boykottierungen von anderer Seite zu sprechen. (Bravo!) Das vorzubringen war unsere Absicht, und ich kann Ihnen ganz herzlich sagen, unserer Partei liegt viel mehr daran, in dieser Beziehung ein Wort des Hauses zu erhalten über die Gültigkeit der Wahl hinsichtlich der Frage: ist dieses Verfahren der Sozialdemokratie zulässig oder nicht? als über die andere Frage, die eigentlich mehr eine rechtliche ist.

Meine Herren, Sie haben eben in Ihrer Partei eine doppelte Moral, eine Moral von der verlangen Sie, daß die anderen Parteien sie Ihnen gegenüber zur Anwendung bringen. Meine Herren, in dieser Beziehung ist die Sozialdemokratie — wenn man das so öfter liest, welches Gemeine und Gejammerge darüber losgeht, wenn ihr vielleicht von bürgerlicher Seite etwas zu nahe auf den Leib gedrückt ist — da ist die Sozialdemokratie so zimperlich, wie nur irgendeine alte Jungfer sein kann. (Große Heiterkeit.) Aber, meine Herren, wenn die Herren selbst etwas finden, vor allem die sozialdemokratische Presse da draußen, wenn sie auf die bürgerlichen Elemente losgeht, dann schreut sie vor keinem Mittel zurück. Da gibt es keine Rücksichtnahme, das ist schließlich die Taktik, die der Wegelagerer und der Strolch hat. (Stürmischer Beifall.)

Diese Rede wurde, wie gesagt, nicht von einem beliebigen Freisinnigen, sondern von dem Vorsitzenden der Parteiorganisation gehalten, und diese Rede wie die Beschuldigung, daß wir und unsere Presse, wenn wir auf die bürgerlichen Elemente losgehen, eine Taktik befolgen, die der Wegelagerer und der Strolch hat, müßte eingegraben bleiben im Hirn eines jeden Proletariers. Größerer Schimpf wurde jedenfalls der Partei noch niemals angetan.

Die Sache selbst verlief in den von Fischek vorgezeichneten Bahnen. Nachdem der Magistrat amtlich erklärt hatte, daß die Listenaufstellung durch ganz Berlin nach den gleichen Grundsätzen erfolgt sei und nachdem der Mann, der gegen alle zwölf Mandate Protest erhoben hatte, in einem natürlich ganz belanglosen Schreiben seinen Protest gegen die andern Mandate zurückgezogen hatte, wurden die vier beanstandeten Wahlen aus Gründen falscher Listenaufstellung und geübten Terrors für ungültig erklärt. Nach dem Kommissionsbericht „vermissten mehrere Kommissionsmitglieder einen schlüssigen Beweis dafür, daß entsprechend den ergangenen Aufforderungen das Kampfmittel des Boykotts tatsächlich zur Anwendung gelangt sei und in dem Maße eine Wirkung ausgeübt habe, daß das Wahlresultat davon berührt wurde“. Die Kommission beschloß aber trotzdem, „daß sich jede weitere Beweishebung über diesen Protestpunkt erübrige“. Wie Herr Fischek persönlich den Terrorismus verurteilt, wie kein Wort ihm stark genug erschien, den Terrorismus genügend zu brandmarken, ergibt sich aus den obigen Zitaten. Ein andermal soll gezeigt werden, in welcher schimpflicher, denunziatorischer Weise der Freisinn selber Terror übt, wenn er dazu in der Lage ist und Vorteil daraus zu ziehen hofft.

Wie Freude erlebten die Freisinnigen an ihrem Streiche nicht. Die drei im Osten gewählten Abgeordneten kehrten mit verstärkter Majorität ins Abgeordnetenhaus zurück, und nur das Noabit Mandat ging leider verloren.

Auch in den jetzigen Wahlkampf ziehen die Freisinnigen bekanntlich mit dem angeblichen Streben, die Dreiklassenwahl zu beseitigen und für Preußen ein freies Wahlrecht zu erkämpfen. Zu diesem Behufe haben sie sich überall mit den Nationalliberalen verbunden, deren Bedingung für jede, auch die geringfügigste Aenderung dieses elendesten Wahlsystems die Aufhebung der Dritteilung in den Urwahlbezirken bildet, eine Aenderung, die der Arbeiterklasse jede Möglichkeit nehmen würde, eigene Mandate zu erringen. Selbst das „Lageblatt“ vom 11. April d. J. sieht sich veranlaßt zu erklären: „Der nationalliberale Preusentag in Hannover hat erst jetzt wieder gezeigt, daß die Nationalliberalen bei den kommenden Landtagswahlen nur mit größter Vorbedacht zu genießen sind“. Wüßte es da nicht Sache eines jeden achtbaren Mannes sein, der sich zu der Erkenntnis durchgerungen hat, daß die preussische Wahlrechtsfrage die wichtigste innerpolitische Frage Deutschlands ist, bei den kommenden Wahlen nur Männer der Partei zu wählen, die als einzige in Preußen rücksichtslos und entschlossen für ein freies Wahlrecht auf dreifacher demokratischer Grundlage eintritt? Jeder Arbeiter aber handelt geradezu pflichtvergeßen, der nicht die wenigen Wochen bis zur Wahlmännerwahl benützt, um wo und wie immer er kann, als Agitator für die Wahl sozialdemokratischer Wahlmänner zu wirken. Am 16. Mai, dem Tage der Wahlmännerwahl, muß den Freisinnigen für alle ihre Sünden und nicht zum mindesten für jenen schändlichen Streich der Kassation der vier sozialdemokratischen Wahlen die Duntung erteilt werden.

## Waffenstillstand.

Endlich! Das blutige, nutzlose Morden hat ein Ende. Der Waffenstillstand ist geschlossen. Der Telegraph meldet: Konstantinopel, 15. April. (Meldung der „Agence Havas“.) Zwischen den Kriegführenden ist ein zehntägiger mit gestern mittag beginnender Waffenstillstand abgeschlossen worden.

Man kann mit Sicherheit erwarten, daß diesmal dem Waffenstillstand der Friede folgen wird, ein Friede, der einem Zustand qualender Unsicherheit und beständiger Kriegsgefahr für die europäischen Nationen zunächst ein Ende machen wird.

Aus der Fassung der Depeche ist zunächst nicht zu ersehen, ob der Waffenstillstand von allen Kriegführenden unterzeichnet worden ist. Doch geht aus einer zweiten Nachricht, derzufolge zwischen Türken und Serben vor Skutari die Feindseligkeiten eingestellt worden sind, wohl hervor, daß auch die Serben dem Waffenstillstand zugestimmt haben. Da auch die Griechen keinen Grund zur Fortsetzung des Krieges mehr haben können, blieben nur die Montenegriner übrig. Aber selbst wenn dies der Fall wäre, hätte es keine Bedeutung, mehr. Montenegros Ergebung in den Willen der Mächte kann jetzt wohl nur mehr eine Frage von Tagen oder Stunden sein.

### Abzug der Serben von Skutari.

Konstantinopel, 15. April. Wie amtlich gemeldet wird, hat die Pforte, nachdem die serbische Regierung auf Verlangen der Mächte darauf verzichtete die Belagerung Skutaris fortzusetzen, dem Kommandanten der Festung den Befehl übermittelt, nach Reinigungsanstausch mit dem serbischen Kommandanten das Feuer gegen die belagernden Truppen einzustellen und sie nicht zu verfolgen, selbst wenn sie den Rückzug antreten.

### Die Blockade.

Wien, 15. April. Wie die Abendblätter melden, erwägen die Mächte die Ausdehnung der internationalen Blockade bis Durazzo, weil es sich herausgestellt hat, daß die Versorgung Montenegros mit Lebensmitteln über Durazzo erfolgt.

## Anwachen des Generalstreiks.

Brüssel, 14. April. (Fig. Ver.)

Eine freudige Stimmung herrscht heute abend unter den Parteigenossen, die im Brüsseler Volkshaus und in den Redaktionsräumen des „Peuple“, wo der Generalkrat der Arbeiterpartei sein Hauptquartier eingerichtet hat, mit den Arbeiten der Streikleitung beschäftigt sind. Der Anfang des Streiks ist ein glänzender Erfolg! Nach einer im Bureau des Streikkomitees gemachten Aufstellung, die auf den durchaus zuverlässigen Informationen des Streikkontrollbureaus aus der Provinz beruht, haben heute zwischen 340 000 und 350 000 Mann die Arbeit niedergelegt. Man wird die Bedeutung dieser Zahl begreifen, wenn man sie an einigen vergleichbaren Größen mißt. Es gibt in Belgien 130 000 gewerkschaftlich organisierte Arbeiter, die der Generalkommission angegliedert sind; der Wahlrechtsstreik von 1893 erreichte nach drei Tagen mit etwa 200 000 Streikenden seinen Höhepunkt, und bei dem zweiten Wahlrechtsstreik im Jahre 1902 stieg die Zahl der Streikenden, die am ersten Tage kaum 150 000 betrug, erst nach drei Tagen auf etwa 300 000. Nach der letzten verfügbaren Gewerbestatistik, die allerdings aus dem Jahre 1896 stammt, gab es damals in Belgien, wenn man von der Hausindustrie abzieht, 682 000 Industrie- und Transportarbeiter und Arbeiterinnen. Man kann annehmen, daß diese Zahl inzwischen auf etwa 800 000 gestiegen ist. Davon kommen allerdings die Eisenbahner, etwa 70 000 an der Zahl, die kein Koalitionsrecht haben und fast gänzlich unorganisiert sind, für einen Massenstreik unter den gegenwärtigen Verhältnissen nicht in Betracht; außerdem bezieht die Teilnahme an einem Massenstreik bei dem immerhin noch erheblichen Teil der Industriearbeiterschaft, der in Kleinbetrieben beschäftigt ist, sehr bedeutenden Schwierigkeiten. Im Streikkomitee wurde denn auch damit geredet, daß der Streik, wenn alles günstig verlaufe, mit 250 000 bis 300 000 Mann anfangen und sich im Laufe einiger Tage auf etwa eine halbe Million Arbeiter ausdehnen werde. Die auf den Anfang des Streiks gesetzten Erwartungen sind also nicht nur verwirklicht, sondern sogar um ein erhebliches übertroffen worden.

Letzteres gilt besonders vom Antwerpener Hafen, dessen Bedeutung für das Wirtschaftsleben Belgiens ausschlaggebend ist und wo die Arbeitsruhe gleich am ersten Tage einen viel größeren Umfang angenommen hat, als man nach dem Stande der Organisation der Hafenarbeiter, von denen erst 5000 organisiert sind, und nach der großen Zahl der dort arbeitenden Arbeiter aus ländlichen Bezirken erwarten zu dürfen glaubte. Hier hat der Streik in der Nacht vom Sonntag zum Montag angefangen. Punkt Mitternacht legten die

Arbeiter der Nachschicht die Arbeit nieder, die Polizei alarmierte sofort das Militär, das eine Stunde später die Kasernen verließ, um im Verein mit der Gendarmerie und einem Teil der Bürgergarde die ausgebreiteten Hofanlagen zu besetzen.

Verhältnismäßig am wenigsten macht sich der Streik in der Landeshauptstadt Brüssel bemerkbar, wo das Straßenbild in den Hauptstraßen sich nur wenig geändert hat. Brüssel ist eben viel mehr Vorstadt, als Industriezentrum, und die etwa zwanzigtausend Industriearbeiter, die hier streiken, hielten sich absichtlich und der Parole der Streikleitung folgend, in der Nähe der Streiklokalen in den Arbeitervierteln auf. Die Straßenbahnen und Kraftfahrzeuge verkehren in normaler Weise; die meisten Straßenbahnen sind allerdings nur sehr schwach besetzt, und es fahren viel weniger Postfahrzeuge wie sonst. Eine Aenderung wird da allerdings eintreten, sobald den Arbeitern der städtischen Gas- und Elektrizitätswerke das Signal zum Streiken gegeben ist.

In den wallonischen Industriebezirken ist alles wie ausgestorben. Der Straßen- und Kleinbahnverkehr wird hier morgen aus Mangel an Reisenden zum größten Teil eingestellt werden, die Züge fahren alle so gut wie leer.

Trotz der provokatorischen Maßnahmen der Regierung und vieler Lokalbehörden haben die Arbeiter überall die Parole der Streikleitung befolgt, keinerlei Ansammlungen zu bilden, und sich in jeder Situation ruhig zu verhalten. Bis jetzt ist kein einziger Zwischenfall gemeldet worden.

### Die Funktionäre und der Streik.

Einem Beschlusse des nationalen Streikkomitees gemäß müssen sämtliche im Dienste der Arbeiterbewegung stehende besoldeten Personen (einschließlich der Arbeiter und der Angestellten der Gewerkschaften) während der ganzen Dauer des Streiks wöchentlich mindestens die Hälfte ihres Verdienstes an die Streiklokale abliefern. Die Mandatäre der Arbeiterpartei, die neben ihren Diäten durch ihren Privatberuf noch über andere Einkommensquellen verfügen, müssen mindestens die Hälfte von ihrem Gesamteinkommen abgeben. Diese Abgaben bedeuten für Brüssel allein eine wöchentliche Einnahme von mindestens 28 000 Frank (20 000 M.), die der Streiklokale zufließt.

### Sympathieundgebungen.

Das Brüsseler Parteiblatt „Le Peuple“ veröffentlicht eine Reihe von Schreiben, in denen bedeutende Gelehrte, Schriftsteller und Künstler dem kampfbereiten belgischen Proletariat ihre Sympathie bezeugen. Darunter erregen besonders die Briefe der Schriftsteller Maeterlinck, Verhaeren und Anatole France Aufsehen. Emile Verhaeren widmet den Streikenden ein Gedicht, „L'Avvenir“ (Die Zukunft), das nicht nur von tiefem Verständnis für die historische Bedeutung des proletarischen Klassenkampfes zeugt, sondern auch literarisch zum Besten gehört, was dieser große Dichter geschaffen. Maurice Maeterlinck wünscht dem „heroischen Kampfe derer, die zum Aufstand rufen gegen eine Regierung, die die ganze moralische Mächtigkeit, Niedrigkeit der Gefinnung und Perfidie des alten belgischen Merkantilismus verkorperlicht“, vollen Erfolg. Anatole France schreibt, „er verfolge den Wahlrechtskampf der belgischen Arbeiter mit begeistertster Teilnahme und wünsche dem französischen Proletariat zur Stunde der Gefahr dieselbe Entschlossenheit und Energie und daselbe Verständnis für die Notwendigkeit einer intimen Verbindung der politischen mit der gewerkschaftlichen Aktion“.

### Die Ausbreitung des Streiks.

Brüssel, 15. April. (Privattelegramm des „Vorwärts“). Ein grandioses Ansteigen der Zahl der Streikenden bis gegen 400 000 wird heute verzeichnet. Morgen wird eine weitere Ausdehnung erwartet. Das Kohlenland, die Großindustrie und der Antwerpener Hafen liegen völlig lahm. In Gent auf der Anstellung ist der Streik varriert. In der Textil- und Metallindustrie sowie auf den Werften ruht die Arbeit allgemein. Die Zahl der streikenden Metallarbeiter in Seraing steigt mächtig. In Berviers schreibt sie auf 25 000, in Charleroi auf 75 000, im Centre auf 45 000 zu. Auch in der Waffenfabrik Herzjal wird gestreikt. Der Gesundheitsverstoß von 15 000 Kindern.

Die Organisation des Streiks klappert munter auf. Die Brüsseler Streiksappen werden ab Montag gratis auch für Unorganisierte abgegeben. In Gent ist eine Ausnahme von 5000 zu verzeichnen. In Antwerpen bewacht ein großes Aufgebot von Militär und Bürgergarde die Docks und Petroleumlager.

### In Antwerpen.

Antwerpen, 15. April. (Privattelegramm des „Vorwärts“). Die größte Antwerpener Rederei „Red Star Linie“ gibt bekannt, daß sie bis zum Ende des Streiks keine Ladungen mehr annimmt.

## Chauvinismus hüben und drüben.

Wie sich aus Berichten der französischen Regierung, die von dem deutschen Botschafter in Paris eingefordert wurden, ergibt, scheint tatsächlich der von der deutschen Presse so gewaltig aufgeschauelte Epizö in Nancy zu einem Dummengenscheit einer Anzahl französischer Studenten zusammenzuschumpfen. Die französische offiziöse Darstellung lautet nämlich:

Paris, 15. April. Eine Note der Agence Havas besagt: Nach dem ersten Bericht, den der Oberkommissar von Nancy an das Ministerium des Innern gesandt hat, soll sich der Zwischenfall, der zu einigen Kommentaren in der Presse Anlaß gab, wie folgt zugezogen haben: Drei Deutsche wohnen, von zwei Damen begleitet, am Sonntagabend gegen 10 1/2 Uhr einer Vorstellung im Casino bei. Einige Studenten machten ihnen gegenüber ein paar anzügliche Bemerkungen und Piffe ertönt von der Gallerie. Der Zwischenfall blieb jedoch vom Publikum unbemerkt. Die fünf Fremden berließen dann das Casino kurz vor 11 Uhr und begaben sich in die Lötlinger Bierhalle, wohin fünf oder sechs Studenten, die ihnen folgten, ebenfalls gingen. Es kam zu einem gleichen Zwischenfall wie in dem Casino, und der Wirt bot die Studenten, sich ruhig zu verhalten, was sie auch unverzüglich ohne Gegenrede taten. Als die Fremden jedoch das Lokal verließen, folgten ihnen die Studenten wieder mit einer Schar von etwa 50 Neugierigen bis zum Bahnhof und machten von neuem ihre Witze mit ihnen. Es war gegen 1 1/2 Uhr nachts. Ein Tugend-Monsieur ging bis auf den Bahnhof mit und setzte dort die Fremden bis zum Abgang des Meher Zuges fort. Die drei Deutschen sind keine Offiziere. Die vom Oberkommissar eingeleitete Untersuchung wird fortgesetzt, aber man kann schon jetzt sagen, daß der Zwischenfall übermäßig aufgeschauelt worden ist. Es scheint sich um das Vorgehen von etwas angeheiteren jungen Leuten zu handeln, die sich der Gleichmüdigkeit ihres Benehmens nicht bewußt waren.

Wenn auch auf deutscher Seite der Vorfall kolossal aufgebauscht worden ist, so läßt sich freilich auch nicht leugnen, daß sich

eine Anzahl jugendlicher Elemente in Nancy allerhand Ungezogenheiten gegen die infultierten Deutschen herausgenommen hat. Wir wollen uns der französischen Regierung annehmen, daß die Studenten angeheitert waren und daß ihre Hänseleien nicht sehr böseartig gemeint waren. Immerhin läten auch alle einsichtigen Elemente in Frankreich gut, wenn sie alle tabulafrischen Elemente möglichst im Jügel zu halten suchten. In Deutschland wie in Frankreich ist es hauptsächlich die Sozialdemokratie, die die Pflicht erfüllt, den chauvinistischen Unfug mit gebührender Schärfe zu bekämpfen.

Wenn wir also den französischen Chauvinismus beurteilen, sind wir freilich doppelt verpflichtet, auch alle törichtigen Verhöhnungsversuche in Deutschland um so schärfer zu brandmarken. Zu solcher Verhöhnung gehören in erster Linie auch alle übertriebenen Berichte über Vorkommnisse in Frankreich. Leider ist ein großer Teil der deutschen Presse nur zu bereit, jede bellüftige Ungezogenheit einer Handvoll französischer Schreihälse jugendlichen Alters über Gebühr aufzubauschen und den französischen Völkern zu legen, das für solche Abgeschmacktheiten ebensovienig verantwortlich ist wie das deutsche Volk für die chauvinistischen Delirien etwa der „Post“ und der „Täglichen Rundschau“.

Aber auch den deutschen Behörden gebührt die Anerkennung, daß sie sich um die Schätzung des Chauvinismus außerordentlich verdient gemacht haben. Beweis doch der Magdeburger Polizeistreich und mehr noch der Ausweisungsbefehl der Braunschweiger Polizeibehörde gegenüber dem französischen Abgeordneten Compe-re-Morel ein täppisches und nervöses Dreinscharen, durch das die demüthigten Elemente in Frankreich ebenso vor den Kopf gestochen werden müssen, wie man gerade dadurch den französischen Kriegsgehern eine helle Freude bereitet. Sind doch die französischen Sozialisten den französischen Ausrüstungsministern und Reichswehrmännern ebenso verhaßt, wie den deutschen Scharmachern und Kriegsgehern die deutsche Sozialdemokratie. Die abgeschmackte Behandlung, die man dem französischen Abgeordneten widerfahren ließ, ist deshalb nicht etwa ein Akt der Vergeltung für die Vorkommnisse in Nancy, sondern im Gegenteil ein Liebedienst für die Chauvinisten haben wie drüben. Je mehr durch politische Gewaltakte die Stimme der Vernunft und des internationalen Kulturgewissens zum Schweigen gebracht wird, desto leichter wird den professionmäßigen Hebern beider Nationen ihr gemeingefährliches Handwerk gemacht. Die Polizeiaktionen von Magdeburg und Braunschweig haben deshalb den Chauvinistenstreich von Nancy weit übertrumpft. Je skrupelloser sich aber die Chauvinisten hüben und drüben gebärden, desto rücksichtsloser wird das Proletariat die Friedensliebe und den gesunden Menschenverstand in Frankreich wie in Deutschland zur Geltung bringen.

## Sozialistenhetze.

Die Generaldebatte zum Etat, die sich das Abgeordnetenhaus bei der am Dienstag begonnenen dritten Lesung leistete, stand völlig unter dem Zeichen des Kampfes gegen die Sozialdemokratie. Schon der erste Redner aus dem Hause, Abg. Lipmann von der fortschrittlichen Volkspartei, konnte es sich nicht verkneifen, in seiner angeblich gegen die Reaktion gerichteten Rede der Sozialdemokratie einige Seitenhiebe zu versetzen, weil sie bei den bevorstehenden Wahlen nicht bedingungslos die fortschrittlichen Kandidaten unterstütze. Der Fortschritt, sich seiner eigenen Schwäche bewußt, sucht Anschluß nach rechts und hofft, daß die Sozialdemokratie ihn seiner schönen Augen willen aus der Reihe reißen wird. Demgegenüber kann nicht oft und nicht deutlich genug erklärt werden, daß die Fortschrittler nur dann auf die Unterstützung der Sozialdemokraten zu rechnen haben, wenn sie beweisen, daß ihnen der Kampf gegen das Dreiklassenwahlrecht wirklich ernst ist, d. h. wenn sie sich auf den Boden begeben, der ihnen durch die Resolution unseres preussischen Parteitages vorgemessen ist.

Nach dieser plaudernden Rede des Fortschrittlers kam Genosse Reinert zu Wort. Seine Ausführungen, in denen er einen Rückblick auf die Politik der herrschenden Klassen in Preußen während der verflochtenen Legislaturperiode warf und scharf die rücksichtslose Art geißelte, wie die Mehrheit die ihr durch das Dreiklassenwahlrecht verlebene Macht zur Unterdrückung der Arbeiter mißbraucht, bildeten eine flammende Anklage gegen das heutige Preußen. Mit heissem Spott erging sich Reinert über den neuesten Polizeistreich des Magdeburger Polizeipräsidenten, mit großem Geschick kennzeichnete er im weiteren Verlauf seiner Rede, die ihm wiederholte Ordnungsrufe zugab, den unheilvollen Einfluß Preußen auf das Reich, die Stagnation auf allen Gebieten der Gesetzgebung und Verwaltung, nach Gebühr brandmarkte er die erbärmliche Haltung der konservativ-keribolen Mehrheit zu allen Fragen und die Freigebigkeit des bürgerlichen Liberalismus, um schließlich mit aller Schärfe die Notwendigkeit des Sturzes des Dreiklassenwahlrechts zu betonen.

Die Ausführungen Reinerts waren das Signal zu einem Frontalangriff der Regierung und der vereinigten bürgerlichen Parteien gegen die Sozialdemokratie. Den Anfang machte der Polizeiminister von Dallwitz, der, nachdem er das Vorgehen des Magdeburger Polizeipräsidenten in jeder Beziehung unter dem Jubelgeschrei der Mehrheit gebilligt hatte, sich in den heftigsten Angriffen auf die Sozialdemokratie erging, Angriffen so klader Art, wie sie nur im Junkerparlament möglich sind. Die ältesten Rednerhöflichkeit holte der Minister zu seiner wohl vorbereiteten Wahlrede hervor, selbst vor den heftigsten Angriffen schreckte er nicht zurück. Herr v. Dallwitz weiß, was er in diesem Hause bieten darf, er weiß auch, daß seine Freunde aus Abgeordnetenkreisen ihm zu rechter Zeit zu Hilfe kommen und durch Schlussanträge den Angegriffenen die Erwiderung unmöglich machen, so daß seine Behauptungen, die sich hinterher schon mehr als einmal als unwahr erwiesen haben, unwidersprochen ins Land hinausgehen.

Nachdem die Minister geendet, da stürzten sich wie auf verabredung Redner aller bürgerlichen Parteien auf die Sozialdemokratie, und es ist charakteristisch, daß, abgesehen von Heinen Meinungsverschiedenheiten über die Art, wie das Wahlrecht reformiert werden soll, zwischen den Reden der Redlig, Herold, Friedberg und Lipmann ein Unterschied kaum zu entdecken war. Von dem Obersthorfmacher an bis herab zu dem reaktionär-fortschrittlichen Abgeordneten für Siedlin waren alle diese Reden auf den gleichen Ton gestimmt.

Die dankbare Aufgabe, mit der Reaktion abzurechnen, fiel dem Genossen Ströbel zu, der mit großem Geschick die Sozialdemokratie verteidigte und sich ganz besonders den Minister vorknöpfte, der trotz des Versprechens der Thronrede von einer Wahlreform nichts wissen will.

Bei der Beratung des Etats der landwirtschaftlichen Verwaltung kam es dann nochmals zu heftigen Auseinandersetzungen. Hier war es der neu ins Haus getretene Bundesführer Dr. Roeweide, der die Führung übernahm und gegen den Genossen Reinert polemisierte. Ihm sekundierte Herr Becker vom Centrum, dessen Ausführungen auf denkbar tiefstem Niveau standen.

Verständnis es dieser Vorkämpfer für Wahrheit und Recht doch nicht einmal, sich in gemeinen Verleumdungen gegen unsere Partei-freund Singer zu ergehen. Das sind die „geistigen“ Waffen, mit denen man im preussischen Landtage kämpft.

Mittwoch: Fortsetzung.

## Politische Uebersicht.

Berlin, den 15. April 1913.

### Auswärtige Fragen.

Aus dem Reichstage. In der Fortsetzung der Debatte über auswärtige Politik spielte der Zwischenfall von Nancy eine größere Rolle als ihm eigentlich zukommt. Gleich zu Beginn der Debatte teilte der Staatssekretär des Auswärtigen von Jagow mit, daß er den deutschen Botschafter in Paris angewiesen habe, um Aufklärung zu erforschen und gegebenenfalls Vorstellungen wegen des mangelhaften Schutzes der Deutschen in Frankreich zu erheben. Die bürgerlichen Redner benutzten natürlich die Gelegenheit, um das Anwachsen des französischen Chauvinismus zu beklagen, mußten sich aber von den Genossen Ledebour und Weill sehr deutlich sagen lassen, daß ihnen die Klagelegitimation völlig fehle. Was sie bei den Franzosen Chauvinismus nennen, preisen sie in Deutschland als nationale Gefinnung an und der Zwischenfall käme ihnen gerade recht, um die klare Stimmung gegenüber der Heeresvorlage ein wenig zu beleben. Genosse Weill, der als Ulfasser die Verhältnisse an der deutsch-französischen Grenze genau kennt, gab dabei eine interessante Schilderung der Stimmung in Elsaß-Lothringen sowohl als in Frankreich und zeigte, wie gering der Einfluß der Revancheidee geworden ist. Wenn erst Elsaß-Lothringen die gewünschte Autonomie erhielte, so würden die nationalistischen Strömungen bald jeden Boden verlieren.

Außer der Frage von Nancy besprachen die bürgerlichen Redner hauptsächlich die Frage des diplomatischen Dienstes, an dessen Mängel auch Genosse Ledebour scharfe Kritik übte. Aber mit Recht wies er darauf hin, daß auch wenn der dringende Wunsch der Liberalen in Erfüllung ginge und die diplomatische Karriere auch Nichtadeligen geöffnet würde, doch an dem System der deutschen auswärtigen Politik damit nicht das geringste geändert wäre. Diesem System galt dann die weitere Abrechnung Ledebours und besonders glücklich war dabei seine Widerlegung der panslawistischen Thraße. Immer wieder durch ebenso störende wie überflüssige Ordnungsrufe des Präsidenten Raemy unterbrochen, zeigte er die völkerfeindlichen Rüge der zaristischen Politik auf und wies nach, daß nur die Fehler der deutschen und österreichischen Politik es sind, die dem Nationalismus erlauben, noch immer in der Befreiungsrolle der slavischen Völker zu paradien.

Im weiteren Verlaufe der Sitzung kam es noch zu einem Zusammenstoß zwischen dem Unterstaatssekretär Zimmermann und dem Vizepräsidenten Baasche. Der Unterstaatssekretär erlaubte sich, Ausführungen des Abgeordneten Müller-Reiningen als Ketzerei und Tratsch zu bezeichnen und wurde deshalb mit Recht von Herrn Baasche zurechtgewiesen. Der Herr Unterstaatssekretär suchte sich erst maßig zu machen, fand aber schließlich einen Jurisdizienber für geratener.

### Zentrumschliche.

Die „Germania“ präzisiert in einem längeren Artikel die Stellung des Zentrums zu der Militär- und Steuer-vorlage. Sie meint, die Budgetkommission werde prinzipiell die Heeresvermehrung akzeptieren, im einzelnen aber Kritik machen. Näheres darüber erfährt man nicht.

Ausführlicher werden dagegen die Deedungs-vorschläge behandelt. Mit dem Wehrbeitrag ist das Zentrum im ganzen und großen einverstanden. Dagegen berrät es seine reaktionäre Natur in der Haltung zu den Steuervorschlägen. Die „Germania“ erklärt sich klar gegen direkte Reichssteuern. Diese sollen den Privilegienlandtagen überlassen bleiben. Das erfordert angeblich der föderalistische Charakter des Deutschen Reichs. Also keine Erbschafts-steuern, keine Reichseinkommen- oder Reichsvermögens-steuern! Nicht einmal die fakultative Vermögenszuwachssteuer findet vor den Zentrumsangen Gnade. Dagegen ist diese Volkspartei mit der Beibehaltung der Zuckersteuer in alter Höhe einverstanden. Für dieses frech-reaktionäre Steuerprogramm fordert das Zentrum auch die Stimmen der Liberalen. Die Steuervorlagen dürften nur von der gleichen bürgerlichen Mehrheit angenommen werden, die die Wehrvorlage bewillige. Hüben sich die Liberalen der konservativ-keribalen Steuerdiktatur nicht, dann wird das Zentrum die Wehrvorlage scheitern lassen.

Man muß schon sagen, weiter ist politische Frechheit noch nie getrieben worden. Das „nationale“ Zentrum erklärt rund und netz, daß es die Wehrvorlage, die seine Redner soeben als für die Verteidigung des Vaterlandes unerlässlich bezeichnet hatten, zu Fall bringen werde, wenn auf die Steuern der Agrarier nicht die gebührende Rücksicht genommen werde. Und den Liberalen will es verbieten, für ihr Steuerprogramm einzutreten, weil es am Ende mit Hilfe der Sozialdemokratie durchgesetzt werden könnte. Und das erklärt dasselbe Zentrum, das die Hilfe der Sozialdemokratie in Anspruch genommen hat, um die Aufhebung des Verbotengesetzes im Reichstage zu beschließen, die Polenpolitik der Regierung durch ein Misstrauen der Regierung zu stagnatieren, und eine ganze Reihe von Beamtenstellen, die die Regierung gefordert hatte, mit uns zu verweigern! Die Sache ist so dumm, daß die Nationalliberalen sicher darauf hineinfallen werden.

### Die Großindustrie und die Deedungsvorlagen.

Seit die Regierung ihre Deedungsvorlagen dem Reichstage eingereicht hat, bröckelt der große Patriotismus der rheinisch-westfälischen Großindustriellen mehr und mehr ab. Zwar gegen die Wehrvorlagen haben die geschäftstüchtigen Eisen- und Stahlbarone nicht das mindeste einzuwenden, denn ein großer Teil der Ausgaben der Militärverwaltung für Worbisstrumente fließt ja in ihre Taschen, und überdies haben sie vielfach, wie wir in der letzten Montagnummer ausführlich nachwieseln, sogar „Verständigungs-lougerne“ gegründet, um den Militärökonus nach allen Regeln der Kunst zu prellen und sich patriotische „Liebesgaben“ zu verschaffen — aber daß sie selbst zu den Kosten der neuen Heeresvorlagen in erheblichem Maße beisteuern sollen, paßt ihnen nicht. Ihre gerühmte vaterländische Opferwilligkeit erstreckt sich nur auf das Bewilligen der Heeresvorlagen, das Aufbringen der Mittel überlassen sie gern, großmächtig wie sie sind, der dritten Weltklasse. Sie haben deshalb sowohl in der Reichsvermögens-wie in der Erbsteuerveranlagung ein paar gefunden und wünschen, daß die zur Deedung der neuen jährlichen Wehrkosten erforderlichen Summen nicht durch die sogenannten Besitzsteuern, sondern durch

indirekte Steuern, vornehmlich natürlich durch Verbrauchssteuern, aufgebracht werden.

So leistet sich die ehrsame „Atheinisch-Westfälische Zeitung“, das Spezialorgan der Kohlen- und Schlammagnaten, folgende Kritik der Steuerentwürfe:

Es ist eine Steuerpolitik, zu der die Gleichheit des Wahlrechts führt. Aus dem gleichen Wahlrecht entwickelt sich Ungleichheit. Kraft dem Befehle der großen Zahl gehen die bestgestellten Klassen bei den Reichstagswahlen und im Reichstage den Ausschlag und verlangen im Staate das politische Übergewicht. Die Würde der Bestgestellten wird dadurch politisch entwertet, die überwältigende Mehrheit der Bestgestellten politisch privilegiert. Diese Mehrheit übt ihre Machtstellung dahin aus, daß sie zu ihren Gunsten den Grundfay der Ungleichheit der Pflichten durchsetzt. Die Steuerpflicht wird auf die Bestgestellten abgewälzt. Der Satz: Gleiche Rechte, gleiche Pflichten, wird in sein Gegenteil verkehrt. Sozial soll es sein, daß die wirtschaftlich Schwachen, obwohl sie die politische Stärken und Maßgebenden sein wollen und schließlich auch sind, von allen Kosten und Opfern für den Staat verschont werden. Antisozial hingegen wird es genannt, wenn den großen Klassen, also der Mehrheit des Volkes, zugemutet wird, daß auch sie zur Erfüllung der allerwichtigsten politischen und sozialen Aufgabe der Staatswehr ein Opferstein beitragen.

Wenigstens die Sozialdemokratie haben im Reichstage erklärt, daß ihre Partei an der Befreiung der Bekämpfung sozialer Misstände nicht teilzunehmen will, und es erscheint nicht ausgeschlossen, daß das in dem Maße gelingt, daß die Sozialdemokraten, die grundsätzlich die Bekämpfung des Verfalls und ebenso grundsätzliche Gegner jeder indirekten Besteuerung sind, grundsätzlich für die Deckungsvorlagen stimmen. Dann trägt diese offensichtlich den Stempel sozialistisch-demokratischer Steuerpolitik. Aus der Absicht, dies zu verhindern, erklärt sich vielleicht das Verlangen des an solcher Steuerpolitik eine Hauptschuld tragenden Zentrums, daß dieselbe Mehrheit, und zwar eine bürgerliche, die Deckung und die Bekämpfung bewilligt.

Eine kühne Logik. Es zwingen die patriotischen Herren zu ihrem Vorteil und für ihre weltpolitischen Zwecke dem Volk eine von diesem gar nicht gewünschte Heeresvermehrung auf, die einen weit größeren Teil seiner jüngeren Mitglieder in der Kaserne festhält, und dann fordern sie auch noch, daß das Volk die meisten Kosten aufbringt. Eine seltsame Opferwilligkeit!

### Die Patrioten vom mobilen Kapital.

Das Präsidium und Direktorium des Hanlabundes hat eine aus allen Teilen des Reiches beschickte Sitzung abgehalten, um Stellung zu den Heeres- und Deckungsvorlagen zu nehmen. Eigentlich eine ganz unnötige Zusammenkunft; denn wer die im Hanlabund maßgebenden Patrioten vom großen mobilen Kapital kennt, wußte schon vorher, wie diese Stellungnahme ausfallen wird: Gutbehung der Heeresvorlage, aber besondere Berücksichtigung der Interessen des Industrie- und Handelskapitals bei den Deckung der Ausgaben vorgeschlagenen Steuern — also keine Heranziehung der Aktien- und Kommanditgesellschaften zu der einmaligen Wehrsteuer, kein Zuschlag zur Grundbesitzabgabe, keine durch die Einzelstaaten erhobene Vermögenszuwachssteuer, dafür aber eine Reichsverbandsteuer!

Faktisch heißt es denn auch in der von der Versammlung beschlossenen Rundgebung:

Was die Einzelheiten der Vorlagen betrifft, so ist der deutsche Gewerbestand bereit, den zur Aufbringung der einmaligen Kosten der Wehrevorlagen außerordentlichen Wehrebetrag zuzutun, in dem, obwohl dieser gewissermaßen eine Kriegsmahregel im Frieden darstellt und dem Grundfay einer organischen Finanzentwicklung nicht entspricht. Die im Hanlabund vereinigten Kreise von Industrie, Handel und Gewerbe müssen aber verlangen, daß eine nach gerechten und einseitigen Grundfayen durchzuführende Vermögensüberwälzung im Reich gewährleistet wird. Die Heranziehung der Aktiengesellschaften und Kommanditgesellschaften auf Aktien zu dem einmaligen Wehrebetrag ist eine erneute, durch nichts zu rechtfertigende Sonderbelastung dieser Gesellschaften, gegen die der Hanlabund daher energig Einspruch erhebt.

So wenig der Hanlabund an sich der Einführung von Einkommen-, Vermögens- und Erbschaftsteuern in den Bundesstaaten ablehnend gegenüber steht, so muß er doch bedauern, daß angesichts der vielfach in den Einzelstaaten herrschenden gewerbesindlichen parlamentarischen Mehrheiten wiederum eine Privilegierung des Großgrundbesitzes und eine Sonderbelastung von Gewerbe, Handel und Industrie bei einer Erhebung von allgemeinen Besteuerungen eintreten kann, zumal der Hinweis auf die Erhebung von Hausbesitzersteuern und Gewerbesteuern zu einer solchen einseitigen Besteuerung geradezu anreizt. Unannehmbar ist auch die eventuelle durch die Einzelstaaten auferlegte Vermögenszuwachssteuer, weil sie keine allgemeine und keine gerechte Besitzsteuer darstellt, vielmehr eine direkte Verletzung des Spar- und Erwerbssinns und ein überaus lästiges und unerträgliches Eindringen in alle privaten Verhältnisse bedingt.

Das Direktorium des Hanlabundes verlangt, entsprechend seinen bisherigen Stellungnahmen, statt der „veredelten“ Materialbeiträge eine direkte Reichsbesitzsteuer, und zwar in erster Linie eine Reichsverbandsteuer, welche eine gerechte, am wenigsten drückende und vor allem ertragreichste allgemeine Besitzsteuer sein würde.

Bei der fast trostlos zu nennenden Lage des Haus- und Grundbesitzes hält der Hanlabund eine weitere Aufrechterhaltung des Zuschlages zur Grundbesitzabgabe für unmöglich, bedauert ebenso die gesandte Aufrechterhaltung des Zuschlages zur Zudersteuer im Interesse des Konjums und der beteiligten Industrien.

### Beamtenaufbesserung in Anhalt.

Die Anhaltische Regierung hat dem Landtage eine Gehaltsvorlage für Staatsbeamte und Lehrer zugehen lassen. Gegenüber den bisherigen Gehältern werden insgesamt 620 000 M. mehr gefordert. Wenn die Vorlage Gesetz wird, bekommen die geringst besoldeten Beamtenstufen, welche die Verteuerung der Lebenshaltung am meisten empfinden, (Schuldiener, Gerichtsdiener, Woten und ähnliche Beamte) bedeutend höhere Gehälter als ihre preußischen Kollegen. Das Anfangsgehalt für die anhaltischen Lehrer, das bisher 1400 M. betrug, wird auf 1500 M. erhöht, und das Endgehalt, das sich um 400 M. erhöht, steigt auf 3900 M. Auch die anhaltischen Richter werden um 100 M. besser gestellt als die preußischen.

Es ist zu erwarten, daß die Vorlage ohne wesentliche Änderungen angenommen wird, da sich der anhaltische Staat bekanntlich in einer sehr günstigen Vermögenslage befindet. Neben einer Reihe fiskalischer Fortien, Domänen und Goldbergwerke hat der anhaltische Fiskus ein Barvermögen von etwa 20 Millionen Mark.

### Statische Erhebungen über die preussischen Landtagswahlen.

Auf Anordnung des Ministers des Innern werden, wie die Preß-Zentrale erklärt, über die Ergebnisse der diesjährigen Wahlen zum Abgeordnetenhaus, die Verteilung der Wahlmännermandate auf die einzelnen Parteien, die abgegebenen Stimmengahlen usw. unter Inanspruchnahme der Wahlvorsteher statistische Erhebungen angestellt werden. Diese Erhebungen, die auch in früheren Jahren vorgenommen wurden, dienen ausschließlich statistischen Zwecken, ihre Verwendung zu anderen Zwecken ist unzulässig und daher ausgeschlossen.

### Erhöhung der Veteranenbeihilfen.

Der Reichsgesetzentwurf, durch den die Veteranenunterstützung von 120 auf 150 M. jährlich erhöht werden soll, ist dem Bundesrat endlich zugegangen. Die „Post“ weist hierzu zu melden:

Ob die Mittel durch Abstriche aus anderen Positionen oder auf andere Art gewonnen werden, steht noch dahin und bildet den Gegenstand von Beratungen. Zur Erhöhung der Beihilfen sind etwa 8 Millionen Mark vorgesehen, und außerdem sollen besondere Wünsche der Veteranen nach Möglichkeit eine gesetzliche Regelung erfahren. Hierzu gehört die Frage der Gewährung eines Gnadenquartals für die Hinterbliebenen, ferner der Fortfall des Nachweises der Erwerbunfähigkeit bei der Gewährung von Beihilfen und ebenso der Fortfall der ärztlichen Untersuchung.

### Frankreich.

#### Die Generalräte und die dreijährige Dienstzeit.

Paris, 15. April. (Privattelegramm des „Vorwärts“.) Die gestrige Tagung der Generalräte legt Zeugnis ab von der in der Provinz gegen die Einführung der dreijährigen Dienstzeit herrschenden Stimmung. Im Departement Cher setzte der Präfekt die Nichtverhandlung der die Volkswehr und das Schiedsgericht fordernden sozialistischen Resolution mit 15 gegen 3 Stimmen bei 3 Enthaltungen durch. Viele Radikale erklärten ihre Bereitwilligkeit, für eine Resolution gegen Einführung der dreijährigen Dienstzeit zu stimmen. Im Departement Drome nahm der Generalrat einstimmig die sozialistische Resolution an, begrüßt die Berner Konferenz und ladet alle Deputierten ein, dort an einer franko-deutschen Annäherung mitzuarbeiten. In Haute-Vienne lehnte man die Regierungsvorlage mit 16 gegen 3 Stimmen bei zwei Enthaltungen ab. Ein Antrag des Präfekten auf Nichtbehandlung der vorgelegten Resolutionen über die Einführung der dreijährigen Dienstzeit wurde ebenfalls abgelehnt, während die sozialistische Resolution mit 10 gegen 9 Stimmen angenommen wurde. Die Radikale halten an der zweijährigen Dienstzeit mit durch die Landesverteidigung geforderten Verschärfungen fest. Der Generalrat der Loire verwies die radikalen Anträge gegen die Einführung der dreijährigen Dienstzeit und für eine Initiative des französischen Parlaments für eine Abrüstungskonferenz an eine Kommission. Der Generalrat von Tarn überweist den sozialistischen Antrag auf Beibehaltung der zweijährigen Dienstzeit einer Kommission. Bezeichnend für das Anwachsen der Bewegung gegen die Einführung der dreijährigen Dienstzeit ist die gestern gehaltene Rede Caillaux, der auf das Erbe Barthou's hofft. Caillaux opponiert gegen die Rückkehr zur Berufsarmee, ist unfreundlich gegenüber der Regierungsvorlage und fordert eine Vesteuerung des Wesses.

### England.

#### Das Auge des Auslandes.

London, 14. April. (Fig. Per.) Während der Teil der deutschen Wehrevorlage, der den Luftmilitarismus betrifft, in England den Rüstungsfreunden einen willkommenen Agitationsstoff geliefert hat und allem Anschein nach noch in diesem Jahre diesseits der Nordsee ein deutliches Echo finden wird, betrachtet man die deutsche Aufrüstung im allgemeinen mit Gleichmut, ja mit einer gewissen Leichtfertigkeit, da man sieht, daß sich die deutschen Chauvinisten in einen anderen als den englischen Pohanz zurecht gemacht haben. Dieser Gemütszustand erleichtert den Engländern eine objektive Betrachtung der Ereignisse, aber er erschwert es andererseits dem deutschen Reichstagler und seinen Betreuen, dem Ausland einen klaren Dunst vorzumachen. Namentlich ist man sich hier über die angebliche Einmütigkeit, mit der das deutsche Volk die neuen schweren militärischen Lasten auf sich nehmen soll, ganz im klaren. Charakteristisch für den Eindruck, den das lächerliche Prahlen mit der Einmütigkeit des deutschen Volkes in dieser Angelegenheit auf den Ausländer macht, sind folgende Ausführungen des Berliner Berichterstatters des konservativen „Daily Telegraph“:

Der Reichstagler bediente sich auch des Arguments zuzunehmen einer Vermehrung des deutschen Heeres oder der Flotte, das so beliebt ist, weil es, wie die Erfahrung gelehrt hat, am wirksamsten ist, nämlich: „des Auges des Auslandes“. Hiermit folgte er nur den Forderungen vieler seiner Vorredner, und eine kühne Logik könnte aufgestellt werden, wenn man zählte, wie oft im Laufe der Debatte dieses „eifersüchtige“ Organ angerufen worden ist. Seit der ersten Andeutung der Wehrevorlage hat man die deutsche Nation unzählige Male von der Rednertribüne, in der Presse und jetzt im Reichstage beschworen, dem Auslande zu imponieren „durch eine Demonstration entschlossener, patriotischer und opferfreudiger Einmütigkeit“. Doch der Ausländer, der überhaupt nur etwas von Deutschland kennt, wird eher belustigt als in Schrecken gesetzt sein durch diese angebliche Offenbarung einer nationalen Einmütigkeit, die nirgends weniger existiert als in Deutschland. Denn er weiß, daß in keinem anderen Lande in den letzten Jahren so viele dieser Demonstrationen stattgefunden haben und daß die Partei, die sich ihnen immer kräftig widersetzt hat, schnell angewachsen ist, bis sie heute um ein Beträchtliches mehr als zweimal so groß ist als irgendeine andere im Deutschen Reich. Es war charakteristisch für die deutsche Politik, daß letzte Woche ein Redner in der Debatte den Mitgliedern dieser Partei den deutschen Namen und Charakter absprach. In einem Lande, wo der Humor in der Politik eine Rolle spielt, würde eine derartige Erklärung unmöglich gewesen sein; denn die Gruppe des Redners stellt drei Provinzen der Wählerchaft dar, und die Sozialisten, die er nicht als seine Landsleute anerkennen wollte, haben 34,8 Proz. der Wähler auf ihrer Seite. Die dreiprozentige Partei hat stets bei der Organisation dieser Sturmangriffe auf „das Auge des Auslandes“ die führende Rolle übernommen, weshalb auch möglicherweise ihre Gefolgschaft so klein ist. Die Partei von 34,8 Proz. der Wähler hat sich die Führung beim Abschlagen dieser Sturmangriffe übernommen, und das ist wahrscheinlich ein Grund, weshalb ihre Gefolgschaft so groß ist. Wenn man auf den Ausländer einen Eindruck machen will, ist es räthlich, zu sehen, daß die Eindrücke nicht falsch sind. Es kann kaum einem Zweifel unterliegen, daß die Wehrevorlage, obwohl sie fast sicher von einer großen Mehrheit im Reichstage angenommen werden wird, mit ebenso großer Entscheidung in einer geheimen Volksabstimmung abgelehnt werden würde, denn an der Wahlurne würde sich der Wähler meistens vor jenen mitungünstigen Blicken sicher fühlen, die die politische Gemütsruhe seiner parlamentarischen Vertreter so sehr wesen. In allen Fächern ihrer Politik ist die deutsche Regierung seit langem außer Fühlung mit den breiten Volksmassen, wenigstens den städtischen.

### China.

#### Kampf zwischen Chinesen und Mongolen.

Urga, 15. April. (Meldung der Petersburger Telegraphen-Agentur.) Eine Abtheilung Mongolen an der Grenze des Chahschingebietes wurde wie der Befehlshaber dieser Abtheilung berichtet, von einer chinesischen Reiterabtheilung angegriffen. Der Angriff sei zurückgeschlagen worden, die Chinesen hätten 400 Leute, 5 Maschinen-gewehre, ihren Train, 100 Gewehre und 10 000 Patronen verloren.

### Parlamentarisches.

#### Militärrattachés. — Duellfrage.

In der Dienstattegung der Budgetkommission des Reichstages beantragte Genosse Stücken, die Aufwendungen im Betrage von über 40 000 M. jährlich für den Bevollmächtigten in Petersburg zu streichen und die Aufwendungen für den Militärattaché in München als künftig wegfallend zu bezeichnen. Bei allen anderen Staaten unterhalte Deutschland nur Attachés; warum in Petersburg neben dem Attaché noch einen Bevollmächtigten mit Generalrang? Weil Rußland auch einen solchen hohen Offizier dem Deutschen Kaiser attachierte? Auch hier könnte und müßte Streidung eine Abfählung der jetzt innigen Beziehungen zwischen den Souveränen von Deutschland und Rußland. Der Attaché in München beruhe auf einem Staatsvertrag und habe eine wichtige militärische Position auszufüllen. — Genosse Ledebour bestritt, daß der Militärbevollmächtigte sonderliche Bedeutung für die Beziehungen der beiden Staaten zu einander haben kann; für die politische Betätigung, die nur von einer Stelle aus erfolgen darf, sei der Vorkämpfer da. — Der Kriegsminister verteidigte die beanspruchten Stellen; ihm schlossen sich die Redner aller bürgerlichen Parteien an. — Die Posten wurden gegen die sozialdemokratischen Stimmen bewilligt.

Sobann wurde in die Besprechung der Duellfrage eingetreten. Abg. Gröber begründete folgende Resolution:

„Der Reichstagler wird ersucht, dahin zu wirken, daß gegen Mitglieder militärischer Ehrengerichte, welche von einem Offizier oder Sanitätsoffizier den Zweikampf, die Herausforderung zum Zweikampf oder die Annahme dieser Herausforderung verlangen, nach den allgemeinen Bestimmungen des Strafgesetzbuchs die Strafverfolgung durchgeführt wird.“

Unter § 208 des Strafgesetzbuchs soll folgender § 208a eingeschaltet werden:

„Hat der Täter in den Fällen der §§ 205—206 den Zweikampf durch Uebertretung mit der Ehefrau des Gegners oder durch Verführung seiner Tochter oder Schwester, oder durch schwere Verleumdung verurtheilt, so ist an Stelle der Festsetzung auf Gefängnisstrafe von gleicher Dauer und auf Verlust der bürgerlichen Ehrenrechte zu erkennen.“

Genosse Ledebour bekämpfte diese Anträge wegen ihrer lauschaftartigen Fassung. Die schriftlich vom Kriegsminister der Kommission abgegebene Erklärung genüge nicht, wengleich ein Fortschritt gegen früher zu konstatieren sei dahingehend, daß im allgemeinen der Offizier nicht den Dienst quittieren muß, wenn er aus sittlichen oder religiösen Motiven ein Duell vertweigert. Immerhin könnte aber der Kaiser noch wie vor wegen Verweigerung der standesgemäßen Genugthuung auf Verabschiedung erkennen. Leider sprechen sowohl das Strafgesetzbuch, wie auch die bisher vom Reichstag angenommenen Resolutionen eine Privilegierung des Duellverbrechens aus. Hier müßte der Hebel angelegt werden, daß auch die Militärverwaltung eine Einschränkung des Duells wolle, sei zugegeben; es komme aber auf die grundsätzliche Verwerfung und Bekämpfung des Duells an. — Abg. Sembler forderte ebenfalls Beseitigung aller dahingehenden Bestimmungen. Er wünschte eine obrikeitliche genaue Anweisung, wann duelliert werden kann und soll oder nicht. — Genosse Liebknecht trat den Ausführungen Ledebours bei unter eingehenden kritischen Betrachtungen über das Duell selbst und die Anlässe, die zum Duell führen können. Auf dem Wege des gemeinen Rechts könne unter Aufhebung aller Sonderbestimmungen sehr wohl das Duell erfolgreich bekämpft werden. — Abg. Gröber verteidigte die Anträge des Zentrums. — Abg. Göttheim betonte, daß die Volkspartei den Anträgen des Zentrums nicht zustimmen könne, da sie der präzisieren, das Duell wirklich bekämpfenden Fassung entscheiden. Es wurde beschlossen, beim Plenum zu beantragen, die strafrechtliche Lösung der Duellfrage einschließlich des gesamten vorliegenden Materials einer besonderen Kommission zu überweisen.

### Aus der Partei.

#### Zum Großstadl in Baden.

Auf der Landtagswahlkommission in Karlsruhe erklärte Genosse Dr. Franke, ein Abkommen mit den Großstadlparteien sei noch nicht getroffen; endgültige Beschlüsse werde der Freiburger Parteitag fassen. Auf alle Fälle aber werde die sozialdemokratische Partei Baden einig und geschlossen in den Wahlkampf ziehen.

#### Aus den Organisationen.

Der Sozialdemokratische Verein für den Wahlkreis Minden-Lübbecke hielt am Sonntag in Minden seine Generalversammlung ab. 48 Delegierte und Funktionäre waren anwesend. In dem Geschäftsberichte, das diesmal dreiviertel Jahr umfaßt, stieg die Zahl der Mitglieder um 40 auf 1420. 234 Mitglieder- und 15 öffentliche Versammlungen wurden abgehalten und 17 000 Broschüren und Flugblätter verbreitet. In 12 Orten haben wir jetzt 28 sozialdemokratische Gemeindebestreiter, gegen 20 im Vorjahre. Der Kassenbericht weist an Einnahmen 2718 Mark, an Ausgaben 2428,87 Mark, mithin einen Kassenbestand von 279,13 Mark auf. Als Kandidaten zur Landtagswahl wurden die Genossen Lignier und Reimer aufgestellt. Bei der Wahl 1908 standen 329 ionierpairen, 169 nationalliberalen und liberalen und 44 christlich-sozialen nur 27 sozialdemokratische Wahlmänner gegenüber. Als Delegierter zum Deutschen Parteitag wurde Genosse Reichel gewählt.

#### Genosse Willi in Karlsruhe.

ist von seinem Amt als Stadtworzeichen und Mitglied des Stadtwortzeichenvorstandes sowie auch von dem als Arbeitersekretär zurückgetreten. — Wir stimmen mit der „Dresdner Volkszeitung“ überein, wenn sie dazu bemerkt: „Wir möchten darauf hinweisen, daß wir in seiner Beurteilung keinen genügenden Grund für einen solchen Verzicht auf seine Aemter erblicken können.“

#### Zur preussischen Landtagswahl

ist als weiteres Material in der Verlagsbuchhandlung Vorwärts, Paul Singer & Co. Berlin, ein kleiner Führer durch die preussische Verfassung erschienen. Das kleine Schriftchen enthält den Wortlaut der Verfassung und des Landtagswahlrechts; die einzelnen Bestimmungen sind mit erklärenden Anmerkungen versehen. Ein weiterer Abschnitt ist dem Herrenhaus gewidmet. Eine historische Einleitung über die Entstehung der Verfassung bietet Material zur Kenntnis der preussischen Verfassungsgeschichte. Die Broschüre kostet 30 Pf.; Bestellungen sind an die Verlagsbuchhandlung Vorwärts zu richten.

### Polizeiliches, Gerichtliches usw.

#### Briefprozeß.

Dem Eiberfelder Schöffengericht wurde der verantwortliche Redakteur der „Freien Presse“, Genosse Oscar Hoffmann, wegen Verleumdung des jetzigen Rechtsanwalts Weisser zu 100 M. Geldstrafe verurteilt. Der ehemalige Beigeordnete und Volksbeizehmer Weisser, der sein Amt wegen einer ihn sehr kompromittierenden Angelegenheit aufgeben mußte, hatte sich durch die Worte beleidigt gefühlt, der Anwaltstand könne sich zu dem Zuwachs gratulieren.

#### Wegen Verleumdung der Armee

ist vom preussischen Kriegsminister gegen den verantwortlichen Redakteur unseres Dantziger Parteiblattes, Gen. Herrn. Lorenz, Strafantrag gestellt worden. Die Verleumdung wird gefunden in dem ersten Abschnitt der bekannten Soldatengeschichten von August Binny, betitelt „Preussischer Kommiß“, die die „Postmacht“ in Dantzig zum Abdruck brachte.

Und abermals Soldaten als Streikbrecher.

Im Natskellerrestaurant zu Charlottenburg, das von dem stellvertretenden Obermeister der Berliner Gastwirteinnung bewirtschaftet wird, brach am Sonntag ein Streik der Küchenhelfer aus...

Der Herr Obermeister wandte sich zwecks Lieferung von Hausdienern kurzerhand an den Kommandeur des Elisabeth-Regiments, von welchem ihm bereitwilligst drei Mann als Küchenarbeiter geliefert wurden.

Das sind wirklich nette Verhältnisse für die im Gastwirtsgewerbe tätigen Angestellten sowohl als für die soldatische Ausbildung der neu geforderten Truppen.

Berlin und Umgegend.

Treppengeländerbranche.

Zu dem Bericht über die Verhandlungen mit den Treppengeländerfabrikanten nahm am Montag eine Branchenversammlung Stellung. Der Kommissionsberichterstatter Meyer führte aus, daß die Verhandlungen ebenso langwierig als schwierig waren.

Die Diskussionsredner leuzschicketen, wie auch Weber, die Verzweigungsposition der Arbeitgeber und forderten die Anwesenden auf, der Kommission durch vollste Einmütigkeit den Rücken zu stärken.

Anläßlich des Kellnerstreiks im Hodepeter, Münzstr. 20, Inf. Martin, ist seitens der Polizei sogar die Verlegung der Straßbahnhaltestelle vor diesem Hause angeordnet worden.

Deutsches Reich.

Lohnbewegung in der Stettiner Konfektion.

Zwischen dem Verband der Schneider und dem Gewerbeverein S.-D. war es am 16. März bei der Einleitung der diesjährigen Tarifverneuerung in der Stettiner Konfektion zu einem heftigen Streik gekommen.

Die örtlichen Verhandlungen im Baugewerbe.

In der verflochtenen Woche wurde wiederum in einer großen Anzahl von Städten für diese oder für die zu den einzelnen Städten gehörenden Lohngebiete verhandelt.

In Berlin war am 8. April unter dem Protekt der Arbeitgebervereine von dem Vorsitzenden der Verhandlung, Magistratsrat v. Schulz, ein Schiedsspruch gefällt, der den Arbeitern eine Lohnerhöhung von 8 Pf. brachte.

Zu Frankfurt a. D., Karlsruhe a. D. und Schwie-

Buß bezeichnen 2 Pf. für Maurer, Guben und Sommerfeld 1 Pf. und Sorau nichts. Die Guben und Frankfurt vorliegenden Angebote gelten auch für Hilfsarbeiter.

Im Bezirk Bromberg verzeichnen Czarnikau und Schönlanke 1 Pf., Kolmar, Flecken und Streinow 2 Pf., Kulmssee, Culau, Filschne, Marienwerder und Schneidemühl 3 Pf., Kulmssee für Hilfsarbeiter sogar 4 Pf. Gleichfalls 4 Pf. wurden geboten in Hohensalza und Schwerin a. d. S. Im letzteren Orte ist das Gebot angenommen.

In Sommeren dreht sich der Streit vielfach um das Landgeld. Die Unternehmer in den meisten Orten dringen auf die Abschaffung des bisherigen Zustandes, ohne auch nur dafür ein angemessenes Äquivalent in Gestalt einer angemessenen Lohnerhöhung zu machen.

Im Magdeburger Bezirk ist in Verbnrg nachträglich das Gebot auf 7 Pf. erhöht worden. In Staßfurt werden sofort 3 Pf. bezahlt und 1 Pf. zu einem späteren Termin, in Burg b. M. für Maurer 5 Pf., für Hilfsarbeiter 4 Pf.; in Neu-Galdensleben sind die Unternehmer auf den wöchentlichen Gedanken gekommen, den jetzigen Stundenlohn von 45 Pf. in einen wöchentlichen von 40-45 Pf. umzuwandeln; eine Absicht, die selbst von dem Bezirksvorsitzenden des Unternehmerverbandes belächelt wurde.

Im Königreich Sachsen ist verhandelt worden in Bautzen, Bischofswerda, Kamenz, Löbau, Mühlberg, Neudorf, Sebnitz und Zittau. Mit Ausnahme des letzten Ortes, wo 6 Pf. geboten sind, beträgt das Angebot in allen übrigen Orten 8 Pf. Pirna hat 3 Lohngebiete; in allen soll die Arbeitszeit um 1/2 Stunde täglich verlängert werden.

Geradezu herausfordernd für die Arbeiter verlaufen die Verhandlungen im Königreich Bayern. In Erding, Freising und Landshut verlangen die Unternehmer einfach die Verlängerung des jetzigen Vertrages.

In Württemberg ist für Ulm ein Vertrag abgeschlossen mit 5 Pf. Lohnerhöhung. Das gleiche ist in Konstanz der Fall mit 4 Pf. In Heidenheim wurden 3 Pf. und in Stuttgart die stündliche Arbeitszeit und 3 Pf. Lohnerhöhung angeboten.

In Baden und in der Pfalz kommen Verzögerungen mit 7 Pf. und Speyer mit 5 Pf. als erledigt in Betracht. Für Landau und Kaiserslautern werden 3 Pf., für Mannheim und Ludwigshafen 2 Pf. und für Worms 1 Pf. geboten.

Im Elb- und Sächsischen sind in Schlettstadt mit 5 Pf. eine Einigung erzielt. In Straßburg wurden 4 resp. 3 Pf. und in Hagenau 5 resp. 4 Pf. für Maurer resp. Hilfsarbeiter geboten.

In Köln und Düsseldorf sind die Verhandlungen ohne nennenswerten Erfolg verlaufen. Es hat fast den Anschein, als ob die Unternehmer die Verhandlungen dazu benutzen wollten, die Arbeiter anzujohren. Lohnerhöhung in Köln gibt es nicht und eine Arbeitszeitverlängerung nur nach einem verlorenen Kampf.

Im Bezirk Hannover sind in Braunschweig und Walzode 8 Pf. geboten, in Hymont 1 Pf. und in Celle, Helmstedt, Peine und Sönningern nichts.

Im Unterweser- und Emsegebiet ist in zwölf Orten verhandelt worden. In Bremen haben die Unternehmer erklärt, daß es beim Angebot von 5 Pf. bleibt. In Aurich sind 5 Pf. für Maurer und 3 1/2 Pf. für Hilfsarbeiter geboten.

Zur den Bezirk Hamburg sind geboten für Hamburg 5 Pf., für 1913, in Trittau 8 Pf., in Ditzel 5 Pf., Ahrensbüdt 4 Pf., Bergedorf, Eternförde, Kellinghusen, Lauenburg, Läger, Osiensoll, Schellen, Schwartau und Tondern sollen 3 Pf. erhalten. In Flensburg, Kiel wurden 2 Pf. und Burg auf F. 1 Pf. geboten.

Ausland.

Achtung, Hiesenseiler! Zwischen den Arbeitern, die von der Firma Villoroy u. Voch in Italien beschäftigt sind, und der Geschäftsleitung sind Differenzen entstanden, die sehr leicht zu einem Kampf führen können.

Soziales.

Schiedsgericht für Angestellte.

Im gestrigen „Reichsanzeiger“ wird vom Direktorium der Reichsversicherungsanstalt für Angestellte bekannt gemacht, daß für die Angestelltenversicherung ein Schiedsgericht in Berlin für das

Reichsgebiet auf Grund des § 158 des Versicherungsverfallgesetzes und kaiserlicher Verordnung vom 15. 11. 1912 errichtet ist.

Gegen bürokratische Abwägung von Krankeinstufen.

Gegen ein allzu hartes bürokratisches Erdrosselungsstigma einiger Oberversicherungsämter richtet sich folgender Erlaß des preussischen Handelsministers vom 31. März:

Bei Prüfung der Krankenkassen über die verweigerte Zulassung bestehender Oriskrankeinstufen als besondere Oriskrankeinstufen ist es aufgefallen, daß die Oberversicherungsämter in den Fällen, wo die Zulassung wegen Befähigung des Bestandes oder der Leistungsfähigkeit der allgemeinen Oriskrankeinstufe abgelehnt wird, ihre Entscheidung mit der kurzen Behauptung begründen haben, daß die Klasse nicht zugelassen werden könne, weil sie den Bestand oder die Leistungsfähigkeit der allgemeinen Oriskrankeinstufe gefährde.

Geradezu mißbilligen aber muß ich die Geplogenheit einzelner Versicherungsämter und Oberversicherungsämter, ihre Mitteilungen, Anordnungen und Entscheidungen mit dem Hinweis darauf zu begründen, daß in den Besprechungen, die zwischen meinen Kommissaren und dem Kommissar des Herrn Landwirtschaftsministers einerseits und den Versicherungsbehörden andererseits in den letzten Monaten des verflochtenen Jahres stattgefunden haben, bindende Beschlüsse gefaßt seien oder durch Vermittelung meiner Kommissare von mir Anordnungen getroffen seien, gegen die jedes Vorgehen aussichtslos sei.

Die Besprechungen verfolgten lediglich den Zweck, zwischen den Versicherungsbehörden über die zweckmäßigste Art der Organisation der Krankenversicherung eine Verständigung herbeizuführen und zugleich die gesetzlichen Vorschriften zu erläutern, die zur Erreichung dieses Zweckes zur Anwendung gelangen sollten.

Letzte Nachrichten.

Der Generalkrieg in Belgien.

Brüssel, 15. April. (Privattelegramm des „Vorwärts“.) Auch im Lütticher Revier nimmt die Ausdehnung des Streiks zu. Am Dienstag waren allein auf den Coderillwerken 500 Streikende mehr zu verzeichnen.

Der Vorfall in Nancy.

Paris, 16. April. (W. T. B.) Der Minister des Äußern hat heute nachmittag den Besuch des deutschen Vizekonsuls empfangen, der den Zwischenfall in Nancy mit ihm besprochen wollte.

Diese nebensächliche Angelegenheit, anläßlich welcher deutsche Blätter das französische Volk beschimpfen und ernste Entschuldigungen verlangen, werde selbstverständlich keinerlei Schwierigkeiten zur Folge haben. Aber die Art und Weise, wie die deutschen Blätter auf dieser Affäre Kapital schlagen, müßte seltsamer werden.

Die nationalsozialistische „Liberté“ benutzt die Auslassungen der alldeutschen Presse, um die Wiedereinführung der dreijährigen Dienstzeit als notwendig hinzustellen.

Reichstag.

140. Sitzung. Dienstag, den 15. April 1913, nachmittags 1 Uhr.

Am Bundesratsstisch: v. Jagow, Delbrück.

Etat des Auswärtigen Amtes.

Zweiter Tag.

Es liegen hierzu drei Resolutionen der Budgetkommission vor, von denen die erste den Zugang zum diplomatischen Dienst dem Befähigten, ohne Rücksicht auf seine Vermögensverhältnisse, ermöglichen will; die zweite fordert den Ausbau des Orientalischen Seminars zu einer deutschen Auslands- hochschule; die dritte verlangt eine Denkschrift über die deutschen Schulen im Ausland.

Staatssekretär des Auswärtigen v. Jagow: Sollten sich die Nachrichten über den gestern bereits erwähnten Zwischenfall in Nancy im vollen Umfange bestätigen, so müßte ich sie als höchst bedauerlich bezeichnen. (Lebhafte Zustimmung im ganzen Hause.) Zugleich wäre es ein trauriger Beweis für das Treiben der Chauvinisten. (Sehr richtig!) Unser Vorkämpfer in Paris ist angewiesen um Aufklärung zu erlangen und gegebenenfalls Vorstellungen wegen des mangelhaften Schutzes der Deutschen in Frankreich zu erheben. (Lebhafte Zustimmung.)

Der Gedanke der Resolution, nur die Befähigten ohne Rücksicht auf die Vermögensverhältnisse zum diplomatischen Dienst heranzuziehen, ist mir sympathisch ( Bravo! ); aber ganz werden auch in Zukunft unsere Diplomaten ohne eigene Mittel nicht auskommen können, es müßte denn sein, daß sie so hohe Gehälter bekommen, daß diese in krassen Widerspruch zu den Gehältern der anderen Beamten und denen der Diplomaten anderer Länder stehen. (Sehr richtig! rechts.) Dem Vorwurf, daß für den Zugang zum diplomatischen Dienst Protektion unerlässlich ist, muß ich entschieden widersprechen. (Voten links.) Allerdings mache ich einen Unterschied zwischen Protektion und Empfehlung. (Sehr richtig! rechts.) Vachon bei den Sozialdemokraten.) Ferner möchte ich auf Grund meiner langen Erfahrungen feststellen, daß das unglückliche Urteil, das man hier vielfach über unsere Diplomaten hört, im Ausland nicht geteilt wird. (Zustimmung rechts.) Die vorgebrachten Äußerungen und Wünsche werde ich sorgfältig prüfen, und wo sie berechtigt sind, berücksichtigen. Mängel werde ich gern abstellen. Aber eine bloße Forderung ist nicht immer eine Verbesserung. (Zustimmung rechts.)

Abg. Dr. Dertel (l.): Nach dem, was wir bisher von dem neuen Herrn Staatssekretär gehört haben, können wir ihm unser Vertrauen nicht verlieren. Wir hoffen, daß er in den Bahnen v. Biderlens-Wächters wandelt. Der Resolution der Kommission stimmen wir zu, obwohl sie etwas Selbstverständliches verlangt. Auch dürfte es recht schwierig sein, immer den Befähigten herauszufinden. Doch wir brauchen und ja den Kopf des Herrn Staatssekretärs nicht zu zerbrechen. (Weiterkeit.) Ebenfalls wünschten auch wir nicht, daß der diplomatische Dienst sich zu einer Domäne der Plutokratie entwickele. — Wie unsere Diplomaten durch den Ausbruch des Balkankrieges über- rächt werden konnten, verstehe ich zwar nicht. Aber auch die hehligte Börse und die noch hehligere Presse sind überhäuft worden. Aber wir sind allzumal Sünder und mangelnde diplomatische Aushilfe. (Weiterkeit.) Der Haltung unserer Diplomatie nach Ausbruch des Krieges können wir zustimmen. Wir sind in der Hinterhand geblieben, aber nicht, weil wir keine Trümpfe hatten, sondern weil wir uns die Trümpfe für geeignete Gelegenheiten aufsparen wollten. (Zuruf bei den Sozialdemokraten: Die sind ab- gegeben worden!) (Weiterkeit.) Mancher aus diesem Hause würde die Sache ja sicher besser gemacht haben, das beweist eben wieder, daß die richtigen Männer nicht an der richtigen Stelle stehen. (Weiterkeit.) Doch der Friede so bald kommt, glaube ich nicht, denn ich bin kein Optimist. Ueber die Widerpenfängigkeit des Königs von Montenegro will ich mich nicht äußern, um nicht die Glorie des Präsidenten zu bemäßen, dem der „Vorwärts“ heute reich nachsagt, er habe für seinen letzten Ordnungsruf einen hohen montenegrinischen Orden erhalten. (Große Weiterkeit.) — In die innerasiatischen Verhältnisse und ein- zumischen, wie Herr Verstein verlangt, haben wir keinen An- laß. Man kann es ja bedauern, wenn die rumänische Regierung von den Vorzügen des jüdischen Volkstums nicht genügend durch- drungen zu sein scheint. (Weiterkeit bei den Antisemiten.) zum Ein- greifen würde aber für uns nur dann ein Grund sein, wenn der Berliner Vertrag wirklich verletzt wäre und auch dann nur im Ein- vernehmen mit den übrigen Signatarmächten. — In Klein- asien wollen wir uns die Zukunftsmöglichkeiten nicht ver- bauen lassen. — In Ostasien könnte es zu Konflikten mit Rußland kommen. Wir dürfen uns dort in den Grenzstreitigkeiten nicht zurückdrängen lassen, ohne doch unsere guten Beziehungen zu Ruß- land zu trüben. — Der sinesischen Republik wünschen wir — so vorurteillos sind wir — (Weiterkeit.) alles gute. Zu ge- genseitiger Zeit wird die sinesische Republik auch gewiß anerkannt werden, aber jetzt Amerika nachzulaufen, wäre nicht klug. Doch unsere Beziehungen zu England nicht nur besser, sondern gut geworden sind, begrünen wir. Unserer Freude darüber aber wollen wir nicht allzu laut Ausdruck geben. Die Versetzung liegt nicht im Inter- esse Deutschlands, sondern auch Englands. — Frankreich steht heute im Vordergrund des Interesses. Kein Mensch in Deutschland hegt einen Haß gegen das französische Volk oder gegen die fran- zösische Regierung, im Gegenteil, wir haben manche Sympathien für das Volk. Unbedingt ausbitten müssen wir uns aber, daß man sich mit den Verhältnissen, wie sie sich 1870/71 gestaltet haben, für alle Zeiten abfindet. (Sehr richtig!) Bei der Landung des Zeppelins in Lunéville hat sich die französische Regierung loyal und korrekt verhalten. Wir erwarten eine baldige amtliche Auf- klärung über die Vorgänge, die zur Landung zwangen, als auch über die Art, wie das Luftschiff durchsucht wurde, zumal der Bau von Zeppelinerflugzeugen nach diesem Vorfall in Frankreich wieder aufgenommen worden sein soll. (Zuruf! hört! rechts.) — Zu dem Vorfall in Nancy möchte ich nur fragen: Haben Sie in den letzten Jahrzehnten gehört, daß französische Staatsangehörige in Deutschland so oder ähnlich behandelt worden wären? Wann die Rechmittlungen sich als richtig erweisen, erwarten wir von der Regierung, daß sie mit aller Entschiedenheit auf angemessene Sühne dringt. ( Bravo! ) Herr Sasse ruft aber dazwischen, in Magdeburg und Braunschweig sei es einem Franzosen noch schlimmer ergangen. Wir hatten dies Vorgehen der Polizei für ganz selbstverständlich. (Vachon bei den Sozialdemokraten.) Gewiß, die französische Regierung hat anders gehandelt, die Herren Scheidemann und Liebknecht haben in Paris gesprochen. Aber die französische Regierung wird wohl gemeint haben, die Herren würden die französischen Interessen drücken nicht gefährden. (Sehr gut! rechts.) Vachon bei den Sozialdemokraten.) Ein anderes Mitglied dieses Hauses hat die französische Regierung aber ausgewiesen. Da fürchtete sie eine Gefährdung ihrer Interessen. — Herr Verstein hat auch die Friedensschlüsse wieder geblasen, den ichden Gehörg von der allgemeinen Völkerverbrüderung. In diesen Zeiten klingt dies doch recht seltsam, etwas überjugendlich, überphantastisch. Wer sich den Weltfrieden träumt, wird jedenfalls ausgehen, daß wir von diesem Ziel noch gewaltig weit entfernt sind. Wenn wir bis dahin den Frieden sichern wollen, haben wir seit anderem Mittel als eine tüchtige Diplomatie, eine gute, kräftige, aber auch maßvolle Politik und vor allem ein tüchtiges, schlagsfertiges und damit siegesfähiges Heer. (Lebhafte Beifall rechts.)

Abg. Ledebour (Soz.):

Angenommen, der Fall in Nancy habe sich so zugetragen, wie er in den Zeitungen geschildert ist, so gebe ich dem Staatssekretär insofern recht, als er die der deutschen Regierung zur Verfügung stehenden Mittel aufzubringen muß, um festzustellen, was wirklich vorgefallen ist, und falls tatsächlich Angriffe auf deutsche Staats- angehörige erfolgt sind, für Sühne zu sorgen. Daß er an die Ankündigung dieser selbstverständlichen Pflicht aber die Bemerkung anknüpfte, man sehe hier, wie gewaltig die chauvinistische Frat in Frankreich gestiegen sei, ist äußerst unglücklich. Ich hatte den Eindruck, daß er damit den Chauvinismus bei uns aufkühleln wollte. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Er hätte doch seine historischen Untersuchungen über das Anschwellen des französischen Chauvinismus fortsetzen sollen, und sagen müssen, da sehen Sie, wie recht die Sozialdemokraten gehabt haben mit der Be- hauptung, die Ankündigung unserer enormen Heeresvermehrung werde den Chauvinismus in Frankreich hären. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Das kann nicht bloß ein Blinder mit dem Strickstock fühlen, sondern auch ein deutscher Diplomat. (Präsident Kaempf bittet, solche Heberschreitungen der sachlichen Kritik zu vermeiden.) Mit diesen Ausführungen kann ich doch unter keinen Umständen irgend ein Mitglied des Hauses oder der Regierung herabsetzen. Ich habe sogar ein Lob für die Blinden. (Weiterkeit bei den Sozialdemokraten.) — Präsident Kaempf hält seine Rede aufrecht.) Die deutsche Heeresvorlage mußte den Chauvinismus verstärken und die Bemerkung des Staatssekretärs kann nicht dazu beitragen, den durch deutsche Schuld aufgeregten Chauvinismus in Frankreich einzuschränken. (Widerpruch rechts.) Javohl, durch deutsche Schuld, die darin liegt, daß wir ohne Grund eine Heeresvermehrung von 140 000 Mann gefordert haben, die in Frankreich sofort mit der Festhaltung der Leute bei der Fahne während eines dritten Jahres beantwortet wird. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) In Frankreich hat also, wenn die Zeitungsnachrichten wahr sind, eine aufgeregte Menge in einem Grenzort, wo die Aufregung durch das unglückliche Vorwissen der Landung eines Zeppelins- Luftschiffes zweifelslos noch verstärkt war, eine chauvinistische Ausföhrung begangen. Viel schlimmer aber ist es, wenn eine Regierung den Chauvinismus anfecht. Ein solcher Vorwurf ist der französischen Regierung nicht zu machen, wohl aber der deutschen, die hier einen Franzosen, der zugunsten des Friedens, zugunsten der Verständigung beider Völker sprechen wollte, aus Magdeburg und Braunschweig ausweisen läßt, und zwar in der ungeschönsten Weise. Ich will nicht unteruchen, wer die Hauptschuld hat. (Zuruf! Daikwisch!) Ob Dollwoit, der end- gültig Schuldige ist, wissen Sie auch nicht, es können noch ganz andere langbeinige Hintermänner dahinter stehen. Es kommt auch gar nicht darauf an, Urheber ist die ganze Ge- sellschaft, und die deutsche Regierung trägt die Mitschuld, wenn sie das duldet. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Dies Vor- gehen der deutschen Regierung ist viel schlimmer, als das Ver- halten der aufgeregten Menge in Nancy. (Lebhafte Zustimmung bei den Sozialdemokraten.) Dieser

unverantwortliche Akt der deutschen Regierung

müßte den Chauvinismus in Frankreich noch weiter aufkühleln. Für den gesunden Menschenverstand ist es unbegreiflich, daß man einen Fremden, der für die Verständigung der Nationen, für den Frieden eintreten will, ausweist. Das kann nur die Staats- weisheit vorurteiliger Staatsmänner fertig bringen. Herr Dertel meinte, unsere Redner in Frankreich werden nicht beschwert, weil sie französische Interessen wahrnehmen. (Sehr richtig! rechts.) Solche Verdächtigungen sind wir gewohnt. (Zuruf rechts: Ver- dächtigungen?)

Präsident Kaempf: Sie dürfen einem Abgeordneten nicht Ver- dächtigungen vorwerfen.

Abg. Ledebour (fortfahrend):

Dann überlasse ich es dem Hause, wie es diesen Hinweis des Abg. Dertel bewerten will. Wir sind gewohnt, als Agenten des Auslands verfahren zu werden, wie es auch unseren französischen Genossen von den bürgerlichen Parteien in Frankreich geschieht, denn die bürgerlichen Parteien können nicht begreifen, daß die internationale Gerechtigkeit, die wir fordern, gegen die Interessen des eigenen Volkes nicht verhißt. Immerhin ist die französische Regierung weitfähiger als die deutsche, sie sagt sich, wenn wir deutsche Sozialisten verhindern würden, im Interesse des Friedens zu reden, so würden wir uns in den Augen der ganzen Welt als Heuchlerlinge bloßstellen. (Lebhafte Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Die deutsche Regierung sagt sich aber wahrheitsgemäß, wenn in diesem Augenblick so ge- wichtige Stimmen für den Frieden und die Freundschaft der Völker zum Ausdruck kommen, so schädigt das unsere Militärvorlage, und da diese sowieso auf sehr wackeligen Beinen steht (Widerpruch rechts.) — in der Begründung meine ich; wenn Sie dahinter stehen, so ist das eine körperlich kräftige Unterstützung (Große Weiterkeit links), aber die Begründung wird dadurch nicht verstärkt. Da ist es also begreiflich, daß die deutsche Regierung sagt: heraus mit den Kerlen, die zwar keine Friedenshörer, wohl aber Aufregungserreger sind. (Lebhafte Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.)

Der Staatssekretär hat sich auch über die Gehaltung des aus- wärtigen Dienstes verbreitet. Wir sind mit den anderen Parteien darin einig, daß er sehr mangelhaft ist und verbessert werden könnte, und wir haben auch dem wenig befragenden Antrag des Zentrums zugestimmt. Diese Verbesserungsanträge hatten nur an Außerlichkeiten, und Herr v. Jagow hat seine Zustimmung an viele Wenn und Aber geknüpft und dann noch gesagt, von Protektion kann keine Rede sein, aber Empfehlung ist nicht zu vermeiden. Die Art, wie bei uns zu hohen Reichsämtern und zum auswärtigen Dienst empfohlen wird, trägt eben den Charakter der Protektion. (Sehr wahr! links.) Natürlich kann man sie auch mit dem deutschen Wort „Empfehlung“ bezeichnen. Die Ent- scheidung wird bei uns an einer Stelle getroffen, die nicht im Leben steht, sondern ihre Informationen immer nur indirekt durch höfliche Mittel mütter bekommt, und was dabei heraus- kommt, haben wir ja im Falle Soltz erlebt. Liegt die Ent- scheidung in den Händen eines Mannes, der, wie der Fall Soltz und der Zeppelin und des ulanenlangenähnlichen Pektusef Roggens bewiesen hat (Weiterkeit bei den Sozial- demokraten), gegen parteiliche Einflüsterungen von allerlei Ele- menten seiner Umgebung nicht geschützt ist, so ist es höchste Zeit, daß mit dem System aufgeräumt wird, damit eine solche protektionistische Vergewöhnung von Völkern nicht mehr vorkommen kann. Präsident Kaempf: Eine Kritik des Verhaltens des Kaisers ist unzulässig. Ihre Aeußerung hätte sogar einen Ordnungs- ruf verdient, doch sehe ich in diesem Augenblick da- von ab.

Abg. Ledebour (fortfahrend):

Nach unserer Ansicht könnte der auswärtige Dienst nur da- durch eine andere Gehaltung bekommen, daß die Funktionen, die jetzt von Diplomaten wahrgenommen werden, zum größten Teil auf den Konsulardienst übergehen. Je mehr die Völker durch Handels- und Industrieverbindungen zusammenwachsen, um so mehr wird der Konsulardienst den diplomatischen allmählich von unten her abgebaut. Doch das sind nur äußerliche Formalien, der schwerste Mangel unserer Diplomatie ist das veraltete falsche System unserer auswärtigen Politik. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Ich will nur auf einen Fall hinweisen. Alle Parteien und die Regierung sind einig, die asiatische Türkei müsse lebensfähig erhalten werden. Als nun Deutschland mit Recht darauf hinweist, es sei eine wesentliche Aufgabe

der neu zu gestaltenden Türkei, die armenische Frage zu regeln, und darauf müsse Deutschland hinarbeiten, wurde dies als unbedeutende Einnischung in die inneren Verhältnisse der Türkei zurückgewiesen. Herr v. Michthosen meinte, das läge im Inter- esse Rußlands, das als Erbe schon vor der Tür hünde. Aber ge- rade das Umgekehrte ist der Fall. Man würde es Rußland er- leichtern, das armenische Erbe anzutreten, wenn man nicht dafür sorgte, daß diese schwächere Hande am türkischen Staatkörper heilt (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten), und die deutsche Regierung hätte die Aufgabe, auf die notwendigen Reformen in Armenien zu dringen. Herr v. Jagow nimmt fröhenföruend Herrn v. Michthosen zu. Darin tritt wieder das ganze soziale System der deutschen Orientpolitik zutage, die auch jetzt wieder davon Abstand nimmt, auf Reformen in Armenien zu dringen, wie zu den Zeiten Abdul Hamids, auf Reformen auf dem Balkan zu dringen. Wäre das geschehen, so wäre jetzt nicht der Zu- sammenbruch der Türkei erfolgt, den der Reichstag jetzt als ein Ereignis bezeichnet, das uns zu einer beträchtlichen Heeres- vermehrung nötigt. Kann die Türkei ihren asiatischen Vorkriegsstand nicht wahren, so müssen wir nach Herrn Dertel dafür sorgen, daß uns keine Zukunftsmöglichkeiten verbaut werden. Das heißt doch nichts anderes, als daß wir, wenn es zur Aufteilung der Türkei kommt, auch einen Hapen haben wollen. Herr Dertel meldet sich als Erbe neben dem russischen Jaren an. Dagegen müssen wir Verwahrung einlegen. Wir wollen nicht, daß unter irgendeinem faulen Vorwand Deutschland eine Annektions- und Er- oberungspolitik betreibt, und je klarer es der Türkei ge- macht wird, daß sie unter keinen Umständen zu befürchten habe, daß auch Deutschland sich an einer Aufteilung beteiligen würde, um so härter wird der Einfluß Deutschlands sein, und um so eher wird es Reformen durchsetzen können. (Lebhafte Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.)

Eine andere Frage ist die rumänische. Wie die Grenzen auf dem Balkan gezogen werden, kann uns gleich sein, nur werden wir wohl alle wünschen, daß die Völkern in ihren nationalen Grenzen ein möglichst hohes Maß von Selbständigkeit er- langen. Sie können aber nicht vollständig nach nationalen Ge- bieten abgegrenzt werden, und deshalb muß man darauf hinwirken, daß alle diese Staaten, die sprachliche Gebiete haben werden, die Verpflichtung der nationalen Toleranz auf sich nehmen. Wird also Serbien mit seiner bulgarischen Bevölkerung aus mili- tärischen Gründen an Rumänien abgetreten, und zwar durch die Vermittlung Europas, so hat Europa doppelten Anlaß, darauf hinzuwirken, daß Rumänien die Verpflichtung erteilt, die es im Berliner Vertrag übernommen hat, daß alle Konfessionen gleich- berechtigt sind. Die viermillionen Juden, die unter den 6 Mil- lionen Rumänen leben, werden in hocheblicher Weise von Ru- mänien für zurecht erklärt, denen die Staatsangehörigkeit nicht gegeben werden kann. Diese Methode muß aufs schärfste verurteilt werden. (Lebhafte Zustimmung bei den Sozialdemokraten.) Und Deutschland sollte nicht darauf warten, daß andere Länder vor- angehen, sondern wir wünschen, daß Deutschland bei der Erfüllung einer solchen internationalen Verpflichtung endlich einmal an der Spitze marschiert. (Lebhafte Zustimmung bei den Sozial- demokraten.)

Die Herren, die das Vorgehen des montenegrinischen Fürsten kritisiert haben, haben ganz übersehen, daß der russische Minister Skofanow in seinem letzten Erlaß an Montenegro darauf hin- weist, daß die Balkanstaaten eigentlich zur

Balkansinnhaft gegen Rußland

verpflichtet seien. Darin liegt ein Programm der russischen Aus- landspolitik, das in seiner Durchführung zu den allergefähr- lichsten Konsequenzen führen kann. Es handelt sich hier um eine zwar nicht panlawistische, aber panarische Weltbe- roberungspolitik. Der Panlawismus ist nur die durchsichtige Maske, die ein Blinder mit dem Stode fühlt — hier kann ich diese Rebe- wendung ja wohl gebrauchen. (Weiterkeit.) Trotzdem ist es dem Jaren und seinen Helfershelfern gelungen, damit zum Teil die slavischen Völkern, zum Teil auch andere Leute, wie Herrn v. Beth- mann Hollweg, einzuführen. Die deutsche Regierung hätte diesen ungeheuerlichen Schwindeln erkennen müssen. Ich brauche nur darauf hinzuweisen, daß der russische Jar die Polen in der brutalen Weise unterdrückt und selbst gegenüber dem bulgarischen Staat, als dieser es versuchte, sich selbständig zu machen, die ungeheuerlichen Staatsverbrechen angeht hat. (Große des Präsidenten.) Das ist eine historische Tatsache. (Prä- sident Kaempf: Ich rufe Sie wegen dieser Bemerkung gegen- über dem russischen Jaren zur Ordnung! Abg. Verstein (Soz.): Es ist aber geschichtliche Wahrheit!) Das der russische Jar doch für Freunde hat. Ich führe lediglich ge- schichtliche Tatsachen an, die hier in Haupte jedem be- kannt sein dürften, um zu beweisen, daß die Behauptung, die Balkanvölker müßten russische Politik treiben, Rußland in. Ruß- land hat in keiner Weise das Recht, sich als Freund und Schutzherr der Balkanvölker aufzuspielen. Wenn Skofanow es noch wagen kann, mit diesen panlawistischen Schwindeln zu operieren, so liegt das nur an der deutschen und österreichischen Politik. (Sehr wohl! bei den Sozialdemokraten.) Die deutsche Politik gibt diesen Welt- eroberungsplänen des Jaren Nahrung, indem sie in ihren eigenen Lande die Polen und Dänen unterdrückt, und die österreichische Re- gierung, indem sie die unmoralische Verteilung der serbischen Völkern in drei unvollständig getrennte Gebilde, Kroaten, Slawonen, Dal- mationien und Bosnien und Herzegovina, aufrecht erhält. Die Be- völkerung all dieser Länder ist serbisch mit einem sehr härter werden serbischen Nationalgefühl. Darin liegt die Gefahr, daß diese Gebilde eine Wunde am Körper Oesterreich-Ungarns werden. Deutschland als Oesterreichs Verbündeter hat alles Interesse daran, Oesterreich von dieser verderblichen Politik abzuhalten. Sie wird von Oesterreich nur gerieben im Interesse der magyarischen Junker, um ihre Konzessionspolitik gegenüber Serbien weitertreiben zu können. Nur unter diesen großen Gesichtspunkten können die panlawistischen Eroberungspläne überhaupt bekämpft werden. Unsere österreichischen Parteigenossen, vor allem Dr. Men- ner, haben mit durchschlagenden Gründen auf diese Zusammen- hänge hingewiesen. Die

Entfaltung des polnischen Nationalhasses

gegen Deutschland muß notwendig, wenn es einmal zum Kampf zwischen Deutschland und Rußland kommen sollte, die bedenklichsten Konsequenzen für uns haben. Die deutsche Regierung sollte sich ungleicher zum Vorkämpfer der Nationalitäten- toleranz im internationalen Konzert machen. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Dann würden die 18 Millionen Polen auf Deutschland als ihre Freunde blicken, und wenn man diese Toleranz auf alle übrigen Völkern ausdehnte, so hätte Rußland im Falle eines Eroberungskrieges gegen Westeuropa mit der Gefahr eines Aufstandes seiner sämtlichen Grenzvölkern, der unterdrückten Polen, Letten, Finnen usw. zu rechnen. Man kann das auch auf China und Persien ausdehnen. Diese unsere Haltung entspricht unserem Grundhaß der internationalen Gleichberechtigung aller Völkern. Natürlich sehen wir unsere größte Hoffnung darauf, daß aus dem russischen Volke selbst eine revolutionäre Bewegung herbeigeföhren und das despotische Ele- ment beseitigt wird, aber wir können schon vorher selbst eine ver- nünftige auswärtige Politik gegen den Panlawismus treiben. Ebenso wie jetzt die Balkanstaaten, werden auch alle sonst heute noch unterdrückten Völkern einmal zur Selbständigkeit kommen. Die Regierungen werden auch auf diesem Gebiete unseren Spuren folgen müssen, wie auf dem Gebiete der sozialen Ge- sehung usw. Das ist keine Forderung, das ist kein Wählen, das ist der Geschicklichkeit ethisches Recht. Wir wissen, daß die Forderungen, die wir vertreten, einmal notwendig auf Grund der geschichtlichen und wirtschaftlichen Entwicklung zur Durch-

führung kommen müssen. (Lebhafte Beifall bei den Sozialdemokraten.)

**Präsident Raempf:** Ich habe Einblick genommen in das Stenogramm Ihrer Äußerungen über den Fall C o h e n; sie enthalten eine schwere Beleidigung des deutschen Kaisers, für die ich Sie hiermit zur Ordnung rufe. (Bravo! rechts.)

**Staatssekretär v. Jagow:** Auch ich möchte Verwahrung einlegen gegen die Äußerung, die der Abg. V e d e b o u r gegen den Herrscher eines souveränen Landes und dessen Politik gebraucht hat. Ich glaube mich hier mit der großen Mehrheit des Hauses einzig. (Bravo! rechts.)

**Präsident Raempf:** Ich möchte dem Herrn Staatssekretär bemerken, daß ich diese Äußerung bereits gerügt hatte. Damit scheidet sie aus den Verhandlungen dieses Hauses aus. (Bravo! links.)

**Abg. Fring zu Schönau-Garolath (Natl.):** Auch wir halten die Vorkämpfe in Nancy für höchst bedauerlich. Man wird nähere Nachrichten abzuwarten haben. Auch wir möchten fragen, warum wir keine amtliche Nachricht über die Landung des Reppelin in Lunéville erhalten. Ganz verkehrt war es auf jeden Fall, daß man lauter ad hoc Beschäftigung des Verhältnisses von den französischen Offizieren erwartete. Das zeugt von einem vollständigen Verlassen der Situation. Gegen Ausschreiten des Sublimis gibt es natürlich kein Mittel; wohl aber kann man treffliches Verhalten der Behörden verlangen. (Sehr richtig!) Daran hat es in Nancy offenbar gefehlt. In Deutschland ist jeder Franzose des Schutzes der Behörden sicher. — Herr Bernste in mache ich darauf aufmerksam, daß der Tripoliskrieg von einem großen Teil der Sozialisten in Italien gebilligt worden ist. Die abziehenden und zurückkehrenden Truppen sind in ganz sozialistischen Städten begeistert begrüßt worden. (Hört! hört!) — Die Verbesserung unserer Beziehungen zu England ist sehr erüchtlich.

**Abg. Dr. Müller-Meinungen (Sp.):** Der Vorfall in Lunéville beweist die Notwendigkeit der internationalen Regelung des Vorkriegs. In der Beurteilung des Falles in Nancy hat Herr V e d e b o u r Licht und Schatten doch recht einseitig verteilt. Es handelt sich offenbar um einen Gegenstand des französischen Chauvinismus, den kein deutscher Abgeordneter demaskieren sollte. (Sehr richtig!) Um so mehr bedaure ich das Kleinliche Vorgehen der deutschen Bureaucratie gegenüber dem französischen Abgeordneten Compiègne-Morel. (Sehr gut links.) — Die Anerkennung der chinesischen Republik wird vom ganzen Reichstag gefordert. Vor allem dürfte es auch angebracht sein, China finanziell zu unterstützen. Für eine baldige Anerkennung der französischen Republik ist übrigens auch die „Deutsche Tageszeitung“ eingetreten. Erkläre mir Herr O e r t e l nur diesen Widerspruch der Natur. (Weiterkeit.) — Die Abwesenheit unserer Diplomaten in wichtigen Momenten ist eine nur zu häufige Erscheinung. Herr v. W a n g e n h e i m war, als der Balkanbund abgeschlossen wurde, in Korfu, um die Anwesenheit des Kaisers vorzubereiten. (Hört! hört!) Und gleich darauf ging er auf Urlaub. H e b e r s t a d t wurde unsere Diplomatie auch von dem französisch-englischen Abkommen und von der Annexion Bosniens. Herr v. H o l s t e i n soll einmal zu einem Diplomaten gefagt haben, er wünsche gar nicht, daß die Diplomaten draußen gar so klug seien, die Hauptsache sei, daß sie seine Aufträge richtig ausführen. Diplomaten, die nur eine Art besserer Briefträger sind, brauchen wir doch nicht. Die Frage der Umgestaltung des diplomatischen Dienstes ist im höchsten Maße wichtig, und der Reichstag darf nicht rasten und ruhen, bis sie im Sinne des Reiches und der Vernunft gelöst ist. (Bravo! bei der Volkspartei.)

**Unterstaatssekretär Zimmermann:** Der Anerkennung der Republik China werden wir näher treten, sobald die Präsidentschaftswahl vollzogen ist, und wir werden Ihnen dann wieder einmal zeigen, daß wir rasch und entschieden arbeiten können. Herr Müller-Meinungen behauptet, daß wichtige diplomatische Posten bei drohenden Verwicklungen von den Inhabern verlassen seien. Diese sind eben auch Menschen, die ihren Urlaub haben müssen. Informiert sind wir jederzeit gewesen und wohl ebenso gut, wie Herr Müller-Meinungen, dessen Informationen auf Klatsch und Tratsch beruhen. (Obal links.)

**Vizepräsident Baasche:** Ich halte es für nicht am Platze, daß Abgeordnete, die gewissenhaft Informationen einziehen, vorgeworfen wird, ihre Informationen beruhen auf Klatsch und Tratsch. (Sehr richtig! links.)

**Unterstaatssekretär Zimmermann:** Ich weiß nicht, ob eine derartige Kritik eines Bundesratsvertrages dem Präsidenten zuferst. (Zustimmung rechts.) **Abg. Reich** ruft dreimal: Verfassungswidrig! Lachen links.)

**Vizepräsident Baasche:** Ich habe keine Kritik geübt, sondern nur den Wunsch ausgesprochen, daß solche Äußerungen Mitgliedern des Hauses gegenüber nicht stattfinden. (Lebhafte Zustimmung links.)

**Abg. Orszag (wirtsch. Sp.):** erklärt sich mit der deutschen Balkanpolitik einverstanden, wünscht keine Einmischung in die inneren Verhältnisse der Türkei und Rumaniens zugunsten der Armenier und Juden und bekennt, daß der französische Chauvinismus durch die deutsche Deutschesvorlage veräußert worden sei.

**Abg. Pfeiffer (Z.):** Unter dem vom Staatssekretär gemachten Vorbehalt schließen wir uns seiner Auffassung über den Vorfall in Nancy an. — In Ostasien stehen außerordentlich hohe Interessen Deutschlands auf dem Spiele. Das erste chinesische Parlament ist jetzt zusammengetreten, und ich hätte es nicht für unproprietär gehalten, wenn wir aus dem Reichstag heraus eine Begrüßung an das chinesische Parlament geschickt hätten. Mehr als Sperrfortis an unseren Ozeangrenzen kann uns noch einmal China gegen Russland nützen. Deswegen möchte ich wünschen, daß das angeländigte „Räherkreuz“ der Anerkennung der chinesischen Republik recht schnell zum Ziele führe. — Die Klagen des Abgeordneten Müller-Meinungen waren bei der oft beliebten Langsamkeit unserer Diplomatie nicht willkürliche, sondern gerade unwillkürliche. (Weiterkeit.) Bei den Dummheiten, die unsere Diplomaten im Ausland, nicht zur Erhöhung unseres Ansehens, begehen, muß man zugeben, daß anzuweisen auch der alte Homer schläft, aber man muß doch wünschen, daß zu der manchmal notwendigen isolierten Abwesenheit nicht so oft eine **Wissenschaftswesenheit** tritt. (Große Weiterkeit.) Wir können aber hoffen, wenn die Aufgaben des Staatssekretärs sich erfüllen, daß wir mit unseren Diplomaten zufrieden sein können. (Webb, Beifall im Zentrum.)

**Unterstaatssekretär Zimmermann:** Die Gewissenhaftigkeit der Befolgung der dem Abg. Müller-Meinungen zugegangenen Informationen habe ich nicht in Zweifel gezogen, ich habe nur den objektiven Wert dieser Informationen kritisiert wollen.

**Abg. Dr. Baasche (natl.):** Unsere Zukunft liegt auf und unter dem Wasser. (Widerspruch bei den Sozialdemokraten.) Sowohl, wir sind zu einer Weltwirtschaft gezwungen. Unsere Diplomatie kann nicht immer nur nach Montenegro und Serbien blicken. Trotz aller Freundschaft werden wir auch nicht einen Meeressturm mehr nach Montenegro verlaufen. (Sehr richtig! bei den Nationalliberalen.) — Die von dem Abg. v. R i c h t h o f e n gestellten Forderungen für die Diplomaten sind durchaus durchführbar. — Vor allem ist für die Stärkung unseres völkerrätlichen Einflusses in China die Stärkung der deutschen Schulen notwendig. Wir streben in China nicht nach einer Erweiterung unserer Macht, aber wir wollen unseren Platz an der Sonne bewahren und im Konkurrenzkampf mit anderen Ländern unseren Einfluß in dem aufstrebenden Reich erhalten. Auch in Japan beginnt man jetzt wieder zu unserer großen Freundschaft deutschen Schulwesen, deutsche Erziehung und deutsche Art mehr zu achten. (Beifall bei den Nationalliberalen.)

**Staatssekretär v. Jagow:** Die Angriffe des Abg. V e d e b o u r gegen die russische Regierung hat der Präsident schon durch seinen Ordnungsruf für erledigt erklärt. Ich habe auf diesen Ordnungsruf Bezug genommen. Ich muß für mich in Anspruch nehmen, auch meinerseits gegen Äußerungen Verwahrung einzulegen, die ich im Interesse der auswärtigen Politik nicht für schädlich erachte.

**Abg. Dr. Weill (Esp.):** Wenn auch heute noch kein abschließendes Urteil über die Vorgänge in Nancy möglich ist, so scheint es doch auch nach dem

richten in französischen Blättern zu beurteilen, daß dort außerordentlich bedauerliche und nicht scharf genug zu mißbilligende Ausbreitungen vorgekommen sind. Ich möchte mich aber dagegen wenden, daß aus diesem einzelnen Vorgang allgemeine Schlusfolgerungen gezogen werden, ganz besonders auch dagegen, daß man aus diesem Vorgang auf die Stimmung in ganz Frankreich schließt, und den Vorwand zu der Behauptung nimmt, daß der Chauvinismus in Frankreich alle anderen freiheitlichen Regierungen unterjocht.

Jundächt sind die Urteile der Pariser Presse selbst der beste Gegenbeweis. Sie hat mit erfreulicher Offenheit gegen die Ausbreitungen in Nancy Stellung genommen. (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Und außerdem herrscht gerade in Nancy ein außerordentlich harter chauvinistischer Geist, was sich ja erklärt schon durch die geographische Lage. Unsere Partei hat deshalb auch in Nancy wie in ganz französisch Lothringen die größten Schwierigkeiten, sich gegen den Nationalismus durchzusetzen. Also aus diesem Einzelfall darf man keine weiteren Konsequenzen ziehen. In dieser Debatte und auch bei den Erörterungen über die Militärnotlage ist der Chauvinismus in Frankreich sicherlich nicht ohne Absicht in seiner Bedeutung und Wirkung außerordentlich übertrieben worden. Es gibt chauvinistische Beher dort wie hier, so schlimm, aber auch nicht schlimmer, als hier. (Sehr richtig! links.) Allerdings werden irrtümliche Resonanzen über das angebliche Ueberhandnehmen des Chauvinismus in Frankreich ebenso wenig, wie etwa die engherzigen und kurzfristigen Maßnahmen der deutschen Behörden in Magdeburg und Braunschweig den notwendigen Annäherungsprozess zwischen Deutschland und Frankreich ernstlich hindern können. Die Sozialdemokratie in beiden Ländern wird jedenfalls ihre Aktion in diesem Sinne fortsetzen. Was die sogenannte elsaß-lothringische Frage anlangt, so ist es ja richtig, daß man in gewissen nationalistischen Kreisen Frankreichs noch von der Notwendigkeit der Befreiung Elsaß-Lothringens durch die Revanche spricht. Aber diese Kreise haben auf die französische öffentliche Meinung selbst nur einen ganz geringen Einfluss, wie z. B. die letzten Wahlen zum Pariser Gemeinderat beweisen haben. Auch ist dies Argument gerade in der letzten Zeit Wirkungsvoll von den Elsaß-Lothringern selbst gerührt worden durch die Kundgebungen unter Beteiligung Angehöriger aller Parteien, bei denen allseitig betont wurde, daß niemand im Lande auch nur entfernt daran denke, um den Preis eines Krieges irgendwelche Wünsche erfüllt zu sehen. Auch in der „Humanité“ sind Interdiktionsbürgerlicher Vertreter veröffentlicht worden, die sich im selben Sinne äußern. In Elsaß-Lothringen wünscht man keinen Krieg, sondern wünscht die Lösung der sogenannten elsaß-lothringischen Frage durch die

#### Herbeiführung der Autonomie.

der Selbstregierung und Selbstverwaltung durch die elsaß-lothringische Bevölkerung. Nur die Aldeutschen dort wollen davon nichts wissen. Ein Beweis für die Angelfähigkeit, die in diesen Kreisen vor der Gewährung solcher Rechte besteht, ist die Tatsache, daß wir heute in Elsaß-Lothringen noch nicht einmal ausländische Konsulate haben können. Offenbar fürchtet man, daß dort einmal die Tricolore aufgezogen werden könnte. (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Aus derart überlegenen Gesichtspunkten wird eine Einrichtung vermieden, die Handel und Industrie braucht, mit solcher Engherzigkeit und unbegreiflichen Angelfähigkeit begegnet man jeder selbständigen Regierung des elsaß-lothringischen Volkes. Wir wollen die Gleichberechtigung mit den anderen Bundesstaaten nicht als Gnadengabe, sondern sehen darin die Erfüllung eines Rechtsanspruches. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Wenn die Regierung und die Parteien sich von jenen engherzigen Auffassungen befreien würden, so würden sie damit am besten und wirksamsten die Versöhnung dieser beiden großen Kulturnationen vorbereiten. (Lebhafte Beifall bei den Sozialdemokraten.)

**Abg. Uhshorn (Sp.)** tritt für bessere Förderung der deutschen Interessen in Marokko ein und wünscht, daß den französischen Besuchern für die Fremdenlegation in Deutschland energisch entgegengetreten werde.

**Unterstaatssekretär Zimmermann:** In der Frage der Fremdenlegation gehen wir jetzt energischer vor; wir können aber naturgemäß wenig erreichen, wenn die Angeordneten bereits majoritär waren.

**Abg. Dr. Spahn (Z.)** tabell, daß die deutschen Volksschulen in China das Englische zu einem obligatorischen Unterrichtsgegenstand gemacht haben.

**Abg. Dove (Sp.):** unsere Diplomaten sollten vor allem moderne Menschen sein, die das moderne Leben der Völker verstehen. (Sehr richtig! bei der Volkspartei.) Auch die Missionen sollten deshalb aber dem Jenseits das Diesseits nicht vergessen, wie es die amerikanischen Missionen stets getan haben.

**Abg. Dr. Müller-Meinungen (Sp.):** Ich halte an der Überlässigkeit meiner Informationen gegenüber dem Unterstaatssekretär unter allen Umständen fest. Im übrigen ist mit seiner Erklärung die persönliche Seite der Sache für mich erledigt. An unserem Recht und auch an unserer Pflicht, scharfe Kritik zu üben, halten wir unter allen Umständen fest. (Bravo! bei der Volkspartei.)

Hierauf vertagt das Haus die Weiterberatung auf Mittwoch 1 Uhr.

**Präsident Raempf** teilt mit, daß angefaßt der Geschäftslage des Hauses für die nächste Woche mehrere Dauereröffnungen oder Abendsitzungen in Aussicht genommen werden.

Schluß 6½ Uhr.

## Verfammlungen.

### Deutscher Metallarbeiterverband.

Die am Montag abgehaltene Generalversammlung hatte die italienische Kandidatur der Hälfte der Mitglieder der engeren Ortsverwaltung zu vollziehen. Als erster Bevollmächtigter war C o h e n wieder vorgeschlagen. Andere Vorschläge wurden nicht gemacht. Zur Diskussion über den Vorgesetztenstand meldete sich niemand. Die Abstimmung wurde vorgenommen. Der zweite Bevollmächtigte S i e r i n g erklärte, daß die Mehrheit für die Wiederwahl C o h e n s gestimmt habe. Gegen diese Feststellung erhob sich Widerspruch, das Abstimmungsergebnis wurde bezweifelt. Ein Antrag, die Diskussion über C o h e n wieder zu eröffnen, da es unerhört sei, wenn eine so starke Widertheit ohne ein Wort der Begründung gegen C o h e n stimme, wurde angenommen. Der erste Diskussionsredner, K o c h, erhob gegen die gesamte Verwaltung den Vorwurf, sie habe die gewerkschaftlichen Grundsätze verstoßen, indem sie 300 Stempel zum Preise von 2100 M. bei einer Firma anfertigen ließ, deren Inhaber einer der größten Schachmacher sei und die gewerkschaftlichen Bedingungen nicht erfülle. — D r ä g e r und D e n n i n g bezeichneten sich als die allein an der Vergebung des Stempelvertrages Beteiligten. Sie führten aus, es habe sich um die Anschaffung von Stempeln einer bestimmten, gut bewährten Qualität gehandelt, die nur von der betreffenden Firma angefertigt werden konnten, weil die Firma Musterkopie für das betreffende Fabrikat hat. Von einer arbeitervereinhlichen Firma habe man leider ein gleichwertiges Fabrikat nicht erhalten können. Von Verziehung gewerkschaftlicher Grundsätze könne hier also keine Rede sein. — Demgegenüber wurde von anderer Seite behauptet, man hätte auch von einer arbeitervereinhlichen Firma ebenso gute Stempel, wenn auch nicht genau dieselbe Marke wie von der Schachmacherfirma, bekommen können, wenn man sich danach bemüht haben würde.

Nachdem die Stempelaffäre längere Zeit sehr lebhaft diskutiert worden war, bemerkte S i e r i n g, diese Angelegenheit könne nicht der einzige und nicht der wichtigste Grund sein, der so viele Stimmen gegen C o h e n ergeben habe. Der wahre Grund sei wohl eine Erklärung, die C o h e n in der vorigen Generalversammlung abgegeben habe und die dahinging: Wenn die zur Wahl stehenden Mitglieder der Ortsverwaltung deshalb nicht wiedergewählt werden sollten, weil die Verwaltung — wogegen ihr das Recht bestritten wird — den Angestellten Teuerungszulagen bewilligt hat, dann

würden die jetzt nicht zur Wahl stehenden Mitglieder der Ortsverwaltung aus Solidarität ihre Ämter niederlegen. S i e r i n g bemerkte, er habe zwar, als dieser Beschluß gefaßt wurde, der Ortsverwaltung noch nicht angehört, aber er billige die Solidaritätserklärung und schließe sich ihr an, denn die Solidarität sei in diesem Falle eine Pflicht, die man ja in anderen Fällen auch von jedem Arbeiter verlange. — Eine dem Sinne nach gleiche Erklärung gaben auch andere Mitglieder der Ortsverwaltung ab. — A n a n a bemerkte, zu dem überraschenden Abstimmungsergebnis bei der Wahl C o h e n s habe wohl der am Sonntag gefaßte Beschluß der Berliner Parteioberorganisation zur Kandidatur C o h e n s beigetragen. Die Kollegen, welche hier gegen C o h e n stimmten, hätten wohl angenommen, wenn sich C o h e n nicht zum Landtagsabgeordneten eigne, dann dürfe er auch nicht wieder Bevollmächtigter des Metallarbeiterverbandes werden. Das sei natürlich kein Grund; C o h e n habe auf seinem Posten seine Schuldigkeit getan, man möge ihn wiedergewählen.

Als die Debatte nach zweistündiger Dauer geschlossen war, ergab die Abstimmung eine große Mehrheit für C o h e n, der also wiedergewählt ist. — Ferner wurden wiedergewählt: D i u m e n t a l als zweiter Kassierer, J o m e r und S t r i c e r als Beisitzer. — Die Revisoren müssen durch Wahl gewählt werden, weil für zwei zu wählende drei Kandidaten vorgeschlagen sind. — Für die Wahl von 44 Delegierten zum Verbandstage stellte die Versammlung eine Liste von 80 Kandidaten auf. Die Wahl selbst erfolgt durch Krawallstimmung.

**Große Protestversammlung der städtischen Arbeiter.**

Der Berliner Stadtdirektor stand am Montagabend wieder einmal vor dem Forum der Öffentlichkeit. Tausende von städtischen Arbeitern hatten sich in Kellers Festsaal eingefunden, so daß Saal und Galerien überfüllt waren, um ihrer Empörung Ausdruck zu verleihen gegenüber der Maßnahme, die ihnen durch die liberale Stadtverordnetenmehrheit wiederum zuteil geworden ist. Die Stadtverordnetenversammlung hat den Antrag auf Abschluß eines Tarifvertrages mit der gewerkschaftlichen Vertretung der städtischen Arbeiter abgelehnt.

Der erste Referent, Stadtverordneter Genosse S a s s e n b a c h, legte dar, daß der alte Standpunkt vom patriarchalischen Verhältnis zwischen Arbeitgeber und Arbeitern überwunden sei. Ferner zerstörte Redner das Märchen von der besseren und günstigeren Stellung der städtischen Arbeiter gegenüber den Arbeitern in Privatbetrieben. Alles in allem genommen, unterlässe sich die Erringung der ersten Lohn derjenigen der Privatarbeiter. Die Gemeindevorstände hätten darum keinen Grund, hinter den letzteren zurückzutreten. Da nun auch die privaten Unternehmer sehr hart im Stadtparlament vertreten sind, so wirken dieselben gegen jede Verbesserung, damit die Privatindustrie nicht gezwungen werde, mitzugehen.

Allerdings, den alten Herrenstandpunkt habe die städtische Arbeitgeberin bereits aufgegeben, man verhandle heute schon mit der gewerkschaftlichen Vertretung der Arbeiter. Dennoch habe man ein Urteil über Tarifverträge von durchaus berufener Stelle, nämlich vom Ausschuß des Berliner Gewerkschaftsrates, der eine langjährige Erfahrung auf diesem Gebiete besitze, nicht gewünscht und sich auch Gutachten anerkannter Sozialpolitiker wie Bruchmann ufm gegenüber ablehnen verhalten. Leider könne die Sozialdemokratie im Stadtparlament nicht durchdringen, da sie eine geschlossene Mehrheit gegen sich habe. Es könnten in städtischen Betrieben ebensogut Tarife abgeschlossen werden wie in Privatbetrieben. Auch die technische Möglichkeit, sie durchzuführen, sei ebenfalls vorhanden, wenn man sich vorläufig auch noch dagegen sträube. Die städtischen Arbeiter spielen nicht mit dem Streikgedanken, weitgehend sie auch nicht unter allen Umständen sich dieses Rechtes hobegen. Darum habe die städtische Verwaltung aber auch alles zu tun, den berechtigten Wünschen derselben Rechnung zu tragen. Am Schluffe seiner Rede forderte Redner die Anwesenden auf, auch fernere für die Durchführung von Tarifverträgen zu wirken und vor allem ihre gewerkschaftliche Organisation zu stärken. (Lebhafte Beifall.)

Hierauf nahm W u l f s das Wort und führte aus, daß auch den städtischen Arbeitern der Geduldsfaden einmal reißen könne. Man möge einmal die Ästen von den letzten zehn Jahren nachschlagen, wer von den bürgerlichen Abgeordneten jemals für die gesamte städtische Arbeiterschaft Anträge eingebracht habe. Immer seien dieselben von der äußersten Linken unterbreitet worden. Die städtischen Arbeiter hätten genau dasselbe Bedürfnis, ihre Familie unabhängig zu ernähren, wie die Arbeiter der Privatindustrie. Zum Glück hätten die städtischen Arbeiter es längst erkannt, daß nur eine kompakte Organisation ihrer Lage Verbesserung könne. Im übrigen übte Redner unter stürmischer Zustimmung scharfe Kritik an den Verhältnissen in den städtischen Betrieben, besonders an der Art des Lohnsystems, und unterhielt dieselbe durch auffallend marzante Beispiele. Die Worte, mit denen der Referent S a s s e n b a c h geschlossen habe, werden die städtischen Arbeiter sich zu eigen machen. (Stürmischer Beifall.)

An der Diskussion beteiligte sich auch Stadtverordneter Genosse W a l d e r M a n a s s e, der in einer zündenden, zu Herzen gehenden Ansprache die Ausführungen der beiden Referenten ergangte.

Die nachstehende Resolution fand einstimmige Annahme: Die von Tausenden desahnte Versammlung der städtischen Arbeiter, Handwerker und Angestellten Berlins am 14. April 1913 erhebt entsetzten Protest gegen die Ablehnung des Tarifvertragsvertrages, welcher von den Arbeitervereinigungen, sowie von dem Verband der Gemeinde- und Staatsarbeiter, dem Deutschen Metallarbeiterverband und dem Allgemeinen Deutschen Gärtnerverein unterbreitet worden ist.

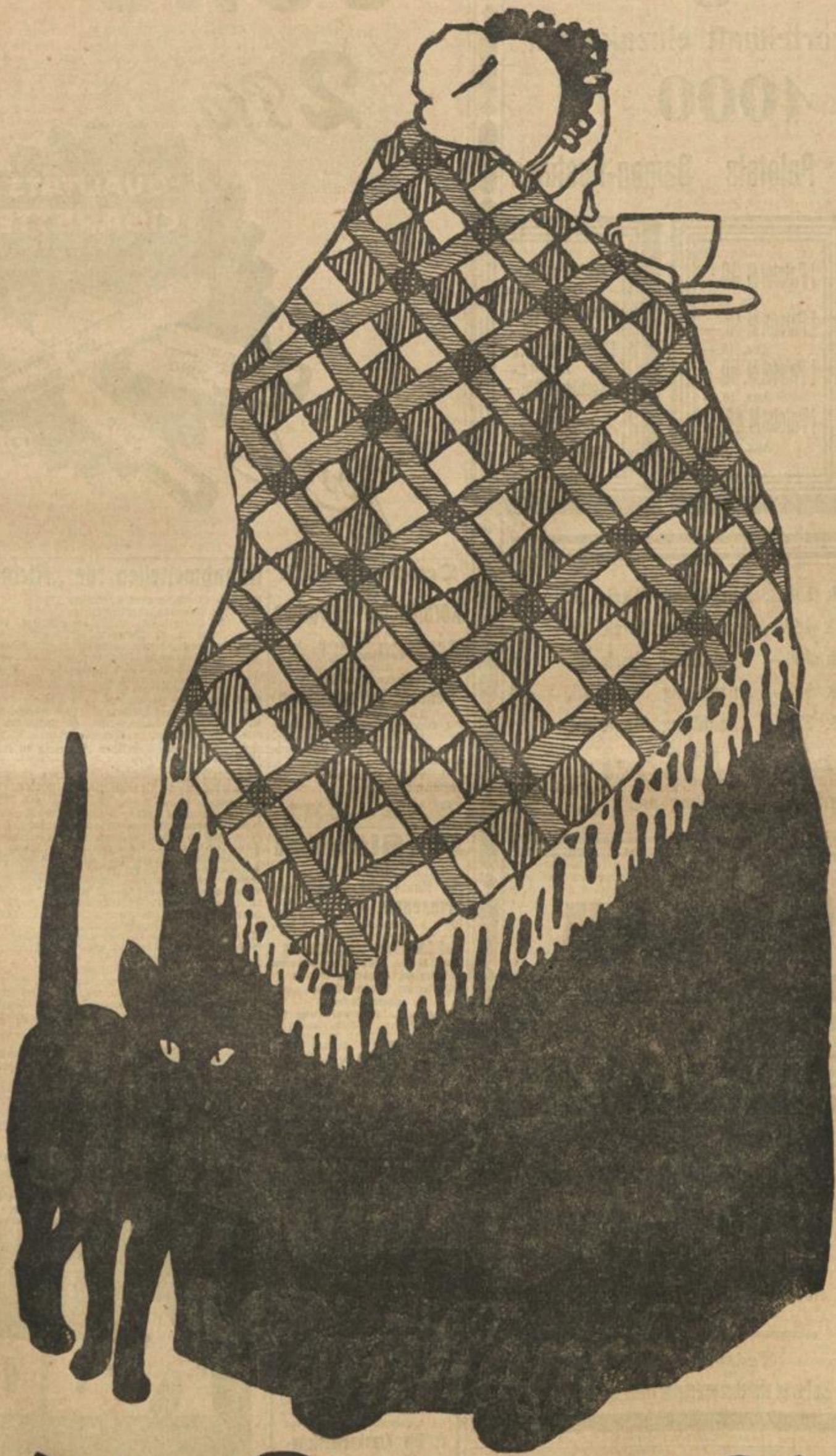
Die gegen den Abschluß tariflicher Vereinbarungen für die Arbeitsbedingungen in städtischen Betrieben in der Stadtverordnetenversammlung geltend gemachten Argumente sind weder aus sozialen, noch aus anderen Gesichtspunkten heraus haltbar. Die Verammelten stellen im Gegenteil fest, daß der kommunalen Arbeiterschaft die Fortbildung der sozialen Verbesserung (Gewerbeordnung, Gewerkschaften) zu einem großen Teil vorenthalten werden. Jeder Unterlage entbehrt auch die Behauptung, daß das Arbeitsverhältnis in städtischen Betrieben ein sicheres sei, als in Privatbetrieben; haben doch viele Tausende nicht einmal eine Kündigungsfrist und können daher ohne weiteres brolos gemacht werden. Weber bei der allgemeinen Festsetzung von Lohn- und Arbeitsbedingungen, noch bei der Behandlung von Differenzen stehen den städtischen Arbeitern irgendwelche rechtliche Handhaben zur Verfügung; die bestehenden Arbeiterausschüsse dürfen nur Wünsche und Beschwerden anbringen, sind aber bei Erledigung derselben ohne jeden Einfluß.

Die Arbeitsbedingungen in den städtischen Betrieben lassen also, ebensowohl wie in der Privatindustrie, die sozial notwendige Möglichkeit von rechtlicher Mitwirkung vermissen und stellen sich als ein Machtverhältnis dar, in welchem die Uebermacht des Arbeitgeberers entscheidet.

Wie notwendig die politische Mitarbeit von Arbeitervertretern ist, das beweist der herrschende Mangel an Einheitslichkeit in den Arbeitsverhältnissen und die dadurch begünstigte willkürliche Handhabung bestehender Verhältnisse. So wird gerade jetzt wieder in verschiedenen Betrieben die Kollegenschaft in ihrem Sommerurlaub geschädigt, wogegen auf das schärfste Einspruch erhoben werden muß.

Angesichts aller dieser Tatsachen sind die in der Stadtverordnetenversammlung erhobenen Einwände gegen einen Tarifvertrag hinfällig und halten die Verammelten entschieden an der Forderung tariflicher Vereinbarungen zwischen der Stadtverwaltung und der gewerkschaftlichen Vertretung der Arbeiter fest.

Um dieses Ziel sobald als möglich zu erreichen, ist eine starke und machtvoll gewerkschaftliche Organisation unbedingte Voraussetzung. An alle Kollegen und Kolleginnen der städtischen Betriebe ergeht daher der eindringliche Appell, pflichtgemäß energisch an dem seiten Zusammenschluß auf dem Boden der freien Gewerkschaftsbewegung mitzuarbeiten und — soweit sie noch nicht organisiert sind — unermüdet der Organisation beizutreten.\*



*Die Kornfranck-Tante*

# Gelungen

ist es mir vorteilhaft einzukaufen

ca. **4000**

Anzüge Paletots Damen-Kostüme

1 Anzug M. 40.—  
Anz. 6.—  
1 Anzug M. 45.—  
Anz. 8.—  
1 Anzug M. 50.—  
Anz. 10.—  
1 Anzug M. 60.—  
Anz. 15.—  
Burschen-Anzüge u.  
Kinder-Anzüge  
Anzahlung M. 8.—

1 Paletot M. 40.—  
Anz. 6.—  
1 Paletot M. 45.—  
Anz. 10.—  
1 Paletot M. 50.—  
Anz. 10.—  
1 Paletot M. 60.—  
Anz. 15.—

1 Kostüm M. 35.—  
Anz. 5.—  
1 Kostüm M. 45.—  
Anz. 8.—  
1 Kostüm M. 65.—  
Anz. 12.—  
1 Kostüm M. 85.—  
Anz. 15.—  
Kostüm-Röcke  
Blusen  
Anzahlung M. 3.—

1 Zimmer Mark 138.—, Anzahlung Mark 12.—  
1 Zimmer Mark 187.—, Anzahlung Mark 16.—  
1 Zimmer Mark 389.—, Anzahlung Mark 35.—  
2 Zimmer Mark 537.—, Anzahlung Mark 45.—  
3 Zimmer Mark 772.—, Anzahlung Mark 60.—

## Einzelne Möbel

von Mark 3.— Anzahlung an!

# M. Glogau

73. Alte Jakob-Straße 73.

I., II., III., IV. Etage.

# Stoffe

für elegante Maßanzüge, Ulster, Paletots Mtr. 4.—, 6.—, 8.— M. etc. Damen-Kostüme, Damenuche „Neuheiten“ Mtr. 2.—, 3.—, 4.— M. etc. Loden f. Pelzerinnen Mtr. 1,50, 2,50 M. etc. Schneidermeister, welche unsere Stoffe tadelloso u. schick verarbeiten, weisen wir nach. Arbeitslohn nebst Zutaten zirka 25.—, 30.— M. etc.

Tuchlager Koch & Seeland G. m. b. H. Gertraudenstr. 20/21 vis-à-vis der Petrikirche.

## Arbeitermöbel.

Die **Musterwohnung** im **Gewerkschaftshaus** ist geöffnet: Montag, Mittwoch und Sonnabends von 6—9 Uhr abends. Auch können die Möbel an jedem Wochentag bis 7 Uhr abends in der Fabrik

— 20 Zeughoffstraße 20 —  
besichtigt werden.  
Teilzahlungen werden zu den bekannten Bedingungen gewährt.

### Arbeiter-

Gesundheits-Bibliothek

Jedes Heft 20 Pfg.

Haben Sie Stoff?

Ich fertige davon Anzüge od. Paletots nach Maß, schick, amorph. Zusatzen von 25 Mark an. Moritz Laband, Neue Promenade 8, II. (Stadth. Börs.)

## Möbel, Spiegel und Polsterwaren

# Julius Krause

40 Kastanienallee 40

### Komplette Wohnungs-Einrichtungen

zu anerkannt billigen Preisen.

— Gegründet 1884. —

Teilzahlung gestattet.

Ein Posten verliehen gewesener Möbel bedeutend unter Preis.

## Gegen die Polenpolitik!

In unserer Verlage ist erschienen:

### Die preußische Polenpolitik.

Von Hermann Wendel.

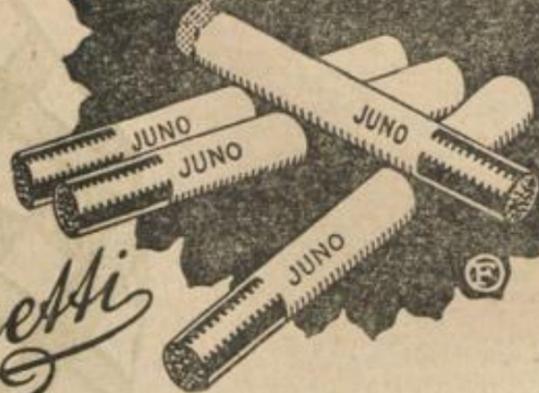
Preis 1,20 M. Ungefährliche Vereinsausgabe 60 Pf.

Buchhandlung Vorwärts, Lindenstraße 69.

# JUNO

2 Pfg.

QUALITÄTS  
CIGARETTE



## Orts-Krankentasse des Korbmacher-Gewerbes in Berlin.

Mittwoch, den 23. April, abends 8 Uhr, bei Wollschläger, Adalbertstraße 21:

### Außerordentliche General-Versammlung

**Tagesordnung:**  
1. Beratung und Beschlußfassung über den Antrag der Generalversammlung vom 7. d. M. betr. Auflösung der Kasse. 2. Bericht über den Vermögens- und Bilanzbericht (Scheine erwartet) 268/13

**Der Vorstand.**  
Karl Schwedler, Max Krause,  
Vorstand, Schriftführer.

## Dr. Simmel

Spezial-Arzt  
für Haut- und Harnleiden.  
Prinzenstr. 41, dicht am  
Moritzplatz

10—2, 5—7, Sonntags 10—12, 2—4  
Auf Teilzahlung, ohne Anzahlung.  
Kein Kassierer.  
Teppiche, Gardinen, Stores,  
Portieren, Plüsch, Stepp- und  
andere Decken.

Matzner, Susekindstraße 41,  
Bilderladen.

## Stoffe

deutsch - engl.  
Neuheiten  
für Herren  
und Damen.  
Einzelverkauf  
zu selten billigen Preisen.

Tuch-Agentur, Yorekstr. 75. pt.

Buchhandlung Vorwärts  
Lindenstr. 69

## Führer durch die Reichsversicherungs- Ordnung.

I. Die gemeinsamen Vorschriften u. d. Verfahren.  
Preis 40 Pf.

Dieses Heft enthält auch die Formulare, wie sie bei der Einrichtung von Klagen und Eingaben zu verwenden sind.

II. Die Krankenversicherung.  
Preis 30 Pf.

III. Die Gewerbe - Unfallversicherung. Pr. 30 Pf.

IV. Die landwirtschaftliche Unfallversicherung.  
Preis 40 Pf.

VI. Die Invaliden- u. Hinterbliebenenversicherung.  
Preis 30 Pf.

Auch durch die „Verwärts“-Speditionen zu beziehen.

## Annahmestellen für „Kleine Anzeigen“

Berlin C. H. Sahnisch, Mehrstr. 174.  
W. G. Schmidt, Kirchbuckstr. 14.  
O. R. Gadelbush, Ceterdurger Platz 4. Gustav Vogel, Koppens-  
straße 82. N. Wengels, Gr. Frankfurter Str. 130.  
NO. E. Zucht, Jannaschstraße 19. J. Neul, Barndstr. 42.  
N. W. Baumann, Kleinspandauer Str. 67. H. Fischer, Saldanstr. 6.  
Karl Mars, Grefenbeger Str. 22. J. Gönisch, Müllerstr. 34a.  
H. Vogel, Lerpungstr. 37. H. Ties, Jussufendstr. 124.  
F. Dehaud, Aufsehlplatz 24.  
NW. Salomon Joseph, Salzweidestr. 8.  
SW. G. Werner, Gneisenaustr. 72. Tschu, Hagelberger Str. 27.  
S. St. Fris, Prinzenstr. 31. G. Lehmann, Rottbuser Damm 2.  
SO. Paul Böhm, Langher Platz 14/15. F. Gorch, Engelstr. 15.  
Adlershof. Karl Schwarzkopf, Bismarckstr. 50.  
Baumschulenweg. G. Hornig, Marienburger Str. 13. I.  
Borsigwalde. Paul Klein, Rühlstr. 10.  
Charlottenburg. Gustav Zehrer, Erlenbemer Str. 1.  
Friedrichshagen. Ernst Werthmann, Köpenicker Str. 18.  
Grünau. Franz Klein, Friedbuckstr. 10.  
Johannisthal. Max Gonschur, Parkstr. 6.  
Karlshorst. Richard Ruter, Köpenicker Str. 9. II.  
Köpenick. Emil Wähler, Riederstr. 6. Laden.  
Lichtenberg. Otto Seifert, Gartenbergstr. 1.  
Nieder-Schöneweide. Wilh. Harub, Bräudenstr. 10.  
Nowawes. Wilhelm Jappe, Rühstr. 2.  
Ober-Schöneweide. Alfred Bader, Wilhelmshofstr. 17. Laden.  
Pankow. Otto Rismann, Rühlstr. 30.  
Reinickendorf. P. Gurich, Provinzialstr. 56. Laden.  
Neukölln. M. Heinrich, Redarstr. 2. Conrad, Hermannstr. 50.  
G. Rohr, Siegfriedstr. 25/29.  
Rummelsburg. H. Reizenberg, Alt-Körbagen 56.  
Schöneberg. Wilhelm Baumier, Martin-Luther-Str. 69 im Laden.  
Spandau. Köppen, Breitestr. 64.  
Steglitz. G. Bernice, Altona 5.  
Tempelhof. Joh. Krohn, Dorffstr. 62.  
Treptow. Robert Gramenz, Reichsstr. 412. Laden.  
Weißensee. Fahrman, Sedanstr. 100. Schiller, Berliner Allee 202.  
Wilmerdorf. Paul Schubert, Bildhauerstr. 27.



-Kinder-  
nahrung  
-Kranken-  
kost.

Hervorragend bewährte  
Nahrung.  
Die Kinder gedeihen  
vorzüglich dabei  
u. leiden nicht an  
Verdaulichkeit.

☯☯☯ **Drei Tropfen**

# Kaol

geben schmutzigstem Metall

## Dauerglanz.

### Unentbehrlich für Autos.

Man verlange überall „Kaol“ in Flaschen zu 10 bis 50 Pf.  
Fabrik: Chemische Werke Lubzyski & Co., Aktiengesellschaft,  
Berlin-Lichtenberg.

# Abgeordnetenhaus.

166. Sitzung, Dienstag, den 15. April 1913, vormittags 11 Uhr.

Am Ministerisch: Lenge, Schwab.

## Die dritte Lesung des Etats.

Abg. Vippmann (Sp.): Der Landtag sollte früher einberufen werden, damit der Etat nicht durchgepeitscht zu werden braucht. Dazu kommt noch, daß die Majorität es der Minorität in diesem Hause häufig unmöglich gemacht hat, ihre allgemeinen Ansichten zum Ausdruck zu bringen. (Sehr richtig! links.) Wenn wir mehr geredet haben als Rechte und Zentrum, so hatten wir alle Veranlassung dazu. Aber wir haben noch lange nicht genug gesagt. (Sehr richtig! links.) Die Wehrovorlage legt dem Volke ungeheure Opfer auf. Aber wie steht es nun mit den Kompensationen für diese großen Opfer. (Große Unruhe rechts.) Wir denken nicht wie Sie an materielle Güter, sondern an ideale Güter. Es kommt doch schließlich nicht nur darauf an, daß wir die Arme und Weine der neuen Soldaten bekommen, sondern auch die Herzen dieser jungen Leute. (Zuruf rechts: Die haben wir!) Sie kennen die Herzen dieser jungen Männer gar nicht. Vaterland ist heute für viele nur ein geographischer Begriff, während es ein eitischer Begriff sein sollte. Wie soll es dem Volke beim Begriff Vaterland warm ums Herz werden, wenn eine kleine Clique herrscht und wenn das Volk selbst auf die Politik keinen Einfluß hat? Handeln Sie nur so weiter, Sie tun es dann auf Kosten der idealen Güter des Volkes und auf die Gefahr hin, daß die Sozialdemokratie immer weitere Massen gewinnt. (Zuruf rechts: Haarsträubend!) Jawohl, das ist haarsträubend. Goethe, der auch ein ungeheurer praktischer Lenker war. (Zuruf rechts: Und ein konservativer Mann!) Also dieser konservative Goethe hat einmal gesagt:

Wemch mit ungeknüpften Taschen,  
Die tut niemand was zu lieb,  
Hand wird nur von Hand gewaschen,  
Wenn Du nehmen willst, so gib!

Danach sollten Sie sich richten. Macht kann nur bestehen, wenn die auf Gerechtigkeit gegründet ist. Wir werden abwehren, was bei den bevorstehenden Wahlen herauskommen wird. Unsere Hoffnungen sind ja geringer geworden angesichts des Verhaltens der Sozialdemokratie. Aber wir werden abwarten, ob die Regierung, die vorgibt, über den Parteien zu stehen, nach wie vor im konservativen Sinn weiter regiert und dem Volke die Rechte verlagert wird, die ihm nach der Thronrede von 1908 gewährt werden müssen. Wenn Sie verlagern, und wenn die Regierung verlagert, das preussische Volk wird nicht verlagern und wird sich sein Recht erkämpfen. (Lebh. Beifall links, Unruhe rechts.)

Abg. Zeinert (Soz.):

Wie stehen vor Neuwahlen. Ohne ein Prophet zu sein, kann ich Ihnen sagen: wir werden wiederkommen, wir werden sogar stärker wiederkommen. Damit müssen Sie sich abfinden, so fatal Ihnen die Sache sein mag. (Sehr gut! h. d. Soz.) Wir können es nicht mit dem Wort halten, daß man Toten oder Sterbenden nur Gutes nachsagen darf. Aber eines können wir Ihnen zusprechen. Sie waren in den fünf Jahren immer aufrichtig. Sie haben mit voller Abicht die Interessen der besitzenden Klassen vertreten. Wir wundern uns darüber nicht. Wir wundern uns auch nicht darüber, daß Sie so sind, wie Sie sind. Eine Mehrheit, die aus einem Klassenwahlsystem hervorgeht, kann kein Verständnis haben für den Kampf des Volkes um seine Freiheit. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Ihr Grundlag heißt: Sei im Besitz und dann hast Du recht. Wir begreifen es, daß Sie ungehalten darüber waren, daß wir Sie hier aus der beschaulichen Ruhe dieses Dreiklassenhauses aufgeschreckt haben. Sie haben uns deshalb heftig und aufwiegelnd genannt. (Abg. Zeinert: Sehr richtig! links.) Dabei sind wir eine notwendige Erscheinung im politischen Leben der Völker. In der Gesamttätigkeit der Majorität dieses Hauses sehen wir eine einheitliche Klassenvertretung konservativer und junkerlicher Interessen. (Sehr gut! bei den Sozialdemokraten.) Diese einseitige Klassenvertretung wird bleiben, so lange das Dreiklassenwahlrecht Ihnen die Herrschaft verleiht. Dieses Dreiklassenparlament ist in Wirklichkeit ein Einklassenparlament, nur die besitzenden Klassen sind in ihm vertreten.

Meine Betrachtungen über die Tüchtigkeit des Abgeordnetenhauses in der abgelaufenen Legislaturperiode beginne ich mit dem neuesten Polizeireich in Magdeburg und Braunschweig, mit der empörenden Behandlung, die mein Parteigenosse Compère-Morel erdulden mußte. (Sehr richtig! bei den Soz.) Es ist ihm in

Magdeburg verboten worden, zu sprechen. Aber nicht nur das, es ist ihm der Eintritt in das Lokal und der Eintritt in einen Garten verboten worden, der nach polizeilicher Auffassung zum Lokal gehört. (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Dieses Vorgehen der Polizei steht im Widerspruch zu den Bestimmungen des Reichsvereinigungsgesetzes. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Die Polizei konnte in Magdeburg verhindern, daß Compère-Morel in einer den meisten Versammlungsbekannteren unverständlichen Sprache reden konnte. Aber die Uebersetzung der Rede ins Deutsche durften die Versammlungsbesucher anhören. (Weiter! bei den Sozialdemokraten.) So wird die liberale Luftströmung, das Reichsvereinigungsgesetz ausgelegt. Natürlich endete auch dieser Magdeburger Streich mit einer grenzenlosen Blamage der preussischen Polizei. Wie wenig politisches Verständnis die preussische Polizei hat, hat sich jetzt in Magdeburg wieder einmal gezeigt. Compère-Morel war Präsident des letzten französischen Sozialistenkongresses. In ihrer politischen Unbesonnenheit hat die Magdeburger Polizei unserem Genossen den Titel „Präsident des französischen Sozialistenkongresses“ beigelegt, obwohl der Kongress schon ein halbes Jahr vorüber ist. (Heiterkeit bei den Sozialdemokraten.) Aber die ganze Sache hat auch eine sehr ernste Seite. In Frankreich ist unter den deutschen Parteigenossen immer gefasst worden, für den Frieden zu reden. Hier aber in Preußen kann ein beschränkter Schutzmann die Friedenspolitik des Reichslanzlers durchkreuzen. (Sehr gut! h. d. Soz.) Compère-Morel war nach Magdeburg gekommen, um die Friedenspolitik des Reichslanzlers zu unterstützen. Dafür wird er ausgewiesen. (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Natürlich gibt das in Frankreich Gelegenheit zu sagen, daß die Friedensreden des Reichslanzlers nicht so weiter als Heuchelei sind, daß Deutschland gar nicht den Frieden wolle, denn es wisse die wirklichen Friedensfreunde aus dem Lande. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Die preussische Polizei hat sich in Magdeburg nicht nur wieder einmal lächerlich gemacht, sondern sie hat dazu beigetragen, daß das Ansehen Deutschlands im Auslande herabgesetzt wird. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Gegen solche Polizeipraktiken erheben wir den stärksten Protest im Interesse des deutschen Volkes. Legten Endes sind es unsere Genossen, ist es die Arbeiterklasse, die die Folgen einer solchen

## Tölpelhaftigkeit der preussischen Polizei

zu tragen hat. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Daß nachher Braunschweig Magdeburg noch übertrumpft und Compère-Morel schon am Bahnhof ausgewiesen hat, nimmt mich nicht Wunder. Die Braunschweiger Polizei hat noch immer ihre höchste Aufgabe darin gesehen, die preussische Polizei nachzuahmen.

Der Homogenität wegen sind in den letzten fünf Jahren eine Reihe Minister ausgediebt worden und das Volk muß die Pensionen bezahlen. (Zustimmung bei den Sozialdemokraten.) Wenn wir uns fragen, was die Verschwendungen geleistet haben, kein Mensch wird uns eine Tat sagen können, die mit dem Namen dieser Minister verbunden wäre. Wahrheitslieblich werden auch viele Abgeordnete heute nicht mehr wissen, wer vor fünf Jahren auf der Ministerbank gesessen hat. Wo sind heute die Männer, die ein Programm bedeuten? (Sehr gut! bei den Sozialdemokraten.) Welchen Minister könnte man mit dem Freiern v. Stein vergleichen? Wo sind die Minister, die bereit waren, für das Volk etwas zu schaffen? Wo war bei der sogenannten nationalen Gedenkfeier der Minister, der zum Volke reden konnte! (Sehr gut! bei den Sozialdemokraten.) Und doch soll angeblich vollendet werden, was Freiherr v. Stein 1818 begonnen hat. Da hat man eine Immediatkommission eingesetzt zur Vereinfachung der Verwaltung. Fünf Jahre brüet sie nun schon über dem Ei und was ist herausgekommen? Die Stedbriefe sollen nicht mehr für den Regierungsbetrieb, sondern für die ganze Provinz gedruckt werden. (Weiter! bei den Sozialdemokraten.) Die Gelder sollen nicht mehr bei der Regierungshauptkassette, sondern bei den Amtsgerichten hinterlegt werden. (Erneute Heiterkeit bei den Sozialdemokraten.) Das Scheitern soll vereinfacht werden. Das ist wichtig und gut. Aber das brennt und nicht auf den Nägeln.

## Das Volk fordert die Demokratisierung der gesamten Staatsregierung.

die Mitwirkung des Volkes an der Leitung der Geschäfte des Staates. (Lebhafte, wiederholte Zustimmung bei den Sozialdemokraten.) Davon wollen weder das Haus, noch die Regierung etwas wissen, daß die Demokratisierung der Staatsverwaltung erst möglich sein wird nach Zertrümmerung des heutigen Junkerstaates. (Lebhafte Zustimmung bei den Sozialdemokraten.) Daher unser Kampf gegen das Dreiklassenwahlrecht, das heute die Regierung zur Dienerin dieses Parlaments macht. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.)

Ihr Rettungszeichen in die Wasserwüste schickten, und an den einen vor allem - Philips - der unerschütterlich bis zum Tode aushielt. Mehrere Strophen in Dautenhofs Dichtung gehören ihrem Heldenstum. Sie sind nicht der unergängliche Eörensoll, den die Dichtkunst ihnen schuldig ist, aber sie mögen hier zu lesen sein:

Quert noch überfließt der Schrei von sterbenden Titanen Weilen.  
Das Schiff liegt still, und hilflos stund von dem hohen Mast  
Zertrümmert hin zur Küste mit dem Funkenprahl die Feilen  
und bringen zu den Menschen Schrei um Schrei mit Hast  
hin nach Europa und America, die sich in die Titanenschmerzen teilen.

Der Kapitän darf stolz die Hoffnung noch nicht sinken lassen.  
Er muh des Meerpalastes Untergang verneinen,  
so lange noch die Funkenprahl über'n Ocean geht,  
die sich wie letzte Lebensstrahlen rund um die Todesnot vereinen  
und um zwei Männer, die im Telegraphenraum im Wasser stehn.

Das Grab nur konnte jene Draven von ihrem Lebensdient entwenden.  
Des Schiffes Fählung mit der Welt sie schwand mit ihnen schwer.  
Den Rettungsgrütel um, so linden sie, bis ihre Kräfte schwinden,  
bis sie vom Telegraphen abblüht stumm das Meer,  
und sie als letzte Antwort dann den Tod am Apparate finden.

Ein König - und ein Held. In geradezu grotesker Weise heuten die internationalen organisierten Monarchisten den jüngsten Betriebsunfall des Königs von Spanien aus. Die Presse wird überflutet mit sensationellen, sentimentalen und heroischen Mitteln, aus dem Leben Alfonsos des Unverzogenen. Man führt den erschauerten Lesern ein ganzes Attentatsmuseum vor, worin alle die Gegenstände und Instrumente verammelt sind, mit denen man das Leben des Königs von der Wiege an verfolgte. Milchflaschen und Wasen spielen eine große Rolle darin.

Was ist beinahe genügt, das Attentat für bestellt zu halten, wenn man diese lächerliche Mache sieht, mit der man nach Rezepten Napoleons des Kleinen den Inhaber dieses wackelnden Thrones populär machen will. Eine Geschichte statt vieler, die eben in der Presse verbreitet worden, mag zeigen, wie naiv die monarchistischen Legendensiber zu Werke gehen:

König Alfons hatte erfahren - heißt es da - daß in einer Fabrik in der Nähe Barcelonas ein Anarchist arbeitete, der als einer der gefährlichsten Gefellen galt und sich offen rühmte, mit dem König ein Händchen rüpfen zu wollen, wenn er ihm einmal begegnete. Nur von einem Freunde begleitet fuhr der König in seinem Auto zu jener Fabrik und ging sofort in den Arbeiterraum, in dem der Anarchist tätig war. Er trat auf den Mann zu, begann ein Gespräch, erkundigte sich nach seiner Arbeit und nach den Schicksaleiten seines Berufes. Der Mann hatte den König sofort erkannt und war nicht wenig erstaunt, daß der junge Monarch sich allein und ohne

Sie herrschen ja durch dieses Dreiklassenhaus auch im Reich. So gar der frühere Reichslanzler Fürst Bülow hat Ihnen weichen müssen. Die Landratsämter sind konservative Sejaris-Kommandos, die Kreis- und Provinzialausschüsse Herrschaftseinrichtungen der Rittergutsbesitzer, und wo das nicht der Fall ist, da herrscht der mittelalterliche Geist der Kirche. Die preussische Junkerherrschaft ist unbeeinträchtigt geblieben durch die Entwicklung im Reich, ja sie bestimmt sie sogar. Zur Zeit der Landtagswahlen von 1908 waren im Reich die Liberalen in die Blockpolitik eingegliedert, hier aber war davon keine Rede. Und wenn nun im Reich der schwarzblaue Block zertrümmert ist, so herrscht in Preußen trotzdem noch die Politik der Ritter und Heiligen uneingeschränkt. Das Deutsche Reich ist Ihnen nur

## ein großer preussischer Gutsbezirk,

in dem Sie Ihre Anschauungen, Ihre Machtstellung und Denkart ausbreiten können. (Sehr wahr! links.) Das Volk wird in Preußen nicht regiert, sondern beherrscht, und diese Herrschaft garantiert Ihnen das elende Dreiklassenwahlrecht.

Die Konservativen, die im Volk keinen Vobon besitzen, wie die Reichstagswahlen von 1912 bewiesen haben, sind die Rumpknecht dieses kranken Wahlrechts, unter dem die preussische Volksvertretung gewählt ist. (Lachen rechts.) Sie lachen, aber ich werde Ihnen zeigen, wie Sie die Nutznießer dieses Wahlrechts sind: Bei der Landtagswahl von 1908 erhielten die Konservativen 354 000 Stimmen und 152 Abgeordnete, das Zentrum 500 000 Stimmen und 104 Abgeordnete, die Nationalliberalen 318 000 Stimmen und 65 Abgeordnete, der Freisinn 110 000 Stimmen und 36 Abgeordnete, die Freikonservativen 63 000 Stimmen und sechzig Abgeordnete! (Lebhafte! hört! hört! links), die Sozialdemokratie aber

600 000 Stimmen und sechs Abgeordnete.

Die Soen erhielten 214 000 Stimmen und 15 Abgeordnete. Kennen Sie das eine Vertretung der Ansichten des Volkes, wenn die Konservativen und Freikonservativen mit zusammen 417 000 Stimmen 215 Abgeordnete und damit fast die Mehrheit, und wenn Sie mit den Nationalliberalen, den Ihnen verwandten Reaktionsären, mit zusammen 735 000 Stimmen 250 Abgeordnete, die Sozialdemokraten aber mit nur 185 000 Stimmen weniger nur 6 Abgeordnete haben? Diese 185 000 Stimmen genügen, damit diese drei Parteien 274 Abgeordnete mehr erhielten! Eine Volksvertretung ist dieses Haus nicht, vielmehr ihr direktes Gegenteil, ein Parlament, eingerichtet, um das Volk zu beherrschen, zu verengen, zu unterdrücken und auszubenten. (Sehr wahr! links.) Infolge dieses Wahlrechts ist auch der preussische Staat nichts anderes geworden, als eine

## Jutterkruppe für die konservativen Parteigänger,

die fast alle politischen Beamtenstellen besetzen und rücksichtslos in den letzten fünf Jahren die politische Macht in diesem Hause zugunsten der Rittergutsbesitzer ausgenutzt haben. Von den massenhaften Beispielen dafür nur einige wenige: Wie haben Sie Ihre Macht für Ihre Vortemnonateintreffen ausgenutzt? Beim Stempelsteuergesetz wurden alle Stempel, zum Teil in antisozialer Weise ungebührlich erhöht, aber den Jagdpachstempel legten Sie sich herunter. Und als die Regierung erklärte, daß der Betrag zu gering wäre, wollten Sie, daß die Arbeiter durch die Tabaksteuer den Luzus Ihrer Jagden bezahlen sollten. Die Reitpferdsteuer haben Sie abgelehnt, weil Ihre Klassengenossen das hätten bezahlen müssen. Den Rietsvertragstempel haben Sie noch bei geringeren Rieten beginnen lassen, wie die Regierung wollte, die Einkommenssteuerzuschläge sollten erst bei 7000 M. beginnen. Sie haben Sie schon bei 1200 M. Einkommen beginnen lassen, und das alles in derselben Zeit, wo Sie im Reich durch die Reichsfinanzreform den Arbeitern, Handwerkern und kleinen Leuten alle Einnahmestellen so verteuert haben, daß sogar der Abg. Kaisermann von einem Raubzug auf die Taschen des verletzigen Volkes sprach. Die Schnapssteuererhöhung ist zwar beseitigt, aber durch das neue Branntweinsteuergesetz heimlich wieder eingeführt. Da Sie wissen, daß die Erbschaftsteuer doch einmal kommen wird, haben Sie beim Ergänzungsteuergesetz vorgebeugt, indem Sie statt des Wertes der Güter, den Pfanden Betrag des Grundsteuerertrags zur Grundlage gemacht haben, obgleich die Güter um den 200 bis 400fachen Betrag des Grundsteuerertrags verkauft werden. Das ist ein glattes Geschenk an die Großgrundbesitzer und eine

## schamlose Ausnutzung der politischen Macht,

die Sie hier besitzen und die Sie beim Steuergesetz und die ganzen 6 Jahre hindurch fortgesetzt haben, um eine mahllose Verdrückung auf Kosten des arbeitenden Volkes zu erzielen. Was ist die ganze innere Kolonisation und Ansiedlung mehr gewesen als eine

Verteidigungsmittel sich ihm näherte. König Alfons erkundigte sich bei dem Anarchisten, ob er eine Mutter, eine Frau und Kinder habe. „Ja habe keine Mutter mehr“, antwortete der, „aber eine Frau, die ich erst vor kurzem heiratete.“ Die Verblüffung des Mannes wuchs, als der König ihm zwanglos eine Zigarette anbot und schließlich aus dem Anarchisten seines Rodes eine Kofe nahm, die er dem Anarchisten überreichte. „Hier, Miguel, nehmen Sie diese Kofe, Sie werden Sie Ihrer Frau geben; und fügen Sie bitte hinzu, daß der König sie ihr sendet.“ Und während der junge Monarch sich mit einem freundlichen Gruße entfernte, blieb der Arbeiter stumm vor Erstaunen zurück und sah dem königlichen Besucher nach, die Kofe in der Rechten.

Und so wurde aus einem König ein Held - für die Kinderfibel und den Anekdotenleser.

Das Theater Warenhaus. Mein Freund, der Herr Jentsch, der ein sehr kluger Mann ist, hat es erst kürzlich gesagt: „Was Wertheim für die Spezialgeschäfte ist, das ist Reinhardt für die anderen Theater.“

Recht hat er. Das Theaterwarenhaus führt alles, hat alles, was die geehrte Anarchist so gebraucht. . . Nihil? Bitte im ersten Stod. Massenzweue? Geradeaus links. Intime Theaterabende? Parterre. Wirklich gute, gediegene Sachen? Ganz oben. Billige Abteilung, mit 7. Besetzung? Im 2. Stod, mein Herr. Alles. . .

Ja, früher, da war es ein großes, gutes Spezialgeschäft, da war es noch eine Lust, da zu laufen. Heute ist es das nicht mehr. Heute wird man kalt, unpersönlich, wenn auch sehr prompt bedient. Aber der alte gemütliche Ton ist weg. . . man hat sich eben amerikanisiert. . .

Und so etwas ist nur zu ertragen, wenn man es eingesteht. . . Wenn man nicht so tut, als wäre man noch immer das alte, solide Geschäft, als wärel man anfing. . . Nicht zu ertragen, wenn geschäftliche Angelegenheiten in schwingvollen Heften in alt-ätherischer Weise sich an jeden Zuhörer einzeln wenden. . . Man so tun! Viel leicht merkt es dann niemand, daß man nicht mehr sollte ist, daß man für Waren, wie sie die Provinz reiflicheren würde, viel, viel Geld fordert. Denn dieselbe Ware ist einmal gut gewesen, und die Leute denken, sie befinden sich die alte, gute Ware. . . Befommen sie aber nicht, sondern für 5.50 M. eben - Provinz. . . Viel leicht merkt niemand. . .

Kann merkt es.

## Notizen.

- Theaterchronik. Die Ausgabe der für den Hauptmann- und Jhien-Philus bestellten Abonnementskarten findet von Mittwoch bis Freitag vormittags von 10 bis 11½ Uhr an der Tageskasse des Lessing-Theaters statt.

# Kleines feuilleton.

Ein Todesang von der „Titanic“. Vor einem Jahre vernichtete das Kapital wahnwitzige Profitjagd in einer kurzen, grauensvollen Nachtstunde ein Riesenbauwerk von Menschenhand und tausend Menschenleben. Aufgeschlicht von der Schärfe einer Eisbergglatte sank im Atlantischen Ozean die „Titanic“. Die Wiederkehr des Tages macht die Erschütterungen des Ereignisses wieder lebendig, reißt die Wunden auf, die es schlug, verleiht die wilden Sätze der Anklage in neuen Jornaudbrüchen hervor, bringt die Vorgänge des Todesdringens abermals qualvoll vor's Auge. Die Erregungen des Gernerns leben sich in allerlei Gedächtniswerte aus. Dem englischen Journalisten William Stead, der mit der „Titanic“ unterging, wird ein Denkmal gestiftet, das immerhin würdig genannt werden darf: in den englischen Industriestädten sollen Unterfunthäuser für Arbeiterinnen errichtet werden, die im Andenken an des Verunglückten philanthropische Bestrebungen den Namen Stead-Anhle tragen sollen. Die Unterfunthäuser so eingerichtet sind, daß sie wirklich eine Erholung bedeuten können, wissen wir nicht; aber in der Form berührt dieses Gedankenlympathischer, als der hysterisch-verachtlich-beotraltliche Einfall amerikanischer Frauen, die auf den Ozean hinuntergefahren sind, um an der Stelle des Unterganges einem Dichter, der die Blumen außerordentlich liebe, in großen mit Steinen beschwerten Körben einen Blumengruh in die Tiefe senden.

Über solches Einzelgedanken hinaus, auf das Ganze des Ereignisses gerichtet, will eine Dichtung sich erheben, die Max Dautenhof in diesen Tagen unter der Aufschrift „Die Unterungsinnde der Titanic“ im Berlin-Wilmersdörfer Verlage von A. N. Wener erscheinen ließ: eine totenganghafte Vision, die in dunkler Nacht die Katastrophe noch einmal durchlebt. Leider war des Dichters epische Kraft, dem, was ihr vorüberwuchs, nicht gewachsen. Er kommt über den aufregenden Bericht nicht zu großem Zusammenfassend hinaus. Man währt nur, daß er ihn will, aber die Anlage entwickeln sich nicht. Das Ungeheuerliche des Vorganges hätte einer gewaltig formenden Faust bedurft, die in ebenbürtigen Mähen mit dem Stoff zu sädalen lähig war. Der Dichter fezt nur unsere Steinreichen bruchstückweise hin, baut sie aber nicht zur Mauer zusammen und empot. Das Grandiose des Totentanzes in den Eisbergkloten blieb ungefalt, und so kann sich nun das Einzelne, das der Dichter vorüberziehen läßt, nicht zu großer Bedeutung im Ganzen aufrichten.

Die Untergangsstunde der „Titanic“ sah großes Heldenstum, und mit dem Namen des Schiffes bligt immer zunächst die Erinnerung an die beiden Männer auf, die mitten im grauen Ringen der anber-haltenden Unterwasserwelt am Rumpenapparat sahen und

Sanierung verkrüppelter Mittergüterbesitzer und die Sanierung der Vorteile der übrig gebliebenen Restgüter für adlige konservative Parteigänger! Wir wollen was sehen, welche konservativen Staatsstößen eigentlich auf die Güter gesetzt werden, die den polnischen Grundbesitzern enteignet worden sind! (Sehr gut! links.) Jetzt, wo die Reichsregierung das Volk wieder gewaltig zu belasten im Begriff ist, wird erklärt, daß der Besitz die Lasten tragen soll. Aber die Belastung des Volkes durch Mehrbelastung von 138 000 Soldaten ist so gewaltig, daß die Milliarde des Wehrbeitrages und die paar Millionen Besitzsteuer, die vielleicht geschaffen werden, federleicht dagegen wiegen. Und wofür diese Lasten? Zur Verteidigung ihres Vaterlandes, das Vorrechte auf Vorrechte auf die bestehenden Klassen häuft und die Rechtslosigkeit der Arbeiterklasse permanent macht! Darüber wird die Empörung im Volk in demselben Maße wachsen, wie Sie die Kusa-Nutzung Ihrer Macht in diesem Hause betreiben. Würde sich nur der zehnte Teil der Entzückung, die bei den Besiegenden schon gegen die Wehrsteuer zum Ausdruck gekommen ist, gegen die Reaktion wenden, dann wäre dieses Abgeordnetenhause überhaupt undenkbar. Diejenigen, die heute von der Konföderation des Vermögens sprechen, sind fortgesetzt dabei, dem Volk seine Rechte zu konfiszieren. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.)

In den letzten 5 Jahren hat sich auch immer wieder gezeigt, daß die preussische Staatsverwaltung nichts weiter ist als eine

#### Organisation zur Verwaltung der Interessen der bestehenden Klassen.

Polizei und Militarismus, preussische Justiz und Landräte stützen die Privilegien und haben die Aufgabe, dafür zu sorgen, daß von ihnen nichts verloren geht. Ritter und Heilige predigen dem Volke Entfesselung und Gericht auf seine Rechte, damit es nicht seiner Macht bemächtigt werde und erkenne, daß ein seiner Macht bewußtes Volk diese Wirtschaft nicht auf die Dauer dulden kann. Notwendig ist nur eines: daß das Volk einen einheitlichen Willen habe, den Willen zur Tat und dann gebirgt Ihre Polizei und Militärstaat, Ihre Junkerstaat, den nur Gewalt, aber kein Recht zusammenhält! (Bravo! bei den Sozialdemokraten.)

Die unheimliche Macht der großkapitalistischen Industrie ist auch in der Gesetzgebung noch weiter erstarkt. Längst sind die Tage Posadowskys dahin, wo die Großindustrie mit der Regierung wegen ihrer sozialistischen Ideen nicht verkehren konnte. Heute beherrschen Großindustrie und Junkertum die Regierung. Haben die Verleger nicht im Palaishotel gesagt: „Wir müssen dem Minister den Daumen auf Auge drücken“ in dem Augenblick, als die Regierung sich anschickte, die Seele der Vergarbeiter zu gewinnen. Nun hat die Sicherheitsmänner für die Verleger geschaffen. Fortgesetzt unterstützt die Regierung die Bestrebungen der Großindustrie, das Koalitionsrecht der Arbeiter zu vernichten, sie hat Partei genommen gegen die Arbeiter bei dem großen Vergarbeiterstreik und hat durch Polizei, Maßsingeneweche und Belagerungszustand die Entwicklung des Koalitionsrechtes in Preußen vollständig vernichtet.

Der ungeheueren Terrorismus der Verleger ist gebildet worden von den Armen, die durch die preussische Justiz gefesselt ins Gefängnis geschickt wurden. Der Rechtsstaat war zu der Zeit aufgelöst, es herrschte lediglich

#### der Gewaltstaat der Großindustrie im Ruhrrevier

und das hat die Billigung dieser Volksvertretung gefunden. Durch seinen Beitritt zum Kohlenpakt hat der Staat die Kohlenverwertung unterstützt und wenn die Regierung auch vor der zweiten Schärpung austrat, so lenkt die Großindustrie schon ihre Wappensteinen und weiß, daß die Regierung ihren Interessen dient, und so hat man jetzt dem Handelsminister gnädig gestattet, einen Kommissar in den Ausschuß der „Hibernia“ hineinzuziehen.

Durch die brutale Rücksichtslosigkeit gegen die Arbeiter im Saargebiet hat der Minister das Vertrauen der Großindustrie restlos wiedergewonnen. Freilich, wie schärf hat die Großindustrie den Minister noch beim Schlepptrommel behandelt? Dafür billigen Sie alle Unterdrückung der Eisbahnarbeiter, deren Koalitionsrecht mit Füßen getreten, deren wirtschaftliche Freiheit vernichtet wird, indem man ihnen verbietet, Konsumvereine beizutreten. Es ist doch traurig, daß der preussische Staat seine Betriebe nur mit Arbeitern aufrecht zu erhalten können glaubt, die er ihres Menschentums enteignet hat. Aber am 18. Mai werden die von Ihnen entrechteten Arbeiter und Unterbeamten zur Wahl für Sie an den Wahltag getrieben werden. Ihnen brennt das Feuer auf den Nägeln, Sie wissen, daß Sie im Volk keine Stütze mehr haben und darum zwingen Sie die Staatsarbeiter zur Abstimmung gegen ihre eigenen Interessen. Mit Empörung und Mut werden die Staatsarbeiter und Unterbeamten für Ihre Wahlmänner stimmen und sie werden dabei auch an die Beschimpfung durch den Minister des Innern denken, der alle Beamten, die nach ihrer Heberzeugung sozialdemokratisch wählen,

#### Geschler, Lügner und Fälscher

genannt hat. Bei dieser Wahl werden die Beamten auch der Besoldungsordnung gedenken, die den höheren Beamten mehr Zulagen zugewiesen hat, als die Unterbeamten überhaupt Gehalt bekommen. Damals

— Reinhardt — bald hier, bald da. Kaum ist das neue Projekt eines von Reinhardt im Zirkus Schumann zu begründenden Theaters der 5000 aufgetaucht, so spukt schon wieder eine neue Reinhardt-Gründung. Diesmal soll Schöneberg dran kommen. In der Nähe des Untergrundbahnhofs wird das neueste Unternehmen geplant, dem auch der Schöneberger Magistrat hold sein soll.

— Der Künstler und die Mutter Erde. Albin Egger-Lienz, der Maler aus Tiroler Bauernblut, erringt die Weimarer Stadtbauern nicht länger. Er meint, er nehme Schaden an seiner Künstlerseele und kehrt sich heim. „Der Fisch am trockenen Lande“ ist nicht fähig dran als der Charakteristik ohne die Welt der Formen, innerhalb deren er seinem Fühlen allein Ausdruck geben kann“, so sagt er in dem Schreiben, in dem er um seine Entlassung aus dem professoralen Lehramt an der Kunstschule von Jmstaden nachsucht. Sein Wunsch wurde ihm mit einer fast auffallenden Bereitwilligkeit erfüllt.

— Noch ein Filmreformer. Alle Welt will heute das Kino verbessern — und verfehlt am Ende ihre Finanzen. Die Dichter benannten und die Schauspieler mit den großen Namen folgten. Jetzt sind die Maler an der Reihe. Der deutsch-englische Maler Hertomer hat eine Filmfabrik eröffnet und arrangiert und spielt selber mit für Films, die „mehr Kunst“ bieten sollen.

— Eine eigenartige Ausstellung wird vom 3. Mai bis 1. Juni von drei belgischen Gesellschaften für Vogelkunde im Palais der schönen Künste in Brüssel veranstaltet werden. Der Zweck ist die Veranschaulichung der wirtschaftlichen Beziehungen der Vogelwelt. Die Ausstellung wird außer Gegenständen der Vogelkunde selbst auch solche der Insektenkunde und der Pflanzenkunde umfassen.

— Wissenschaftlicher Nord. Die amerikanischen Mörder betreiben eine neue Spezialität, den sogenannten Kobratod. Dem Opfer des Verbrechens wird auf möglichst unauffällige Weise eine Krone oder Stühnwunde beigebracht, in die dabei eingetrocknetes Schlangengift eingeführt wird. Nach dem Tode für Kriminal-anthropologie und Kriminalistik ist es für die Behörden außerordentlich schwer, auf diese Art verübte Verbrechen aufzudecken. Dasselbe ist der Fall bei den Morden, die mit Hilfe von Bakterien-gift ausgeführt werden. Es hat sich jetzt ein Komitee gebildet, das sich die Bekämpfung des wissenschaftlichen Nordes zur Aufgabe setzt.

— Ausgestorbene Tiere in Deutsch-Ostafrika. Die Ausgrabungen von Kenyaga haben zu überraschenden und reichen Funden versteineter Tiere geführt, die inzwischen ins Berliner naturhistorische Museum abgeführt sind. Ein Mitglied der Leipziger Universität, Dr. E. Ardenk, plant jetzt, wie Petermanns „Mitteilungen“ melden, gleichfalls eine Expedition nach Deutsch-Ostafrika, um an anderen Punkten nach Fossilien zu forschen.

Tagen die hunderte Petitionen, die das Volk der Unterbeamten schickten, in den Papierkorb, und erst jetzt weckern Sie in Worten den Beamten Ihr papierenes Wohlwollen zu betreiben. Damals aber waren Ihnen drei Millionen Erziehungsbeiträge für Geistliche nötiger als die Stützung des Hungers der Kinder der Unterbeamten. Damals haben Sie die Jubilisten um dreieinviertel Millionen Mark erhöht, obgleich Ihnen bekannt war, daß die Krone aus ihrem sonstigen Besitz viele Millionen einnimmt. Im Landwirtschaftsrat hat der Gutsherr von Cabinen erklärt, daß er glänzende Geschäfte gemacht habe. Das hindert Sie aber nicht, trotz alledem die Jubilisten aus den Steuergroßen des Volkes zu vermehren und dabei ist der Gutsherr von Cabinen auch ein Ruzniczer der wucherischen Zollpolitik.

Präsident Dr. Graf v. Schwerin-Löwig: Die letzte Aeußerung ist unzulässig, ich rufe Sie zur Ordnung! (Bravo! rechts.)

Abg. Reinert:

Die Verteuerung der Lebenshaltung scheint auch da Not gebracht zu haben! Die Arbeiter und Beamten aber sollen sich nach der Feder strecken!

Von einem sozialpolitischen Fortschritt ist nicht die Rede. Der Handelsminister hat ja hier erklärt, er müsse seine Beamten entscheiden dagegen in Schutz nehmen, daß sie die Arbeiterschutzbestimmungen rigoros anwenden! Das Brunsstück der Schwarzblauen Herrschaft, die Reichsversicherungsordnung, hat in Preußen den Landrat zum Vorsitzenden der Versicherungsämter gemacht — eine wahre Karikatur der ganzen Versicherung. Mit Vegetation sind Sie für die grauamen Landrentenklassen eingetreten, die eine durchgreifende Krankenfürsorge verhindern und den Wöchnerinnen den Schutz verweigern. Ein Brunsstück junkerlich-ultramontaner Nächstenliebe! Nur gut, daß dieses Gesetz vom Reichstag abgeändert werden kann, statt etwa von diesem Hause.

In dieser Legislaturperiode waren es hundert Jahre, seitdem die unwürdige Gefindeordnung besteht und im nächsten Jahr feiern wir das 60jährige Bestehen des Kontraktbruchgesetzes gegen die Landarbeiter, das die Freizügigkeit aufgehoben hat und den Landarbeiter bestraft, wenn er über seine Person selbst bestimmen will. Die Freiheit der Ausbeutung der Kinder in der Landwirtschaft ist vollständig unbeschränkt. Was hat die staatliche Statistik darüber ergeben? So Frauenvolles, daß man die Densität nicht scheuen muß! — Während die Mittergüterbesitzer in diesen fünf Jahren glänzende Gewinne gemacht haben, leidet das Volk unter einer ungeheuren Teuerung und die geringen Abhilfebemühungen werden wieder aufgehoben, obgleich die Hochkonjunktur bereits abflaut. Die 25 Millionen Mark für Urbarmachung von Mooren und für Ansiedelungsgesellschaften sind ein Wechsel für die Zukunft, bringen aber für die Gegenwart keine Abhilfe gegen die Fleischnot. — Als

#### ein Wall gegen jeden Fortschritt

hat sich dieses Haus in den letzten 5 Jahren erwiehen und nichts ist beachtlicher, als der Zerger der Konservativen über das Wahlurnengesetz, das dem Reichstage vorgelegt wurde. Da spricht die agrarische Presse von „Wahllosetz, Raatsstühlen, Wahllisten“. (Abg. Hoffmann: Weil die Konservativen dabei den Durchfall bekommen! — Heiterkeit.)

Welch! ungläubliche Schkatzen läßt die Polizei gegen das Vereinsrecht aus. Mitzüber Ausdauer sucht sie es dahin zu bringen, daß sozialdemokratische Vereine ihrer Größe wegen keine Vereine sein sollen. Im Versammlungsunter freiem Himmel, die nach dem Reichsvereinsgesetz genehmigt werden sollen, zu verbieten, bietet die Polizei die ungläubliche Fürsorge für die Versammlungsbefucher an. Auf den Versammlungsplätzen müssen Klosets, Lintbrunnen, gute Zugänge, dürfen keine Steine sein usw. Würde das preussische Volk sonst nur ein Zehntel dieser Fürsorge genießen, dann hätten wir andere Zustände! Die ganze staatliche Jugendbewegung gegen die Sozialdemokratie ist nichts weiter als eine einzige, von der Polizei gebildete Heberetzung des Vereinsgesetzes. Freilich, Erfolge werden Sie damit nicht erzielen. Das Denken können Sie nicht verbieten und wenn erst der Ernst des Lebens an die Jugend herantritt, dann beginnt sie zu denken und die Reichstagswahlen zeigen, wie sie denkt! (Bravo! bei den Sozialdemokraten.)

Bei den Wahlen von 1906 stand die Wahlreform im Vordergrund. Aber seitdem war die Haltung des Zentrums ein einziger Verrat an seiner Forderung nach dem Reichstagswahlrecht. Es hat sogar einen Versuch zugunsten des geheimen und direkten Wahlrechts bereitet, und die Nationalliberalen haben sich daran beteiligt. Diese wissen übrigens selbst nicht, was sie verlangen und steuern den Wählern in der Wahlrechtsfrage erst recht Sand in die Augen. Was stört es die Rechte, daß das Volk über den Weiterbestand des Dreiklassenwahlrechts erwidert ist! Das Volk, das sind ja die Heloten, die für Sie zu stimmen haben — den Leuten auch noch Rechte zu geben, ach nein, dazu ist das preussische Abgeordnetenhause nicht da. Der Gutsherr läßt sich in der dritten Klasse zum Wahlmann wählen, der Inspektor in der zweiten und der Rutscher des Besitzers wird in der ersten Klasse Wahlmann. Die Terminwahl ist

#### eine politische Kontrollversammlung

und Graf Mirbach hat ja im Herrenhause dargelegt, daß der Rutscher zweidrittel Wahlmann wird, weil er den Gutsherrn sowie zur Wahl fahren muß! Das ist Ihre Anschauung über das größte und höchste Recht eines Volkes!

Mit leeren Händen kommen Sie zu den Wählern zurück. In Ihrer namenlosen Angst vor dem Volk haben Sie das hohe Güter der Dreiklassenwahlrechts errichtet. Aber täuschen Sie sich nicht über die Energie des Volkes. Gegen einen solchen Kampf, wie er jetzt in Belgien geführt wird, ist alle Ihre Macht zu Ende! Lebhaftes Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten! Sie können die Arbeiter in Kerkern, in Gefängnisse stecken, Sie können sie auf den Polizeiwachen verprügeln lassen, aber Sie können sie nicht zur Arbeit zwingen. (Erneutes lebhaftes Bravo! bei den Sozialdemokraten.) Die ganze Energie und der feste Wille der belgischen Arbeiter wird die konservative Behauptung von einem Scheitern des Kampfes als niederträchtigste Lüge entlarven. Wir bringen unseren belgischen Arbeitern die herzlichsten Glückwünsche zum Gelingen ihres grandiosen Kampfes dar, wir betunden ihre Tatkraft und haben nur den heißen Wunsch, daß sie zusammenstehen und sich durch nichts von ihrem Willen und ihrem Ziel abbringen lassen mögen, daß sie stark und geschlossen bleiben in diesem großen Kampf. Er ist auch unser Kampf, ihr Sieg ist unser Sieg! In Belgien sollen die Arbeiter angeblich täglich 3 Millionen Mark an Lohn, die Arbeitgeber 25 Millionen an Gewinn deklarieren. Da kann ich mir denken, daß Sie bei dem Gedanken eines solchen Kampfes in Preußen sitzen! In der organisierten Arbeiterklasse steht eine Tatkraft, die Sie nicht überwinden können und die auch Ihre Polizeistaat nicht niederkämpfen kann. Darum wünschen wir unseren belgischen Genossen einen glänzenden Sieg, denn auch wir nehmen Anteil an den Leiden anderer Völker, wenn sie mißhandelt werden von einer nichtsnutigen Junker- und Kapitalistenklasse! (Bravo! bei den Sozialdemokraten.)

Sie räumen hier in Hause immer Ihre Königstreue. Wir haben sie beim Postamt gesehen, wo man erklärt hat: „die Minister können und sonst was!“ Als der Kaiser sagte: „Brotwucher treibe ich nicht!“, da sagte der Führer Bly: „Es ist von Brotwucher gesprochen und unsere Agitation gemeingefährlich genannt worden. So lange diese Worte nicht zurückgenommen sind, kann von einem Zusammenarbeiten mit der Regierung nicht die Rede sein!“ Dabei ertönten im Zirkus Busch lebhaftes Psal-Laufe. Am 28. März 1897 schrieb die „Korrespondenz des Bundes der Landwirte“, daß der deutsche Landwirtschaftsgenossenschaft sei, den Kaiser als seinen politischen Gegner anzusehen. Und bei der englischen Internier-Bühne wandte sich die nationalliberale „Rheinisch-Westfälische Zeitung“ in scharfer Weise gegen den Kaiser.

Hierbei haben immer die Geschäftsinteressen den Ausschlag gegen die Königstreue.

Bei uns ist das nicht der Fall. Wir erinnern uns fleiß der Worte, daß wir eine Rotte Menschen seien, nicht wert, den Namen Deutsche zu tragen. Aber nicht, weil unsere Geschäftsinteressen verfolgt werden, sondern weil wir beiseidig sind an unserer inneren Ehre.

So wie bei der Kanalvorlage, so sieht auch am Ende dieser Legislaturperiode ein uneingelöstes Königswort, ein gebrochenes Versprechen. (Herrst vereinzelt, dann allgemeine und lärmende Ruhe rechts: Oh! Psal! — Abg. Hoffmann: Sehr wahr!)

Präsident Graf v. Schwerin-Löwig: Sie haben sich zum zweiten Male einer allzu starken Ungehörigkeit schuldig gemacht, ich rufe Sie zur Ordnung! (Bravo! rechts.)

Abg. Reinert (Sog.):

Das 1815 gegebene Versprechen einer Repräsentativverfassung ist auch erst eingelöst worden, als das Volk 1848 auf den Plan trat. Freilich ist es damals sehr schnell um die Früchte seiner Tatkraft gekommen. Das Bürgertum bekam zwar Wassen in die Hand, aber statt sie gegen die Bedrücker des Volkes anzuwenden, hat es gekitzelt vor dem Ansturm der Arbeiter. Heute ist das Volk zu ganz anderen Demonstrationen fähig, als 1848!

Ihre Mitterbeispiele von Königstreue beweisen uns, daß die Treue zwischen Fürst und Volk immer eine einseitige war. Das Volk verlangt heute nicht nur ein anderes Wahlgesetz, sondern die Teilnahme an der Regierung. Der Wahlrechtskampf, die gewaltigen Demonstrationen der Massen zeigen uns, daß das Volk sich jetzt auf seine eigene Kraft verlassen muß, wenn es Rechte erobern will. Darum ist auch der Wahlrechtskampf nicht vorüber, sondern das Schwerste kommt noch. Sie nennen uns Umsturzpartei. Wer würde denn auch den Umsturz mehr zu fühlen haben, als die Konservativen und die nationalliberalen Geldprogen? Gewiß soll die heutige ausbeuterische Massenherrschaft der Junker umgehört werden, damit das Volk zu Atem kommt und damit Sie nicht mehr, wie im Zeitalter des Raubrittertums (Rechen rechts), Ihre Hände stets in den Taschen des Volkes haben und durch die Gesetzgebung den sauren verdienten Lohn wieder herausholen können. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Auch die Nationalliberalen tun im Kampf gegen den Umsturz mit. Aber warum waren Sie so voreilig, in Hannover zu beschließen, daß kein Nationalliberaler mit der Sozialdemokratie Abmachungen treffen dürfe. Daß wir an Sie herantreten, werden Sie sich nicht einbilden. Aber sind Sie Ihrer eigenen Leute nicht sicher? (Heiterkeit.) Aus Ihrem ganzen, in allen politischen Fragen höchst widerspruchsvollem Verhalten ergibt sich, daß Sie eine

#### Unfallpartei der Kraftlosigkeit und Hinfälligkeit

sind! (Heiterkeit.)

Als einziges deutsches Parlament hat das preussische Abgeordnetenhause seine Geschäftsordnung gegen die Sozialdemokratie verschlechtert, so daß einmal sogar das gewählte Präsidium die Leitung der Geschäfte dem Polizeileutnant überlassen hat zur Vergewaltigung vom Volk gewählter Abgeordneter. Freilich, wenn jemals gegen uns wieder so etwas gemacht würde, würden wir genau so handeln wie damals, denn wir können eine solche Vergewaltigung nicht als berechtigt anerkennen. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.)

An das Ende dieses Hauses wird sich ein neuer Anfang schließen. Er wird kein besserer sein, denn uns steht ein Kampf mit ungleichen Waffen bevor. Das Wahlrecht, die Staatsgewalt, die ganze Konstellation der Parteien, alles ist gegen uns. Aber in diesem Wahlkampf wird es nicht heißen: Wehe dem Besiegten, sondern Wehe dem Sieger! (Sehr wahr! links — Rechen rechts.) Sie steigen nicht, wie Volksgenossen über Volksgenossen steigen dürfen, in freiem Kampf der Meinungen, sondern wie Fremde Eroberer über ein anderes Volk durch Unterdrückung und Gewalttat. Jede neue preussische Landtagswahl bedeutet

#### eine neue Unterwerfung des Volkes unter ein ihm verhaftetes System.

Würden Sie das Volk befragen, ob es Sie als seine rechtmäßigen Vertreter ansieht, — ein millionenfaches Nein würde die Antwort sein. Darum beneiden wir Sie nicht um Ihre sicheren Erfolge und tausendmal lieber wollen wir die Unterlegenen sein, als solche Sieger! Sie vertrauen auf Ihre Privilegien, die Regierung, die Landräte usw. um Ihr unwahrscheinliches Scheitern, Ihre Herrschaft für einige Zeit zu verlängern. Wir vertrauen auf uns selbst, auf die Massen, die hinter uns stehen, auf das Rechtsgefühl des Volkes, das sich immer wieder gegen Ihre Herrschaft aufbäumt! Denken Sie, Sie alle, daran, wie die Schweizer Bauern über die gepanzerten Ritter gesiegt haben. Sie kämpften in der Rüstung Ihres mittelalterlichen Wahlrechts, wir mit den modernen Waffen der Demokratie. Wohl sind Sie uns noch überlegen, aber der Tag wird kommen, an dem das preussische Volk über Preußen genau so Herr sein wird, wie damals die Schweizer Bauern auf ihrem Grund und Boden. (Rechen rechts.) Hören Sie, triumphierten Sie nur, genießen Sie heute schon die Vorfreude Ihrer künftigen Siege! Wir nehmen den Kampf gegen Sie auf in der Erwartung des Erfolges gegen die, die uns nicht erhalten wollen, die uns wehrlos gemacht haben, die sich selber alle möglichen Rechte anmaßen durch Ihre Massenherrschaft und Gewaltpolitik hier im Abgeordnetenhause und dranhin.

So sicher wie die sozialdemokratische Partei besteht, werden wir Sie einst besiegen. Das Unrecht, das Sie mit diesem Wahlrecht hochhalten, beantworten wir mit dem Auf: Her mit dem Recht! (Lebhafter Beifall bei den Sozialdemokraten. Lachen bei der Mehrheit.) Minister des Innern v. Dallwig: Wenn die Zeitungsnachrichten über die Ausweisung eines französischen Genossen aus Magdeburg richtig sind, so nehme ich nicht Anstand zu erklären, daß ich das Vorgehen der Magdeburger Polizeibehörde nicht nur für durchaus berechtigt, sondern geradezu für selbstverständlich halte. (Beifall rechts.) Wenn die Veranstalter solcher Versammlungen so wenig Verständnis und Sinn für das nationale Empfinden der großen Mehrheit der Bevölkerung besitzen. — das kann man ja wohl von Sozialdemokraten nicht erwarten (Sehr gut! bei der Mehrheit.) — daß sie es fertig brachten, einen Ausländer heranzuholen zu wirksamer Agitation gegen die Behrvorlage, und wenn ferner der herbeigeholte Ausländer so wenig Gefühl hat für die Verhältnisse, die die Inanspruchnahme des Gastrechts in einem fremden Staat mit sich bringen, wenn er sich nicht scheut, mitzutreten an der Agitation gegen eine innere Angelegenheit des Staates, der ihm das Gastrecht gewährt, dann war es die höchste Zeit, daß allen Beteiligten mit aller Entschiedenheit klar gemacht wurde, daß auch die deutsche Langmut und Geduld ein Ende hat, daß sie Ausländern gegenüber Grenzen ziehen, die sie nicht überschritten wissen will. (Stürmischer Beifall bei der Mehrheit.)

Der Abg. Reinert hat auch heute wieder einmal Preußen vor dem In- und Auslande zu diskreditieren versucht. Er hat so getan, als ob die gesamte preussische Verfassung und Gesetzgebung einseitig und ausschließlich durch die großen Großkapital und Großunternehmertum um Kadenz der minderbemittelten Schichten und namentlich der Arbeitererschaft. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Die Abgeordneten Strobel und Siebenlist haben wiederholt mit größter Empfindung das zu Recht bestehende Dreiklassenwahlrecht verhöhnt. (Abg. Hoffmann: Zu Recht bestehend!) Im Reichstage hat Dr. Liebmacht von den „schamlosen politischen Verhältnissen in Preußen“ gesprochen. Dr. Südem hat eine hinterlistige Vereinfachung der Rechte der Wählerbemannungen in Preußen konstatieren zu müssen geäußert. (Hört! hört! rechts) und der Abgeordnete Strobel hat hier die preussischen Beamten und besonders die Landräte als Agenten des Großkapitals und des Großunternehmertums sigualisiert. Die Ansicht der Vergerrung ergibt sich schon aus der einen Tatsache, daß die Regelung der Arbeiterverhältnisse nicht Sache Preußens, sondern des Reiches ist. (Abg. Hoffmann: Aber die Ausführung

büch Preußen.) Das Reich hat in den letzten Jahrzehnten mit Zustimmung und vielfach auf Veranlassung Preußens mehr für die Beförderung der Arbeiterverhältnisse getan, als irgend ein anderer Staat. (Lebhafte Zustimmung rechts.) Auch die preussische Ausführung hat immer auf die Interessen der in der demittelsten Schichten Rücksicht genommen. (Lachen bei den Sozialdemokraten.) Wenn trotzdem die Sozialdemokraten sich darin gefallen, immer wieder die jammern bekannten und eigentlich längst verblödeten Schlagwörter von der Entrechtung und der Ausbeutung und Verelendung der breiten Massen in Preußen zu sprechen, so drängt sich die Frage auf: Wie kommt es denn, daß dann unsere einheimische Arbeiterschaft dauernd im Lande verbleibt und daß die Auswanderung auf dem Ausposten gestunken ist? (Sehr gut! rechts. — Lachen bei den Sozialdemokraten.) Statt einer Auswanderung sehen wir, daß alljährlich ausländische Arbeiter in Scharen zu uns herbeiströmen, hier bleiben und sich einbürgern. Russen, Polen, Oesterreicher, Italiener, Belgier und Holländer kommen in großer Zahl zu uns und betrachten es als ein erstrebenswertes Ziel, das preussische Staatsbürgerrecht zu erlangen. (Sehr gut! rechts.) Sie tun das, weil sie bei uns bessere Arbeits- und Lebensbedingungen finden, als in ihrer Heimat und weil der Staat nach Kräften für sie sorgt. (Sehr richtig! rechts. — Lachen b. d. Soz. — Abg. Hirsch: Wahrede des Ministers.)

Wenn weiter der Abg. Ströbel behauptet hat, daß die Sozialdemokratie in Preußen von der Regierung in einseitiger Parteiinteresse des Großkapitals und des Großunternehmertums bekämpft würde, so ist das eine Unterstellung, die durch unsere gesamte Verwaltungspraxis und Gesetzgebung ad absurdum geführt ist. (Sehr richtig! richtig.) Wir bekämpfen die Sozialdemokratie nicht deshalb, weil wir den Großkapitalismus begünstigen, sondern weil wir die bestehende Staats- und Gesellschaftsordnung gegen den Ansturm der Sozialdemokratie verteidigen und schützen wollen. (Sehr wahr! rechts.) Auf dem Magdeburger Parteitag hat der Abgeordnete Bebel es offen ausgesprochen, daß die Sozialdemokratie den preussischen Staat in ihren Vordenen zwingen will und daß das nicht nur Arbeit, Mühe und Schweiß, sondern noch weit mehr kosten würde. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Der Abg. Roske hat diese Worte noch unterstrichen durch die Wendung, daß die Sozialdemokratie dem Befehl des Kaisers zum Gottesgnadentum die Forderung der Republik entgegenstehe. (Sehr gut! bei den Sozialdemokraten. Hör! hört! rechts.) Die Erfüllung sozialdemokratischer Ziele hätte den Zusammenbruch und die Voderung des Reiches zur Folge. (Lachen bei den Sozialdemokraten.) Die Sozialdemokratie will unsere bewährte Heeresorganisation beseitigen und an ihre Stelle ein schwächliches Milizsystem setzen. Unsere dann mangelhafte und schlecht gesehulte Armee soll schußlos dem waffenkräftigen Ausland ausgeliefert sein (Lachen bei den Sozialdemokraten).

um ihre verwerflichen Zukunftspläne zu verwirklichen, verlangt die Sozialdemokratie für Preußen die Einführung des Reichstagswahlrechts.

Es ist die Pflicht der Regierung, dem entgegenzutreten und alle partipolitischen und nationalen Kreise auf die darin enthaltene Gefahr aufmerksam zu machen. (Stürmischer Beifall rechts. — Lachen und Zurufe bei den Sozialdemokraten: Wahrede!) Von einer Rechtlosigkeit des preussischen Volkes kann nicht die Rede sein, denn in den alle Deutschen gleichmäßig berührenden großen nationalen wirtschaftlichen und sozialen Fragen haben alle Deutsche dasselbe Wahlrecht. (Sehr wahr! rechts.) Das abgestufte Wahlrecht zum Landtag aber, in dem die Angelegenheiten der ethischen Kultur, Kirche und Schule, der direkten Steuern und der inneren Verwaltung ihre Erledigung finden, ist eine politische Notwendigkeit. (Sehr wahr! rechts.) Preußen ist verpflichtet, sich das Wohl von innerer Festigkeit und Widerstandsfähigkeit gegen innere und äußere Feinde zu geben, deren auch das Reich auf die Dauer nicht entraten kann. (Lebhafte Zustimmung rechts. — Unruhe links.) Nach alledem kann die Einführung des Reichstagswahlrechts für Preußen nicht in Frage kommen. Es würde das eine Schwächung der Grundlagen bedeuten, die den preussischen Staat, wie der Abg. Bebel mehrfach anerkannt hat, zu dem festen Bollwerk gemacht haben, an dem die Wellen des Unsturzes sich brechen werden. (Stürmischer Beifall rechts: Juchan bei den Sozialdemokraten.)

Abg. Herr v. Jellity (l.): Im Magdeburger Fall teilen wir ausdrücklich die Ausführungen des Ministers. (Zurufe bei den Sozialdemokraten: Richtig!) Es war hohe Zeit, daß ausländischer Frechheit auch einmal deutscher Ernst gezeigt wurde. (Lebhafte Beifall rechts; große Unruhe bei den Sozialdemokraten.) Die Aufrechterhaltung des bestehenden Wahlrechts ist eine Pflicht Preußens gegen sich selbst und gegen das Reich. (Lebhafte Beifall rechts.)

Abg. Dr. Heideberg (nat.): Auch wir billigen die Auffassung des Ministers im Magdeburger Fall. (Hör! hört! bei den Sozialdemokraten.) Ausländer, die eine antinationale Politik betreiben, müssen ausgewiesen werden. (Lebhafte Zustimmung rechts und bei den Nationalliberalen: Hör! hört! bei den Sozialdemokraten.) Bei aller Achtung vor dem Wahlrecht kann es nicht die Aufgabe eines Ausländers sein, im fremden Lande eine Agitation zu betreiben. (Hör! hört! bei den Sozialdemokraten: Sehr gut! bei den Sozialdemokraten.) Rein, Bestrebungen zu unterstützen, die geeignet sein können, in erster und schwerer Zeit das Vaterland wehrlos zu machen. (Lachen bei den Sozialdemokraten.) Treiben Sie den Fall einmal um: einer Ihrer Freunde läme nach Frankreich, Sie sollen einmal sehen, was ihn dort passiert. (Sehr wahr! rechts. — Zurufe bei den Sozialdemokraten: Wir sind ja da gewesen, nichts ist uns passiert.) Eine Reform des preussischen Wahlrechts halten wir nach wie vor für eine der dringendsten Aufgaben der Gegenwart. Der Minister hat die Ausführungen des Abg. Leinert nicht vollständig bekräftigt. Die Bekämpfung der Sozialdemokratie im Interesse des Großkapitalismus und der Großindustrie gewendet, sondern er hat auch das Großgrundbesitzertum erwähnt und die vor ihm daran geknüpften Schlussfolgerungen kann ich nicht so ohne weiteres von der Hand weisen. (Stürmischer Beifall rechts.) Auch bei den bevorstehenden Wahlen wird der staatliche Verwaltungsapparat für die Konserativen arbeiten. (Sehr richtig! links.) Im übrigen war die Rede des Abg. Leinert ein krasses Beispiel für die Verbergung der Sozialdemokratie. Dieser Druck muß Gegenbruch erzeugen und deshalb ist die Sozialdemokratie ein Schrittmacher der Reaktion. Nur unter diesem Gesichtspunkte ist die Schadensfreude zu verstehen, mit der der Abg. Leinert die Niederlage des Liberalismus prophezeit hat. (Beifall bei den Nationalliberalen.)

Vizepräsident Dr. Persch rät den Ausdruck „Verbergung“ als zu scharf, wenn er sich auf Mitglieder des Hauses bezieht.

Abg. Rippmann (Sp.): Die Sozialdemokratie würde mit ihren Hebertreibungen keinen Boden im Volke gewinnen, wenn bei uns gesunde Zustände herrschten und ein gerechtes Wahlrecht bestünde. Gerade die Konserativen fördern durch ihre Politik die Sozialdemokratie. Auch das heutige Wort des Ministers, daß unter Wahlrecht der kulturellen Entwicklung dient, wird im Volke Erbitterung erwecken. Wenn der Abg. Leinert den Konserativen den Sieg bei den Landtagswahlen prophezeit, so ist das sehr leicht, denn die Sozialdemokratie bereitet diesen Sieg vor. (Lachen bei den Sozialdemokraten.)

Abg. Ströbel (Soz.):

Der freisinnige Held Rippmann gehört zu den Reaktionären seiner Partei. Und das will viel heißen. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Wie kann ein freisinniger von Hebertreibungen des Abg. Leinert sprechen, wo Leinert doch jede seiner Behauptungen bewiesen hat. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Dafür schließt Rippmann sich Herrn Dr. Friedberg an, diesem unsicheren Antunisten. (Sehr richtig! bei den

Sozialdem.) Man sieht wieder einmal, daß der preussische Liberalismus unter allen liberalen Parteien am tiefsten steht. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Ausgerechnet ein Freisinniger muß sagen, daß wir übertreiben, wenn wir behaupten, daß das Volk von den Junkern und Schlotbaronen angefochten wird. (Sehr gut! bei den Sozialdemokraten.) Es ist einfach nicht wahr, daß wir den Wahlsieg der Junker vorbereiten. Schuld daran ist die Wahlaktive des Freisinnigen, der sich mit den Nationalliberalen verbündete, die schämlere Feinde eines freien Wahlrechts sind, als das Zentrum. (Sehr richtig! b. d. Soz.) Die Nationalliberalen wollen durch Verfestigung der Drittelung in den Kreiswahlbezirken das bestehende Wahlrecht so ändern, daß die stärkste Partei des Landes auch nicht ein einziges Mandat erhalten würde. Mit dieser Partei hat der Freisinn einen Wahlpakt abgeschlossen und nicht mit den erblichen Kämpfern für das gleiche Wahlrecht. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Also, ab Rippmann oder Freiherr v. Jellity, das ist furchtbar schmutzig, diese Nuancen sind nicht sehr genau voneinander zu unterscheiden. Ein Zusammengehen mit uns wäre das einzige Mittel, um den Junkern zu Leibe zu gehen und die Reaktion zu schwächen. Es müssen endlich einmal

#### Wahlrechtsanfragen geklärt

und der Rasse gezeigt werden, was auf dem Spiele steht. Diese Courage wendet der Freisinn nicht auf und deshalb läte er besser, auf den Namen „Freisinn“ zu verzichten und sich zu den Nationalliberalen zu begeben. (Sehr gut! bei den Sozialdemokraten.) Dr. Friedberg hat dem Abg. Leinert vorgeworfen, daß er nur alte Ladienhüter vorgebracht hätte. Ist der Vorwurf, wir seien die Schrittmacher der Reaktion, kein alter Ladienhüter? Die Bemerkung Dr. Friedbergs von der freiheitlichen Entwicklung, die auch die Nationalliberalen wollen, kann von uns nur als ein unheimlicher Witz aufgefaßt werden. (Weiterkeit und Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Auch Dr. Friedberg verlangte eine Wahlrechtsreform von der Regierung. Eine Regierung, die nicht bedingungslos das Befehle der Mehrheit dieses Hauses zu erfüllen brauchte, mühte es allerdings für ihre erste Pflicht halten, endlich einmal das

#### feierlich gegebene Königswort einzulösen.

(Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Die Minister pflegen doch sonst sich als die Beauftragten der Krone hinzustellen. Minister v. Dallwitz hat sogar einmal erklärt, die Regierung würde die Reform nur dann machen, wenn sie die Gewähr hätte, daß Ruhe eintritt. Geben Sie das Reichstagswahlrecht für beide Geschlechter (Lachen rechts) und Sie werden die Ruhe haben, aber früher nicht. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Wenn ein Minister Forderungen der Agrarier jemals so gegenüber getreten wäre, wie heute Herr v. Dallwitz den Forderungen des Volkes, ich hätte einmal das Entschuldigungsgele dieser Patrioten hören mögen. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Aber dem Volk glaubt man alles, geben Gohn und Spat bieten zu können. Für diese Rechtlosigkeit des Volkes hat Dr. Friedberg kein Wort übrig gehabt. Dafür hat er das Vorgehen der Polizei in Magdeburg ganz in der Ordnung gefunden, und Freiherr von Jellity hat sogar von der Freiheit dieses Ausländers gesprochen. Nun, dieser französische Genosse war ein Gast des deutschen Volkes, ein Gast der Magdeburger Arbeiter. Was für ein Anlaß lag vor, ihn das Neben zu verbieten? Genosse Comper-Morel wollte in Magdeburg nichts anderes erklären, als was der Reichstagswahlrecht im Reichstag gesagt hat, nämlich, daß das französische Volk friedliebend ist. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Es muß dem deutschen Volk erlaubt sein, darauf hinzuweisen, daß die Bedrohung nicht dem Frieden dient, sondern daß durch sie nur der Chauvinismus in Frankreich und Deutschland gefördert wird. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Und trotzdem wird ein Mann ausgewiesen, der dazu beitragen will, daß die Gegensätze zwischen den beiden Kulturen gemildert werden. Wenn der Minister davon gesprochen hat, daß der Patriotismus gebot, diese Ausweisung vorzunehmen, so protestieren wir gegen einen solchen

#### Afsterpatriotismus.

Wir glauben, dem Patriotismus zu dienen, wenn wir die schwerdrückenden Rüstlasten vermindern und damit Mittel frei machen für wirkliche Kulturarbeit. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Der Minister behauptete, daß die Reden der sozialdemokratischen Abgeordneten inhaltlos seien. Na, inhaltlosere Reden als die der preussischen Minister findet man auf dem weiten Erdenrund nicht. (Lachen rechts.) Die deutsche Arbeiterschaft kann nicht auswandern, sie besteht nichts und muß im Lande bleiben. Das könnte ihnen aber so passen, wenn alle deutschen Arbeiter auswanderten und sie nur mit Ausländern weiter zu arbeiten bräuchten. Das sind rechtlose Soldaten, die sich nicht organisieren dürfen. Die Rede des Ministers hat bewiesen, daß er sich als Vertreter der bestehenden Klassen fühlt. Nur so ist sein Loblied auf die preussischen Arbeitergeder zu verstehen. Schließlich ist uns vorgeworfen worden, daß wir Republikaner sind. Es wäre ja verlockend, in eine Diskussion darüber einzutreten, ob ein vernünftiger Mensch überhaupt Monarchist sein kann. Ramentlich über die Erbinerarchie läßt sich selbst vom Standpunkt der Monarchisten aus sehr viel vortragen. Jedenfalls kann die große Masse des Volkes nicht begreifen, warum denn eine einzige Persönlichkeit berufen sein kann, einen so ungeheuerlichen Einspruch auszusprechen, selbst wenn er der Allerbegabteste wäre. Das Volk will nicht regiert und beherrscht werden, es will

#### sich selbst regieren.

(Sehr richtig! b. d. Soz.) Deshalb verlangt es das allgemeine, gleiche, geheime und direkte Wahlrecht. Wir werden triumphieren über alle Gewalten, die sie uns entgegenstellen, und die jubelnde Zustimmung unserer Ausführungen durch die Massen des Volks beweisen uns, daß die Massen des Volks nicht bei Ihnen, sondern bei uns sind. (Lebh. Beifall b. d. Soz.)

Abg. Herold (l.): Auch wir erstreben mit aller Energie ein neues Wahlrecht. (Lachen bei den Sozialdemokraten.) Eine Vereinfachung der Drittelung in den Kreiswahlbezirken lehnen wir ab, weil sie eine Verstärkung des plutokratischen Charakters des geltenden Wahlrechts bedeuten würde.

Abg. Rippmann (Sp.): Wir können es Ausländern nicht zusehen, sich in unsere inneren Angelegenheiten zu mischen. (Hör! hört! bei den Sozialdemokraten.) Die transalpine Nation scheint doch nicht so friedliebend zu sein, wie der Vorfall in Ranch bewiesen hat. Wenn die Sozialdemokraten Frankreich einen Krieg gegen uns verhindern wollten, würden sie ins Gefängnis oder ins Irrenhaus gesperrt werden. Die persönlich herabziehende Polemik des Abg. Ströbel verletzt den parlamentarischen Anstand. (Abg. Hoffmann: Nein, Ihre Anwesenheit. — Große Heiterkeit.) Herr Hoffmann bekämpft sich über Zwischenrufe! (Schallende Heiterkeit.) Wir sind aufrichtige Wahlrechtsfreunde. (Beifall b. d. Sp.)

Abg. Dr. Friedberg (nat.): Dem Abg. Hoffmann muß ich etwas abbiten. Er hat eben bewiesen, daß er doch noch vorreffliche Wege machen kann. (Weiterkeit.)

Ein Schlussantrag der Rechten wird angenommen.

Es folgen persönliche Bemerkungen.

Abg. Hoffmann (Soz.): Wenn Dr. Friedberg sich über meine schlecht gewordenen Wege beklagt, so erwidere ich ihm, daß ich meine Wege immer dem Objekt anpasse. Ni das Objekt so schlecht wie die nationalliberale Partei, so ist der Weg auch schlecht. (Große Heiterkeit.) Mein Zwischenspruch zu Herrn Rippmann bezog sich darauf, daß er, während Ströbel den Fortschrittler zumief, man solle Panfaren blasen lassen, rief:

#### Jawohl von hinten!!

(Minutenlange schallende Heiterkeit.)

Abg. Ströbel (Soz.): Ich habe Herrn Rippmann weder beleidigt, noch ihn abgesehen wollen. Uns kann es nur recht sein, wenn er noch recht viel solcher Reden hält, denn damit diskreditiert er sich und seine Partei.

Abg. Dr. Friedberg (nat.): Wie sehr es mit Herrn Hoffmanns Winken doch zurückgeht, beweist, daß er zur Rechtfertigung seiner

schlechten Wege über die nationalliberale Partei sogar eine geistige Anleihe bei Kaltefleiter gemacht hat, diesem Vertreter eines aristokratischen Egoismus, der zuerst gesagt hat, daß sich die Ehre dem Rittern anpasse nützen. (Heiterkeit.)

Abg. Hoffmann (Soz.): Wenn ich das wirklich getan habe, bin ich jedenfalls nicht durch den Anblick des Dr. Friedbergs auf den geistvollen Kaltefleiter gebracht worden. (Heiterkeit und Sehr gut! bei den Sozialdemokraten.)

Dem Landwirtschaftsrat wandel sich

Abg. Hirsch (Sp.) gegen Willkürlichkeiten des Landrats von Mejeritz bei der Vergeltung von Jagden.

Landwirtschaftsminister Herr v. Schorlemer kann das Vorgehen des Landrats von Mejeritz nicht billigen und wendet sich gegen die Ausführungen des Abg. Leinert bei der zweiten Lesung über Steuerhinterziehungen eines Gutsherrn bei Sersedt. Der Mehrbetrag der Pacht für die Pachtperiode 1905 bis 1923 gegenüber der Pachtperiode 1887 bis 1905 beträgt nicht 22 000 M., wie der Abg. Leinert behauptet hat, sondern 2400 M. (Hör! hört! rechts.) Der Gutsherr hat auch nicht 2700 M. Einkommen versteuert, sondern 12 300 M. Alle ziffermäßigen Angaben des Abg. Leinert waren falsch. (Hör! hört! rechts.) Ich überlasse es dem Hause, aus meinen Mitteilungen die entsprechenden Schlussfolgerungen zu ziehen.

Abg. Leinert (Soz.): Ich nehme an, daß die Angaben des Landwirtschaftsministers richtig sind und ich nehme deshalb meine Angaben zurück. Ich glaube, ritterlicher kann niemand handeln. Aber daß Sie (noch rechts) auch auf Grund falscher Information unrichtige Behauptungen aufstellen, das kann ich Ihnen aus einem Fall aus den Verhandlungen des Landesökonomikolligiums des letzten Jahres beweisen. Dort hat ein Dr. Kömis der sozialdemokratischen Landarbeiterorganisation vorgeworfen, daß sie die Landarbeiter zu Weinbergserleichterungen und Abbrennen der Getreidemieten aufgefordert hat. Der Vorsitzende des Landesökonomikolligiums, Graf Schwerin-Löwit, ist nun ersucht worden, zur Klärung dieser Angaben des Dr. Kömis beizutragen, und die Organisation der Landarbeiter hat die Antwort erhalten, daß sich Dr. Kömis auf Zeitungsberichte und mündliche Ergänzungen dazu gestützt habe. Sogar von christlichen Organisationen ist hervorgehoben worden, daß es sich um wahnsinnige zwecklose Maßnahme nichtorganisierter elender Weinbergsarbeiter handele und daß organisierte Arbeiter dabei nicht in Betracht kommen. Also Dr. Kömis war falsch berichtet. Also lassen Sie sich nur an Ihre eigene Nase. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Die sozialen Kosten der Landwirte sind nicht so erheblich. (Widerspruch rechts.) Die Landtrankassen gewähren keine ausreichende Krankenfürsorge und die Unfallrenten auf dem Lande sind mehr als gering. Dabei werden die Vorschriften der Unfallversicherung häufig gar nicht beachtet. Die neue Landarbeiterklasse des Bundes der Landwirte ist nur zu Wahlzwecken gegründet worden. Man will vor den Wahlen den Arbeitern vorzeigen, daß der Bund der Landwirte auch etwas für die Landarbeiter tue. In Wahrheit ist sie nur ein Greiffensmittel, die Arbeiter von der Landflucht abzuhalten und die Wählkasse des Bundes der Landwirte zu füllen. (Wahr! bei den Sozialdemokraten.)

Abg. Dr. Beder (l.): Die Sozialdemokraten mögen sich Zeit und Mühe sparen, sie haben keine Ahnung von der Landwirtschaft und den ländlichen Verhältnissen. Gerade in sozialdemokratischen Betrieben werden die Arbeiter am schlechtesten behandelt. In einem dem verstorbenen Abg. Singer nahegestandenen Betrieb hat man den Arbeiterinnen gesagt: Weht auf die Straße, wenn ihr mehr verdienen wollt. (Lärm bei den Sozialdemokraten. — Abg. Hirsch: Verleumdung!)

Präsident Graf Schwerin ruft den Abg. Hirsch zur Ordnung. Abg. Dr. Wagner (Sp.) führt aus, daß der Liberalismus der Landwirtschaft freundlich gegenüber stehe, als der Bund der Landwirte. (Lachen rechts.)

Abg. Dr. Köfide (l.): Man merke, daß die Wahlen vor der Tür stehen. Untere Landarbeiterklasse ist eine soziale Einrichtung. Die Vorwürfe der Linken sind hinfällig.

Ein Schlussantrag wird angenommen.

Abg. Leinert (persönlich): Durch den Schlussantrag bin ich verhindert, die Angriffe des Abg. Köfide zurückzuweisen. Was ich aber über die Sparfragen des Bundes der Landwirte gesagt habe, halte ich vollständig aufrecht. Auch auf die unerhörten Angriffe des Herrn Beder auf unseren verstorbenen Genossen Singer kann ich nicht eingehen. Er hat sich zum Kolporteur von Verleumdungen gemacht, die schon vor 26 Jahren gerichtlich als Verleumdungen gebrandmarkt worden sind.

Hierauf wird die Weiterberatung auf Mittwoch 11 Uhr vertagt. Schluss 6 Uhr.

## Aus Industrie und Handel.

Der Kohlenmarkt. Die Braunkohlensituation für die Erzeugungperiode 1912/13 zeigt einen neuerlichen Rückgang des Teinverbrauchs. Während die Produktion im März d. J. um 33 000 Hektoliter höher war als im März des Vorjahres, fiel der Teinverbrauch um 28 000 Hektoliter. Ein ähnliches Verhalten ergibt sich, wenn man die Erzeugung seit der letzten Karbifolierten berücksichtigt. Von Oktober 1912 bis März 1913 sind 47 Millionen Liter mehr erzeugt worden, als in der entsprechenden Zeit 1911/12. In den gleichen sechs Monaten stellte sich der Teinverbrauch aber um 9 Millionen Liter geringer. Dieser Rückgang ist um so beachtenswerter, als die Preise für Teinbraunkohl gerade am 1. Oktober 1912 um rund 18 M. herabgesetzt wurden. Durch die Liebesgabenpolitik der agrarischen Mehrheit können die Brenner natürlich die Lieberproduktion und den Teinverbrauch noch gut tragen. Die gewissenhafte Beobachtung des Braunkohlens ist daher nach wie vor Pflicht jedes aufgeklärten Arbeiters.

Wieder Kapitalbedarf im A.-E.-G.-Konzern. Die Wärtische Elektrizitätswerk-A.-G., die dem Konzern der Allgemeinen Elektrizitätsgesellschaft in Berlin angehört, nimmt 8 Millionen Mark Obligationen zu 5 Proz. auf. Diese Obligationen sollen nicht, wie die der Allgemeinen Elektrizitätsgesellschaft, sich automatisch auf einen 4½ Prozentigen Zinsfuß ermäßigen, sondern bis zur völligen Auslösung mit 5 Proz. verzinslich bleiben. Auch die großen Industriebankgelder sind also genötigt, ihre Kapitalbedürfnisse zu revidieren Bedingungen zu befrichtigen.

Besserung von Bergberrächen in Süddeutschland. Kolonialgesellschaften konnten bisher innerhalb ihres Konzeptionsgebietes das Schürfen (Ruffuchen) und Abbauen von Mineralien durch Dritte verhindern, auch wenn sie selbst nicht ihr Gebiet auf Mineralabbau unterhielten. Wegen dieser Inhaber von Bergberrächen, die ihr Gebiet verschließen, geht nun der Reichsminister durch eine Verordnung vor, die eine Besserung solcher verschlossenen Ländererente vorzieht. Jeder Inhaber von Bergberrächen, der Bergbau und Schürfreiheit einführt, ist von der Steuer befreit. Die Verordnung richtet sich in erster Linie gegen die A.-E.-G. und die Bergberrächen, die zu Spekulationszwecken jahrelang eine bergbauliche Erziehung ihrer Gebiete verhindert hat. — Die leichtfertige Hebertreibung von Rechten an privatkapitalistische Gesellschaften durch die Regierung muß jetzt so mühsam wieder rückgängig gemacht werden, nachdem sie sich für die Entwicklung der Kolonien als schädlich erwiesen hat.

Schuh werden teurer. Die Fabrikanten für Einheitspreis-Schuwaren (12,50 bezw. 16,50 M. das Paar) haben beschloffen, eine Preiserhöhung vorzunehmen. Zunächst soll dies in der „gemilderten“ Form geschehen, daß eine neue Preisliste von 12,50 M. sollen nur noch in verschlechterter Qualität geführt werden.

Der frühere Bleisöhrenverband ist, wie die „Ahn. Ztg.“ meldet, zunächst auf drei Monate neu gebildet worden. Die erste Verhandlung war die Erhöhung der Preise.



Die 9. (außerordentliche) Konferenz der Freien Vereinigung der Krankenkassen der Provinz Brandenburg.

Die sehr zahlreich besuchte war, tagte im „Marinehaus“ zu Berlin. Sie galt einer informierenden Besprechung der Mustererfassung der Krankenkassen nach der Reichsversicherungsordnung.

Referent über den allgemeinen Teil war Albert Söhn. Der Redner ging eine Reihe von wesentlichen Bestimmungen durch und gab dann an der Hand des Entwurfs für allgemeine Ortskrankenkassen bei einzelnen der Ausschüsse der Geschäfts-führenden Ausschüsse der Freien Vereinigung Ausdruck.

Es trat dann eine Pause ein. Ueber die Leistungen referierte darauf Stablenzer. Er gab zunächst eine Uebersicht über die Leistungen nach den Bestimmungen der Reichsversicherungsordnung.

wäre aufzunehmen. Familienhilfe wäre wünschenswert, ihre Aufnahme aber erst zu empfehlen, wenn die anderen Unterstühtungen voll ausgebaut seien.

Der Vorsitzende Simanowski erklärte darauf, daß wohl keiner der Referenten darauf werde eine Antwort geben können, da das Oberversicherungsamt selber nicht Bescheid wisse.

Jugendbewegung.

Die Gegner der freien Jugendbewegung haben nicht nur das Recht, den § 17 des Reichsvereingesezes in ihren Veranstaltungen nach Verlesung zu überlesen, auch in ihren Mitteilungsorganen erörtern sie beständig politische Angelegenheiten.

Gerichts-Zeitung.

Der Affessor, der mit Biergläsern wirft.

Wegen gefährlicher Körperverletzung hat die Strafkammer beim Amtsgericht Reuckettin am 21. Dezember v. J. den Gerichtsaffessor Siegmund Schreie zu 600 M. Geldstrafe verurteilt.

Ein Prozeß wegen umfangreicher Wechselkäufungen und gewerbmäßigen Wuchers

beschäftigte in zweitägiger Verhandlung unter Vorsitz des Landgerichtspräsidenten Simonson die 4. Strafkammer des Landgerichts I. Angeklagt wegen schwerer Urkundenfälschung und Betruges war der Kaufmann Hans Goldstein.

von 95 M. zu erlangen, eine Schuldenlast von 350 M. auf sich nehmen müßte. Für jedes vermittelte Geschäft erhielt Goldstein 25 M., und da Oppenheim die Uhren mit zirka 60—70 M. pro Stück kaufte, stellte sich für ihn der Verdienst auf 170 M., bei einem Anlagekapital von 155 M. (Darlehen 95 M. und Ubr 60 M.).

Magde Zeising auf der Anklagebank.

Der frühere Metropolitenerstar Magde Zeising gab gestern an einer für sie etwas ungewöhnlichen Stätte ein kleines Gastspiel, nämlich vor der Strafkammer des Landgerichts I. vor der sie sich wegen fahrlässiger Körperverletzung zu verantworten hatte.

Wirkung der Strafgesetzwelle.

Durch eine Bestimmung der Strafgesetzwelle ist der Arbeiter Josef Sternbrüd, der zugleich mit seinem 13jährigen Sohne unter der Anklage des Diebstahls vor der 4. Strafkammer des Landgerichts III von der ihm drohenden längeren Zuchthausstrafe verschont geblieben.

Wasserstands-Nachrichten

Table with 4 columns: Wasserstand, am 14. 4., um 13. 4., am 15. 4. Lists water levels for various locations like Memel, Regal, Weisfel, etc.

+) bedeutet Hoch, — Fall, — ) Unterpegel.

Briefkasten der Redaktion.

Die juristische Sprechstunde findet am Donnerstag 60. vorn vier Treppen - Parkstr. 1., wochentags von 1/2 bis 7 1/2 Uhr abends, Sonnabends von 4 1/2 bis 6 Uhr abends statt.

Medie - Anspruch auf Rente für den Invaliditätsfall, Altersrente und die Möglichkeit der Heilbehandlung - verloren gehen. Die Ansprüche aus der Versicherung des Mannes sind erheblich geringer. - W. W. 500. Klagen die beim Gemeindericht auf Herausgabe der Papiere und auf Zahlung des angemessenen Lohnes. - N. R. 100. Dingt daran ab, ob unsere Gemeindefürsorge den Anlag gebildet hat und nachgelassen werden kann. - N. R. 20. Nicht Katholik. - W. Rm. 33. 1. Sa. § 630 des Bürgerlichen Gesetzbuchs. 2. Bisher noch nicht. - Pantow 11. Ja, richtet sich nach der Höhe des Objekts. 3. und 4. Ja. 4. Eltern können Vorkaufsrecht verlangen. - N. W. 19. Soment Ihre Darstellung erkennen läßt, ist Auszahlung jetzt nicht zu erlangen. - C. R. 15. Wiederholen Sie die Klagen und geben Sie noch an, wann Sie die zweite Ehe geschlossen haben und wo der erste Ehegatte gewohnt ist. - E. R. Ja. - 59. Die Beschlagnahme ist auch wegen der rückständigen Mieten

zulässig. Zutritt ist das möglich ist, kann ohne Angabe der Höhe des Verdienstes nicht gelang werden. Eine Herabsetzung der Mieten, die schon unter dem üblichen Satz festgelegt ist, ist nicht zu erreichen. Im übrigen ist es zweckmäßig, sich mit dem Vormund, wenn möglich gütlich zu einigen. - N. R. 1234. Die Stellung nach der Arbeitsstelle ist günstig. Die öffentliche Justiz ist bei Gericht zu beantragen unter Überreichung von Beweisen dafür, daß die Adresse nicht zu ermitteln ist. - N. R. 300. Die Bekräftigung ist nicht ausgeschlossen. - N. R. 100. Bei einem Vermögen von mehr als 6000 M., sofern ein steuerpflichtiges Einkommen von jährlich mehr als 2000 M. vorhanden ist. Ist dieses nicht vorhanden, dann erst bei einem Einkommen von 20.000 M. - Noabit 12. Falls Ihr Sohn auf der ersten Lehrstelle denselben Beruf erlernt hat, muß das Halbjahr angerechnet werden, selbst dann, wenn von der behaupteten Berechnung abgesehen wird. § 130a Absatz 1 der Gewerbeordnung läßt eine

längere als 4jährige Lehrzeit nicht zu. Hat Ihr Sohn aber das erste Halbjahr in einem anderen Berufe gelernt, so erscheint die behauptete Berechnung bedenklich. - W. W. 42. Wir wissen das Jahr auch nicht. - W. W. 15. Freier Arbeiterbund, Adresse: Herrn Dollé, Charlottenburg, Sophie-Charlotten-Str. 47. - N. R. 99. Darüber sind wir leider nicht informiert. - E. W. 36. Darb. groß, auch schamlos und unanständig. - N. R. 28. 1. bis 3. Werden sie sich an das Konsulat, zu ersehen im Verzeichnis. - N. R. 100. Derartige Angelegenheiten registrieren wir nicht. - W. R. 64. Bahnstraße: 19 Kilometer, Chauffee eine Kleinigkeit mehr. Von welcher Stelle aus zu berechnen ist, darüber kennen wir keine Bestimmungen. - Jean Paul. 3 Jahre. - Stargard 200 und W. W. 31. 1908 gab es noch keine Sozialdemokraten im Landtage. Unsere Partei ist erst seit 1908 dort vertreten. - Renabruker. Auf der Rembahn Zehlendorf.

### Todes-Anzeigen

**Sozialdemokratischer Wahlverein I. d. 8. Berl. Reichstagswahlkreises.**  
Den Mitgliedern zur Nachricht, daß unser Genosse, der Silberarbeiter  
**Robert Ullrich**  
(Bezirk 220) gestorben ist.  
Ehre seinem Andenken!  
Die Beerdigung findet morgen Donnerstag, den 17. d. M., nachmittags 3 Uhr, von der Leichenhalle des Central-Friedhofes in Friedrichsfelde aus statt.  
Um rege Beteiligung ersucht  
Der Vorstand.  
208/11

**Sozialdemokratischer Wahlverein I. d. 4. Berl. Reichstagswahlkreises.**  
Görlitzer Viertel. Bez. 207 II.  
Den Mitgliedern zur Nachricht, daß unser Genosse, der Arbeiter  
**Karl Hartmann**  
Reichenberger Str. 89, gestorben ist.  
Ehre seinem Andenken!  
Die Beerdigung findet am Donnerstag, den 17. April, nachmittags 4 Uhr, von der Leichenhalle des Central-Friedhofes in Friedrichsfelde aus statt.  
Um rege Beteiligung ersucht  
Der Vorstand.

**Deutscher Metallarbeiter-Verband**  
Verwaltungsstelle Berlin.  
Den Kollegen zur Nachricht, daß unser Mitglied, der Schlichter  
**Hugo Hartmann**  
Dresdener Str. 79, am 14. d. M. an Herzschlag gestorben ist.  
Die Beerdigung findet am Donnerstag, den 17. April, nachmittags 3 Uhr, von der Leichenhalle des Central-Friedhofes in Friedrichsfelde aus statt.  
Ferner hat unser Mitglied, der Metallarbeiter  
**Robert Ullrich**  
Eppelner Str. 25, am 14. d. M. an Magenleiden.  
Die Beerdigung findet am Donnerstag, den 17. April, nachmittags 4 Uhr, von der Leichenhalle des Central-Friedhofes in Friedrichsfelde aus statt.  
Ferner hat unser Mitglied, der Metallarbeiter  
**Karl Hartmann**  
Reichenberger Str. 89, am 13. d. M. an Rippenfellentzündung.  
Die Beerdigung findet am Donnerstag, den 17. April, nachmittags 3 Uhr, von der Leichenhalle des Central-Friedhofes in Friedrichsfelde aus statt.  
Ehre ihrem Andenken!  
Rege Beteiligung erwartet  
116/10 Die Ortsverwaltung.

**Deutscher Transportarbeiter-Verband.**  
Bezirksverwaltung Groß-Berlin.  
Den Mitgliedern zur Nachricht, daß unser Kollege, der Arbeitsführer  
**Adolf Jubelt**  
am 13. April im Alter von 40 Jahren verstorben ist.  
Ehre seinem Andenken!  
Die Beerdigung findet am Mittwoch, den 16. April, nachmittags 5 Uhr, von der Leichenhalle des Central-Friedhofes in Friedrichsfelde aus statt.  
Um rege Beteiligung wird ersucht.  
Den Mitgliedern ferner zur Nachricht, daß unser Kollege, der Autofahrer  
**Karl Vorpahl**  
am 13. April im Alter von 26 Jahren verstorben ist.  
Ehre seinem Andenken!  
Die Beerdigung findet am Mittwoch, den 16. April, nachmittags 4 Uhr, von der Leichenhalle des Central-Friedhofes in Friedrichsfelde aus statt.  
64/3 Die Bezirksverwaltung.

Für die herzliche Teilnahme bei der Beerdigung meines lieben Gatten, unseres guten Vaters  
**Waldemar Schewe**  
sagen wir allen Freunden, Bekannten, Verwandten, Kollegen und Genossen unseren herzlichsten Dank.  
Witwe Luise Schewe  
nebst Kindern.

**Zentral-Verband der Töpfer u. Berufsgenossen Deutschlands.**  
Filiale Groß-Berlin.  
Den Mitgliedern zur Nachricht, daß unser Kollege  
**Otto Schulz**  
(Bezirk Weihensee)  
am 13. April an einer Gehirnblutenzählung im Alter von 38 Jahren verstorben ist.  
Ehre seinem Andenken!  
Die Beerdigung findet heute Mittwoch, den 16. April, nachmittags 4 Uhr, von der Leichenhalle des Central-Friedhofes in Weihensee aus statt.  
192/6 Der Vorstand.

Am 12. April verschied nach langem schweren Leiden mein lieber Mann, unser guter Vater und Schwelgervater  
**Wilhelm Münster.**  
Die trauernden Hinterbliebenen.  
Die Beerdigung findet am Mittwoch, nachmittags 4 1/2 Uhr, von der Leichenhalle des Central-Friedhofes in Buch aus statt.  
142/3 Der Vorstand.

**Deutscher Bauarbeiter-Verband.**  
Sektion der Putzer.  
Den Mitgliedern zur Nachricht, daß unser Mitglied, der Kollege  
**Wilhelm Münster**  
am 12. d. M. im Alter von 49 Jahren an Herzschwäche gestorben ist.  
Ehre seinem Andenken!  
Die Beerdigung findet am Mittwoch, den 16. April, nachmittags 4 1/2 Uhr, von der Leichenhalle des Central-Friedhofes in Buch aus statt.  
142/3 Der Vorstand.

**Deutscher Buchbinder-Verband.**  
(Zahlstelle Berlin.)  
Den Mitgliedern die traurige Nachricht, daß unser Kollege  
**Wilhelm Herder**  
plötzlich gestorben ist.  
Ehre seinem Andenken!  
Die Beerdigung findet Mittwoch, den 16. April 1913, nachmittags 3 Uhr, auf dem Grotzsch-Friedhof, Boghagener Straße, statt.  
Zahlreiche Beteiligung erwartet  
23/16 Die Ortsverwaltung.

Allen Freunden und Bekannten die traurige Mitteilung, daß meine liebe, gute Frau  
**Emilie Günther**  
geb. Höhne  
nach langem, schweren Leiden am 12. April gestorben ist.  
Die Beerdigung findet am Donnerstag, den 17. April, nachmittags um 4 Uhr im Krematorium in Berlin, Gerichtstr. 37/38, statt.  
**Fritz Günther,**  
ehem. Wadmalmaschinenbauer,  
4036 Köpenick, Eichenallee 7.

**Danksagung.**  
Für die erwiesene Teilnahme bei der Beerdigung meines lieben Mannes, unseres guten Vaters, sagen wir allen Freunden, Bekannten und Verwandten unseren herzlichsten Dank.  
**Auguste Schmidt**  
und Kinder.  
Elegy, Humboldtstr. 20.

Für die vielen Beweise herzlicher Teilnahme und Kranzpenden bei der Beerdigung meines Mannes, Vaters und Bruders sagen wir hiermit allen Verwandten, Freunden und Bekannten, insbesondere dem 4. Berliner Reichstags-Wahlkreis, dem Deutschen Holzarbeiter-Verband, der Firma Schänke, dem Gesangsverein, dem Berliner Arbeiterbund, Kaufmanns-Vereinigung und allen Bundesbrüdern unseren besten Dank.  
Frau Ww. Elise Herrmann  
und Sohn.

## Verband der Schneider.

**Filiale Berlin.**  
Sebastianstr. 37/38. Telephon: Amt Moritzplatz. 9737.  
Donnerstag, den 17. April, abends 8 1/2 Uhr,  
im Lokal von Gabriel & Jäger, Zehdenicker Straße 10:  
**Versammlung der Zwischenmeister für die Hosen- und Westenbranche.**  
Tagesordnung:  
1. Die Lehren der diesjährigen Lohnbewegung. Referent: Kollege Krienke. 2. Wahl der Bestellungs- und Verhandlungskommission. 3. Verschiedenes. 163/13  
Zahlreiches Erscheinen erwartet  
**Die Kommission.**

# Knorr

**Suppen - die besten! Es gibt 45 Sorten Knorr-Suppen. 1 Würfel für 3 Teller 10 Pf.**

**Westmanns Trauermagazin**  
Extra-Abteilung  
I. Gesch.: Berlin W., Mohrenstraße 37a (2. Haus von der Jerusalemstraße).  
II. Gesch.: Berlin NO., Große Frankfurter Str. 115 (2. Haus von der Andreasstraße).  
Sehr gr. Ausw. fert. Kleider, Hüte, Handschuhe, Schleier etc. v. einfachsten bis zum hocheleganten Genre zu außerordentlich niedrigen Preisen.  
Sonder-Abteilung: **Haarverfertigung** in 10 bis 12 Stunden.

**Reuters Werke**  
3 Bände 4 Mark  
Buchhandlung Vorwärts

**Schwarze Kleidung**  
Fertig am Lager:  
Gehrock-Anzüge 70, 80, 36 M.  
Smoking-Anzüge 80, 90, 60 M.  
Cutaway u. Westen 65, 50, 99 M.  
40, 36, 99 M.  
Beinkleider 15, 15, 8 M.  
12, 10, 8 M.  
Feinste schwarze Kleidung für Knaben und Junglinge in größter Auswahl  
Feine Maß-Anfertigung in ca. 10 Stunden  
**Baer Sohn**  
Kleider-Werke  
Berlin, Gutz 121.  
Chausseestraße 29 - 30.  
11, Bruckestraße 11.  
Gr. Frankfurter Str. 29  
Schöneberg, Hauptstr. 10

**Danksagung.**  
Für die Beweise herzlicher Teilnahme und die vielen Kranzpenden bei der Beerdigung unserer lieben Tochter  
**Liesbeth Maaß**  
sagen wir allen Beteiligten sowie den Kollegen der Firma Vilsch und Heinrichs und den Konsumangehörigen der IV. Verkaufsstelle unseren besten Dank.  
**Ernst Maaß und Frau.**



## Deutscher Metallarbeiter-Verband.

**Verwaltungsstelle Berlin.** C. 54, Finienstr. 83-85.  
Telephon: Amt Norden 1987. Amt Norden 186. Amt Norden 1239, 9714.  
Verwaltung: Kassierer: Arbeitsnachweis:  
Telephon: Amt Norden 1987. Amt Norden 186. Amt Norden 1239, 9714.  
Donnerstag, den 17. April 1913, abends 8 1/2 Uhr:  
**Mitglieder-Versammlung**  
der Klempner  
in den Muster-Heizkellern, Kaiser-Wilhelm-Straße 18m.  
Tagesordnung:  
1. Vortrag des Genossen Dr. Breitfeld. 2. Diskussion. 3. Wahl der Schlichtungskommission. 4. Branchenangelegenheiten.  
Mitgliedsbuch legitimiert.  
Da in dieser Versammlung auch die neuen Tarife ausgegeben werden, ist zahlreicher Besuch erforderlich.

Donnerstag, den 17. April 1913, abends 8 1/2 Uhr:  
**Versammlung**  
aller in den Eisengießereien beschäftigt. Maschinenformer  
in den Grotzsch-Sälen, Köpenicker Straße 67.  
Tagesordnung:  
1. Die Vereinbarung von 1911. 2. Branchenangelegenheiten und Verschiedenes.  
Mitgliedsbuch legitimiert.  
Zahlreiches Erscheinen wird erwartet.

**Achtung! 16. und 17. Bezirk. Achtung!**  
Donnerstag, den 19. April 1913, abends 8 Uhr in der Treptower Sternwarte: Vortrag des Direktors Dr. F. S. Archenholz: Eine Reise zum Südpol und ein Blick ins Weltall.  
Die Kollegen, die zu dem Vortrag tickets entnommen haben, werden ersucht, pünktlich zu erscheinen.  
116/9  
**Achtung, Dreher!**  
Die Vertrauensmänner-Konferenz findet nicht am Donnerstag, den 17. April, sondern am Donnerstag, den 24. April, in den Muster-Heizkellern (großer Saal) statt.  
Die Ortsverwaltung.

**Buchhandlung Vorwärts**  
Lindenstraße 69.  
Soeben erschien:  
**Die Kaserne.**  
Ein Roman aus dem Leben unter den Fahnen - von  
**Joh. Ferch.**  
Preis broschiert 3 M., gebunden 4 M.  
Ein österreichisches Seitenstück zu Boyerleins Roman: Jana oder Sedan? - In Oesterreich verboten.

**Wo?** ist der schönste Ausflugsort?  
Immer noch **Viehlewerder**,  
an der neuen **Beertrake** beim **Alten Freund**.

# Erstklassig!

## Unsere Marine

### 2 Pfg. Cigarette

Georg A. Jasmatzi Akt. Ges. Dresden  
Größte deutsche Cigarettenfabrik

**Modernste Maß-Anfertigung**  
aus deutschen englischen und schottischen Stoffen

Neuzeltige Moden  
Vorzüglicher Sitz  
Mäßige Preise

Anzüge nach Maß  
48.- 60.- 70.- 80.- 95.- M.

Hosen nach Maß  
12.- 15.- 18.- 22.- 27.- M.

Paletots u. Ulster nach Maß  
45.- 54.- 65.- 75.- 85.- M.

Wegen des zum Pfingstfest eintreffenden Andranges sind umfangreiche Vorkehrungen getroffen, um alle Aufträge in sorgfältigster Weise ausführen zu können

# Kleiderwerke Baer Sohn

Chausseestr. 29-30 Berlin 11, Brückenstr. 11  
Gr. Frankfurterstr. 20 Geogr. 1891 Schönbr. Hauptstr. 10  
Sonntag 12-2 geöffnet Nachdruck verboten

Haupt-Katalog Nr. 47 kostenfrei

# Garbáty

## Cigaretten

# Qualität

**Sie bilden sich ein**  
neue Wäsche zu sehen, wenn Sie sie mit Persil gewaschen haben, so blendend weiss, frisch und duftig ist sie danach geworden. Einfachste Anwendung, billig im Gebrauch und absolut unschädlich

**unter Garantie!**  
Überall erhältlich, nie lose, nur in Original-Paketen.

# Persil

das selbsttätige  
**Waschmittel**  
Der grosse Erfolg!

HENKEL & Co., DÜSSELDORF. **Henkel's Bleich-Soda.**  
Nach Fabrikanten der alkalischen



### Theater.

Mittwoch, 16. April 1918.  
Anfang 7 1/2 Uhr.

**Königl. Opernhaus.** Samson und Dalila.

**Königl. Schauspielhaus.** Ariadne auf Naxos.  
Deutsches. Hamlet.  
Anfang 8 Uhr.

**Urania.** In den Dolomiten.  
Zefirus. Das Konzert.  
Deutsches Schauspielhaus. Der Tummelplatz.  
Kammerspiele. Einnahme von Bergop-Zoom.  
Königgrüner Straße. Das Buch einer Frau.  
Theater des Westens. Wiener Blut.  
Berliner. Himmelsberg.  
Kleines. Professor Bernhardt.  
Kurfürstendamm. Lucia.  
Deutsches Opernhaus. Das Mädchen aus dem goldenen Westen.  
Schiller O. Klein Dorrit.  
Schiller-Charlottenburg. Cyrano von Bergerac.  
Komödienhaus. Hochherzogliche Wohnungen.  
Metropol. Die Kino-Königin.  
Trianon. Wenn Frauen reisen.  
Reichshallen. Die Frau Präsidentin.  
Walhalla. Sappho.  
Montis Operetten. Der Zigeunerprimas.  
Groß-Verkauf. Das Hartermädchen.  
Luisen. Im wunderschönen Monat Mai.  
Kopf und Schwert.  
Herrnfeld. Die Edelweissblüher.  
Liebesprobe.  
Cafino. Arturs Flitterwochen.  
Wintergarten. Spezialitäten.  
Reichshallen. Stettiner Sänger.  
Walhalla. Parole Walhalla.  
Zirkus Albert Schumann. Gala-Vorstellung.  
Anfang 8 1/2 Uhr.

**Theater am Kollendorfsplatz.**  
Extrazug nach Nizza.  
Friedr. - Wilh. Schauspielhaus. Grigori.  
Luisenparkhaus. Maschke.  
Folies Caprice. Des Löwen Erwachen. Der Rehböck. Floß Seitenprünge.  
Anfang 8 1/2 Uhr.

**Neues Volkstheater.** Selben.  
Anfang 9 Uhr.

**Admiralspalast.** Eisballett: Hitz in St. Moritz.  
Berliner Eispalast. Lebende Eis-Skulpturen.

**Stierwarte.** Invalidenstr. 57-62.

**Theater des Westens.**  
8 Uhr (zu bedeutend ermäßigter Preis):  
**Wiener Blut.**  
Sonntag 8 1/2 Uhr: Der liebe Augustin.

### Schiller-Theater O. Theater.

Mittwoch, abends 8 Uhr:  
**Klein Dorrit.**  
Donnerstag, abends 8 Uhr:  
**Der Andere.**  
Freitag, abends 8 Uhr:  
**Der Andere.**

### Schiller-Theater Charlottenburg.

Mittwoch, abends 8 Uhr:  
**Cyrano von Bergerac.**  
Donnerstag, abends 8 Uhr:  
**Uriel Acosta.**  
Freitag, abends 8 Uhr:  
**Cyrano von Bergerac.**

### Berliner Theater.

8 Uhr: **Filmzauber.**

### Theater in der Königgrätzer Straße.

Abends 8 Uhr:  
**Das Buch einer Frau.**

### Residenz-Theater.

Abends 8 Uhr:  
**Die Frau Präsidentin.**  
(Madame la Présidente).  
Morgen und folgende Tage:  
**Die Frau Präsidentin.**  
Sonntag nachmittags 3 Uhr:  
**Ein Walzer von Chopin.**

### Theater am Kollendorfsplatz.

Am allen Tagen der Woche 8 1/2 Uhr:  
**Extrazug nach Nizza.**  
Sonabend nachm. 8 1/2 Uhr: 3. Auff. der Opernschule d. Sternchen Konzers.  
**Montis Operetten-Theater**  
(fr. Neues Theater). Kunst Norden 1141.  
Abends 8 Uhr:  
**Der Zigeunerprimas.**

### Luisen-Theater.

Mittwoch, abends 8 Uhr:  
**Im wunderschönen Monat Mai.**  
Donnerstag, abends 8 Uhr:  
**Der 100 Jahre**  
oder: Napoleons Sieg und Fall.  
Freitag, abends 8 Uhr:  
**Im wunderschönen Monat Mai.**

### ROSE-THEATER

Große Frankfurter Str. 132.  
Anfang 8 Uhr.  
**Kopf und Schwert.**  
Lustspiel in 5 Akten von R. Gutzkow.  
Donnerstag: **Wilhelm Tell.**

### Trianon-Theater.

Täglich 8 Uhr:  
**Wenn Frauen reisen . . . .**  
Sonntag 9 Uhr: Der selbige Teufel.

## Urania.

Taubenstraße 48/49.  
Wissenschaftliches Theater.  
Abends 8 Uhr:  
**In den Dolomiten.**

## Metropol-Theater.

Abends 8 Uhr:  
**Die Kino-Königin.**  
Operette in 3 Akten von Paul Freund und G. Olfendörff.  
Musik von **Jean Gilbert.**  
In Szene gesetzt v. Dir. Rich. Schulz.  
Karl Bachmann J. Giampietro  
G. Thielscher V. Norbert  
H. Ballot J. Russka Ly Winter

### Germania-Prachtsäle

N., Chausseestr. 110. K. Richter.  
Heute Mittwoch:  
Paul Mantheys  
Iustige Sängers.  
Anfang 8 Uhr. Eintritt 30 Pf.  
Nachdem **Freitag.**  
— Vorzugskarten gelten. —  
Morgen Donnerstag:  
**Großes Militär-Frei-Konzert.**

# Joco Kino

Ausstellung in der Ausstellungshalle am Zoo  
Berlin, 12. April - 14. Mai  
1918

## „Clou“ :: Berliner :: Konzerthaus

Mauerstraße 32. — Zimmerstraße 90/91.  
**Großes Doppel-Konzert.**  
Gastspiel des Philharmonischen Blasorchesters  
aus Mailand. Dirig. Maestro Loreto Tesone.  
Musik. 2. Garde-Regiments z. F. Dirig.: Oberm. Graf.  
Anfang 8 Uhr. Eintritte 50 Pf. Anfang 8 Uhr.  
**Der „Clou“ bleibt bis Mitte Mai geöffnet.**

### Deutsches Schauspielhaus

8 Uhr: **Der Dummkopf.**  
(Johann Heiberg: Harry Walden.)

### Passage-Panoptikum

**DER SKELETTMENSCH**  
Das Wunder atavistischen Verschlebens. **LEBEND!**  
FUSSKÜNSTLER SARTON  
**Der armlose PAGANINI**  
Alles lebend!  
Alles ohne Extra-Entree!

### Admiralspalast Eis-Arena

Abends 9 Uhr:  
Das sensationelle Eisballett  
**Flirt in St. Moritz.**  
Die kleine Charlotte.  
Bis 6 Uhr und von 10 1/2 Uhr  
halbe Kassenpreise.  
Restaurant I. Ranges.  
Wein- und Bier-Abteilung.

Nur noch 2 Tage!

## Circus Carré.

Pankow  
Berliner, Ecke Binzstraße.

Mittwoch, den 16. April:  
**2 Große 2**  
**Gala-Festspiele.**

Nachmittags zahlen Kinder nur halbe Preise.  
8 Uhr

**85 Attraktionen 85**

Fahrverbindung:  
Straßenbahn Nr. 47.  
Billett-Vorverkauf bei **A. Wertheim.**

## Herrnfeld Theater

# Schonzeit-Jäger.

Komödie in 2 Akten von Anton u. Donat Herrnfeld.  
**Liebesprobe.**  
Plauderei in 1 Akt v. Ernst Klein.  
Anfang 8 Uhr.  
Vorverkauf 11-2 (Theaterkasse).

**Theater Königstadt-Casino.**  
Gde Holzmarkt u. Alexanderstraße.  
1 Minute u. Bahnh. Jannowitzbrücke  
**Ich komme von Herrn Meyer!**  
und das erstklassige Spezialitäten-Programm.

**Walhalla-Theater.**  
Reinbergsweg 19/20. Täglich 8 1/2 Uhr  
**Parole: Walhalla!**  
Große Fahrgrenze.  
Vorzugskarten haben täglich Gültigkeit.

Vorletzter Tag!

## Zirkus Albert Schumann.

Heute Mittwoch, 16. April,  
abends 8 Uhr:  
**Große Gala-Vorstellung.**  
U. a.:  
Direktor A. Schumann  
m. sein. neuesten Kreationen.  
Acrobatic - Doppel-Jockey - Act  
Gebr. Powell.  
Wettkegeln zu Pferde,  
geritten von 8 Herren.  
Miss Habel O'Brien  
Reitkünstlerin.  
Um 9 1/2 Uhr:  
**Das große Ausstattungstück:**  
Der unsichtbare Mensch.  
4 Bilder aus Indien.

### Casino-Theater

Rebstocker Str. 97. Täglich 8 Uhr.  
Nur noch bis Montag, den 5. Mai:  
Der urkomische Wessensflieger:  
**Arturs Flitterwochen**  
u. das glänzende erstklass. Programm.  
Sonntagmorgen: Pappas Seitensprung.  
Schluß der Saison: Montag, 5. Mai

### Folies Caprice.

Des Löwen Erwachen.  
Der Rehböck.  
Floß Seitenprünge.  
Freitag, den 19. April:  
**Premiere.**  
Anfang 8 1/2 Uhr. Vorverk. 11-2 Uhr.

### Boigt-Theater.

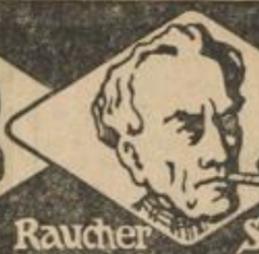
Badstraße 38.  
Mittwoch, den 16. April:  
**Das Mädchen auf Irrwegen.**  
Sensationsdrama in 4 Akten  
von E. G. Lutz.  
Kasseneröffn. 7 Uhr. Anfang 8 1/2 Uhr.

### Reichshallen-Theater

**Stettiner Sänger.**  
(Meyers, Britten, Schröder.)  
Anfang 8 Uhr.  
Sonntags 7 1/2 Uhr.

Für den Inhalt der Inserate übernimmt die Redaktion dem Publikum gegenüber keinerlei Verantwortung.

WYBERT
TABLETTEN
schützen



VOR HUSTEN
HEISERKEIT
KATARRH
Preis 1 Mk. erhältlich
in Apotheken & Drogerien

Achtung Problem-Raucher!

Es werden in letzter Zeit minderwertige Nachahmungen meiner seit Jahren bekannten Problem-Cigaretten in Verkehr gebracht...

Cigarettenfabrik Problem

Jedes Wort 10 Pfennig. Das fettgedruckte Wort 20 Pfg. (zuflüssig fettgedruckte Worte)...

Kleine Anzeigen

ANZEIGEN für die nächste Nummer werden in den Annahmestellen für Berlin bis 1 Uhr, für die Vororte bis 12 Uhr...

Verkäufe.

Hermannplatz 6. Wandbildhaus. Extrablätzer Kassettengänge. Bedruckt. Herrenpaletots. Herrensofen...

Wetten! Neue Betten, rolantete Paletots 6,90, 9,75, 12,75. Brautbetten 15,75, 18,75, 22,75. ...

John Prozent Rabatt Vorwärts-Lernen. Totalausverkauf von angekauften Gardinen, Stores, Kissen...

Blüchjes 40,00, 50,00 bis 80,00. Obenlanges 14,00 bis 25,00. ...

Erstklassige Fahrräder. Monatsrate 10 Mark. Louis Barth, Brückenstraße 10a, I. Etage. ...

Elektronische Versuchsanstalt. Berlin, Rathausstraße 12. ...

# Wie man „Geständnisse“ schafft und Morde „entdeckt“.

In den letzten Tagen ist die Öffentlichkeit mit Sensationsnachrichten überschüttet worden über die angebliche Entdeckung eines Mordes, der längere Zeit zurückliegen sollte. Es handelt sich um die Meldung, daß ein Dienstmädchen geschanden haben sollte, den Ghanoischen Niemann ermordet zu haben. Dieses angebliche Geständnis hatte ein Detektiv Schwarz herbeigeschafft, der als Beauftragter sich das Vertrauen des Dienstmädchens zu erschleiden suchte, sich mit ihr verlobte und die Ehe versprach. Inzwischen hat sich herausgestellt, daß das „Geständnis“ kein ernstes sein konnte und das wegen Mordes verhaftete Mädchen würde wieder auf freien Fuß gesetzt, nachdem sich die Behörde von der Grundlosigkeit der Anklage überzeugt hatte. Wie dieser Detektiv Schwarz „gearbeitet“ hat, geht aus einer Schilderung hervor, die das Dienstmädchen Elisabeth Heinrich einem Berichterstatter gegeben hat. Sie hat über die Affäre mitgeteilt:

„Mein Vater lernte im Januar durch den Polizeifergenanten Rein in einem Restaurant in Rummelsburg den „Wobfabrikanten“ Schwarz aus Oberspitta kennen. Rein erzählte meinem Vater, daß Schwarz sein Schulkamerad und jetzt ein wohlhabender Mann sei, der sich geschäftlich in Rummelsburg aufhalte. Einige Tage später erschien Schwarz bei meinem Vater, der Kapitler ist, und bat ihn, ihm doch am nächsten Tage, an dem sein Geburtsfest sei, ein Ständchen zu bringen. Bei dieser Gelegenheit lernte Schwarz mich und eine Freundin von mir kennen. Er war gleich außerordentlich lebensmüde zu mir und lud mich und meine Freundin zu der Geburtsfeier ein. Wir leisteten der Einladung Folge. Bei der Feier widmete sich Schwarz fortwährendlich mir, er sagte mir viele Liebeswörterlein und erzählte gelegentlich, daß er sich gern verloben möchte. Er habe in Oberspitta eine große Wobfabrik und könne es sich daher leisten, ein armes Mädchen, das ihm gefiele, glücklich zu machen. Schwarz besuchte uns nun in den folgenden Tagen regelmäßig; wir machten gemeinsam Spaziergänge, und er erklärte mir, daß er mich sehr gern habe, und fragte mich, ob ich wohl seine Frau werden möchte. Ich fühlte mich durch diesen Antrag des reichen Mannes sehr geschmeichelt; ich wünschte, daß viele andere junge Mädchen in Rummelsburg mich um die Bekanntschaft beneideten, und daß sie ihm nachliefen. Schwarz sprach auch mit meinem Vater, der die Einwilligung zu einem Verhältnis gab. Er lud mich nun oft ein und brachte mich mit vornehmen Herren zusammen. Wir waren häufig in dem Hotel Schöner, in dem Schwarz wohnte. Er besuchte dann des öfteren mehrere Tage, angeblich um Geschäfte zu machen. Als er im März wiederkam, brachte er Verlobungsringe mit, und wir verlobten uns. Die Verlobung wurde groß im Schwelgerhausem gefeiert. Ueberall, wohin ich kam, gratulierte man mir zu dem Glück, das ich machen würde. Ein Onkel von mir, der sich ärgerte, daß ich mich schon so schnell nach dem Tode meiner Mutter verlobt hätte, erkundigte sich in Oberspitta nach dem „Wobfabrikanten“ Schwarz und erhielt die Antwort, daß ein solcher in Oberspitta überhaupt nicht existiere. Von dieser Antwort machte er mir Mitteilung. Ich wollte sehr darüber nachdenken und war sehr aufgeregt. Als Schwarz am nächsten Tage zu uns kam, war ich still und sprach nicht mit ihm. Als ich ihn auf Besuchen den Grund mittelte, war er sehr aufgebracht und er forderte mich nochmals zu schreiben. Die Antwort, die ich nun erließ, bestätigte, was er mir gesagt hatte. Inzwischen hatte er mit viele Geschenke, eine goldene Uhr und Ketten, einen wertvollen Ring, ein Portemonnaie, einen Fächer und andere Geschenke gemacht. Als Gegengeschenk erhielt er von mir ein Reuchservice. Wir waren nun häufig abends im Hotel Schöner und plauderten dort bis in die späte Nacht. Eines Abends erzählte er mir, er habe von einem Freunde einen Brief erhalten, in dem dieser ihm mitteilte, daß ihm von der Familie Niemann der Verdacht geäußert sei, ich sei an der Ermordung des Ghanoischen Niemann beteiligt. Ich sollte ihm doch die Wahrheit sagen, zwischen Verlobten dürfe es kein Geheimnis geben, wenn ich wisse, wer den jungen Niemann ermordet habe, sollte ich es ihm ruhig sagen. Ich erzählte ihm den wahren Sachverhalt und blieb dabei, daß ich nicht wisse, ob jemand und wer den jungen Mann ermordet habe. Schwarz drang immer wieder darauf hin, daß ich es wissen und es ihm sagen müsse. Bei der Unterredung war es schließlich drei Uhr nachts geworden. Ich ging nicht nach Hause, sondern gab seinem Drängen, bei ihm zu bleiben, nach. Er sagte, daß ich das ruhig tun könne, da wir ja doch in nächster Zeit verheiratet sein würden.

Am nächsten Tage setzte er das Gespräch über den angeblichen Mord fort. Er drang sehr in mich, ich möchte ihm jetzt sagen, wer der Täter sei, und drohte mir schließlich damit, daß er, falls ich es nicht tat, die Verlobung aufheben und die Aufhebung in der Zeitung bekannt machen würde. Da ich dabei Angst hatte und befürchtete, er würde tatsächlich seine Drohung in die Tat umsetzen, ersand ich die Geschichte von dem angeblichen Mörder Schulz, der den jungen Niemann nach einem Streit ermordet haben sollte. Ich gab an, daß der Schulz in der Berliner Straße wohnte. Nun diktierte mir Schwarz einen Brief an Schulz, den ich, abgleich die Adresse ja falsch war, nicht zurückließ. Den Brief hat Schwarz behalten und als Vereismaterial, wie ich jetzt erfahren habe, gegen mich ausgenutzt. Am Montag voriger Woche holte mich Schwarz zum Spazierengehen ab; unterwegs hielt uns ein Mann an, der mich fragte, ob ich Präulein Heinrich sei und mir dann mitteilte, ich solle noch am selben Tage als Zeugin benommen werden. Wir gingen aufs Geratewohl und in Gegenwort der Amtsräthler, des Bürgermeisters und Schwarz' habe ich die Erzählung wiederholt. Ich habe das nur getan, weil Schwarz hinter mir hand, und weil ich befürchtete, ich könnte ihn, falls ich die Wahrheit sagte, verlieren. In der Nacht kam ich dann noch ruhiger Nachdenklich zu dem Entschluß, das falsche Geständnis zu widerrufen, und das habe ich denn auch am nächsten Morgen getan. Ich weiß weder, ob jemand den jungen Niemann ermordet hat, noch kenne ich den vermeintlichen Täter.

Es wird berichtet, daß das Mädchen einen glaubwürdigen Eindruck gemacht habe, was sich ja auch damit deckt, den die Behörden erhalten haben.

Gegen den Detektiv Schwarz, der in der Sache Niemann eine unrühmliche Rolle spielte, hat jetzt die Behörde wegen Anmündung eines öffentlichen Mordes ein Strafverfahren eingeleitet. Schwarz zeigte, als er in Rummelsburg in Pommer seine Nachforschungen begann, der Ortsbehörde eine solche Nachkarte vor, die nur die Aufschrift: „Detektiv Berlin“ trug. Die Behörde begnügte sich damit und glaubte in Schwarz einen Berliner Polizeibeamten vor sich zu haben. Diese Beamten aber wußten, wenn sie außerhalb des Bundespolizeibezirks Berlin tätig sind, sich den zuständigen Behörden durch ein mit dem Diensttitel über vorgesehene Behörden versehenes Schriftstück ausweisen. In Rummelsburg hat man das Schwarz nicht abverlangt. Man stellte ihm lediglich auf die Nachkarte hin den Polizeifergenanten zur Verfügung, der dann auch im Auftrage des Detektivs wiederholt Ermittlungen für ihn angestellt hat. Auch nach der angeblichen „Aufklärung des Verbrechens“ ließ Schwarz die Anklage zurück, auch in der öffentlichen Entlassungsanzeige in dem Rummelsburger Blatte: „Paul Schwarz, Detektiv, Unschuldigkeit am Mord des Ghanoischen Niemann, Berlin-Charlotten-

burg“. Zugleich mit der Behörde geht der Vater des Dienstmädchens Heinrich gegen Schwarz vor. Er hat bereits Strafantrag gegen ihn gestellt. Seine Kollegen sind mit dem Vorgehen des Detektivs ebenfalls nicht einverstanden. Die Detektivinstitute haben schon gegen die Art und Weise seines Vorgehens Stellung genommen.

## Partei-Angelegenheiten.

### Verband der Sozialdemokratischen Wahlvereine Berlin und Umgegend.

Das Sekretariat des Verbandes sowie das Sekretariat des Bezirksbildungsausschusses, das Jugendsekretariat und die Geschäftsstelle der Kinderschulkommission befinden sich

Berlin SW. 68, Lindenstraße 2.

Fernsprecher: Amt Morinplatz Nr. 14 629.

Briefe und Mitteilungen für den Verband der Wahlvereine sind zu richten an

Theodor Fischer, Berlin SW. 68, Lindenstraße 2.

Bert- und Geldsendungen an

Emil Bocke, Berlin SW. 68, Lindenstraße 2.

Briefe und Mitteilungen für den Bezirksbildungsausschuß an

Richard Seidel, Berlin SW. 68, Lindenstraße 2.

Die Adresse des Jugendsekretariats ist:

Richard Weimann, Berlin SW. 68, Lindenstraße 2.

Alle für die Kinderschulkommission bestimmten Sendungen richten man an

Emil Bocke, Berlin SW. 68, Lindenstraße 2.

Die Adresse des Vorsitzenden des Verbandes ist:

Eugen Ernst, Berlin SW. 68, Lindenstraße 3.

Fernsprecher: Amt Morinplatz Nr. 18 633.

Der geschäftsführende Ausschuß.

Zweiter Wahlkreis. Heute (Mittwoch) nachmittag findet die zweite Kind-Verstellung im Union-Theater, Antonbrauerlei, Potsdamer Platz. Wir bitten um zahlreiches Besuch; zur Führung kommen naturwissenschaftliche, geographische und auch humoristische Bilder für jung und alt.

Charlottenburg. Die Versammlung der III. Gruppe findet am Freitag, den 18. April, abends 8 1/2 Uhr, im kleinen Saal des Volkshauses statt. Referent: Genosse Fleiß.

Neufahrn. Heute findet bei Parisch, Hermannstr. 49, die Versammlung der Jugendsektion mit folgender Tagesordnung statt: 1. Vortrag. 2. Diskussion. 3. Verschiedenes. Wir bitten die jungen Arbeiter und Arbeiterinnen, in dieser Versammlung zu erscheinen und ihr gutes Gesicht zu zeigen. Diese Zusammenkünfte sind speziell für die jungen Genossinnen und Genossen eingerichtet.

Friedenau. Die Generalversammlung des Wahlvereins findet umfänglich daher nicht heute Mittwoch, den 16., sondern am Mittwoch, den 23. April statt.

Teltow. Heute Mittwoch, abends 8 Uhr: Außerordentliche Mitgliederversammlung des Wahlvereins im Lokal von Borsum. Tagesordnung: Bericht des Vorstandes und der Funktionäre und Rewahl derselben. Auffstellung von Wahlmännern in allen drei Bezirken.

Rudow. Sonntag, den 20. April, 5 Uhr nachmittags, bei A. Palm: Generalversammlung des Wahlvereins. Tagesordnung: 1. Bericht des Vorstandes und der Funktionäre. 2. Rewahl derselben. 3. Abrechnen vom Lichtbildvortrag. 4. Geschäftliches, 5. Vereinsangelegenheiten und Verschiedenes.

Röppick. Die Generalversammlung des Wahlvereins findet heute Mittwoch, abends 8 Uhr, im Stadttheater (Zuh. Otto) statt.

Spandau. Donnerstag, den 17. April, abends 7 Uhr: Flugplatzvereinbarung von den Bezirkslokalen aus. — Freitag, den 18. April, abends 8 Uhr: Öffentliche Volksversammlung. Tagesordnung: Die preussischen Landtagswahlen. Referent: Genosse Paul Brühl.

## Berliner Nachrichten.

Als Kandidaten der Sozialdemokratie für den vierten Potsdamer Landtagswahlbezirk sind auf übereinstimmenden Beschluß der Kreiskonferenz beider Reichstagswahlkreise Ober- und Niederbarum die Genossen Otto Braun, Adolf Hofer und Konrad Haensch aufgestellt worden.

### Schont die Anpflanzungen!

Jetzt, da die wärmere Jahreszeit die Jugend wieder mehr ins Freie lockt, sieht man, besonders in den öffentlichen Parkanlagen, alltäglich fröhliche Kinderchören spielen und sich tummeln. So sehr den Kindern das frohe Austomen zu gönnen ist, so bedauerlich erscheint es, daß hierbei den Blumenbeeten und den Sträuchern durchaus nicht die nötige Schonung zuteil wird. Bunte und Weiße werden unwillig abgerissen, Blumen zertrampelt und manche Bilanz somit in ihrem Wachstum gestört. Die kleinen Wisselkater ahnen wohl nur selten, wieviel Schaden sie einmal den Pflanzen und Sträuchern zufügen und welche Kosten und menschliche Mühe andererseits die Anlagen erfordern. Um dagegen einzugreifen mit Erfolg zu wirken, hat die städtische Schuldeputation die Leiter der Schulen angewiesen, die Kinder nicht nur eindringlich vor jeder unwilligen und vorsätzlichen Schädigung zu warnen, sondern Verständnis und Liebe für die Pflanzenwelt und die Schönheit der Natur in ihnen zu wecken. Naturunterricht, Schulausflüge und nicht zuletzt Anleitung zur Blumenpflege sind gegebene Gelegenheiten, in den Kinderherzen die Liebe und das Verständnis für jede Pflanze und somit die Liebe zur Natur zu wecken.

### Schubvorrichtung an Straßenbahnwagen.

In der Frage der Schubvorrichtung an Straßenbahnwagen ist nunmehr die Entscheidung gefallen. Wie bekannt, hat die Große Berliner Straßenbahn seit Jahren Versuche mit verschiedenen Systemen anstellen lassen. Eine doch als gelingendste, eine Schubvorrichtung, die sich im Betriebe bewährt, zu finden. Längere Zeit wurde der amerikanische „Kender“ geprüft, der aber wiederholt versagte, indem vor dem Wagen liegende Personen nicht in, sondern unter das Fahrzeug gerieten und dabei mehr oder weniger verletzt wurden. Auch die in Dresden und München, Hamburg und anderen Städten eingeführten Apparate erwiesen sich im Groß-Berliner Straßenverkehr als unzureichende und so griff die Verwaltung schließlich zu einem neuen System, das sich in Wien und London bewährt haben soll. Das System besteht im wesentlichen aus einer Aufhängvorrichtung mit harterer Lastrolle, welche beim Anfahren an einen Gegenstand selbstständig herabfällt. Die Vorrichtung hat den Zweck, vor dem fahrenden Wagen gehende oder

liegende Personen aufzunehmen, so daß sie vor dem Ueberfahren bewahrt werden. Diese Schubvorrichtung hat sich auch im Betriebe der Großen Berliner Straßenbahngesellschaft bewährt. Es sind zwar nur wenige Fälle, in denen die Vorrichtung in Wirksamkeit trat und ihre Schuldigkeit tat, aber, wenn es gilt, auch nur ein Menschenleben zu retten, so verbietet es sich wohl, alle Wagen mit einer solchen Sicherheitsvorrichtung auszurüsten. Auf Antrag der Gesellschaft haben die Aufsichtsbehörden, wie feinerge sagt, gemeldet, daß der Apparat im Betriebe vorzuführen lassen. Jetzt hat der Polizeipräsident die allmähliche Ausrüstung sämtlicher Motorwagen der Großen Berliner Straßenbahn mit Schubvorrichtungen angeordnet. In diesem Jahre sollen noch 300, in den nächsten Jahren je 600 Wagen damit versehen werden, so daß etwa nach drei Jahren die ganze Wagenpark (in Frage kommen rund 1750 Triebwagen) mit Schubvorrichtungen versehen sein wird. Was die städtischen Straßenbahnen anbelangt, so haben auch diese zahlreiche Versuche in der fraglichen Richtung gemacht; die von ihnen zuletzt probierte in Betrieb genommene Schubvorrichtung ähnelt der oben beschriebenen, nur daß sie etwas schwerer als diese ist. Auch diese Vorrichtung hat der Polizeipräsident endgültig genehmigt; sie soll jährlich an 25 Wagen angebracht werden, so daß auch hier die Ausrüstung aller Triebwagen einen Zeitraum von etwa drei Jahren in Anspruch nehmen wird. Damit ist endlich ein Problem gelöst worden, das länger als ein Jahrzehnt den Aufsichtsbehörden, wie den Straßenbahntechnikern viel Kopfzerbrechen verursacht hat.

### Verhaftung eines gefährlichen Einbrechers.

Gestern gelang es der Kriminalpolizei, einen der gefährlichsten Berliner Einbrecher namens Hermann Titmar, in der Verbrechenwelt bekannt unter dem Spitznamen „Graf Tattenbach“, zu verhaften. Seiner Verhaftung, die am Crantzenburger Tor erfolgte, als er gerade mit zwei Komplizen auf dem Wege war, um, wie er nachher zynisch selbst zugab, wieder ein „großes Ding zu drehen“, setzte der Verbrechen heftigen Widerstand entgegen. Das durch gelang es seinen beiden Gefährten, die Titmar nicht kennen will, zu entkommen. Im Besitz des Titmar befand sich außer einer scharf geladenen Pistole ein sehr reichhaltiges, gut gearbeitetes Einbrecherwerkzeug. „Graf Tattenbach“ gehörte seinerzeit der berühmten Verbrechergalanteur Dirich an, die lange Zeit hindurch der Schrecken Berlins war. Mit Vorliebe spielt „Graf Tattenbach“ immer den wilden Mann, und da er den „Verrücktenstein“ besitzt, wird er wohl auch diesmal wieder statt ins Jugendhaus in eine Irrenanstalt gebracht werden. Dort weiß er zwar immer wieder zu entweichen; das letzte Mal gelang es ihm im Februar vorigen Jahres, mit einem Spießgabeln aus der Irrenanstalt Geraberger auszubrechen. Ohne Zweifel hat er während dieser Zeit wieder eine Reihe schwerer Einbrüche verübt.

Zwei „Wahrsagerinnen“ wurden gestern dem Untersuchungsrichter zugeführt. Es sind zwei Jüngerinnen, eine 32 Jahre alte Magdalene Stein und eine erst 14 Jahre alte Mandy Winter, die, wie die Mehrzahl der weiblichen Mitglieder ihres Stammes, unter dem Pseudonym einer Haushälterin die Dienstmädchen aufsuchen, um Gelegenheit zu finden, ihre Wahrsagerkunst anzuzeigen. Die ältere von ihnen hatte bei einem Besuch eines Dienstmädchens vor einiger Zeit plötzlich dessen Hand ergriffen. Ihm lief in die Augen gesehen und ihm dann gesagt, daß es Liebeskummer habe. In Wirklichkeit war das Mädchen nur sehr eifersüchtig auf ihren Geliebten, doch glaubte es, daß die Jüngerin dies sofort erkannt habe. Als diese ihm nun mitteilte, daß sie in der Lage wäre, eine geheime Kraft auf den Geliebten auszuüben, so daß dieser ihr nicht treu sei und sie und niemand verlassen werde, hatte sie das Mädchen ganz in ihren Bann. Um den Geliebten an sich zu fesseln, übergab sie der Jüngerin ihre Schmuckachen, eine goldene Uhr mit Kette und eine wertvolle Brosche, sie ließ sich auch vom Geliebten unter einem Vorwande dessen Uhr und Kette ausbilden, die sie dann am anderen Tage der jüngeren Jüngerin ausbündelte. Die „Wahrsagerin“ hatte dem Mädchen vorgekauft, daß sie mit diesen Schmuckachen am nächsten Neumondsfest an einem bestimmten Ort geheilt werden würde, die dann den Erfolg hätten, daß ihr Verdrüßlich in heißer Liebe für sie entbrennen würde. Wenn der Mond wieder größer würde, werde sie dann wiederkommen und die Schmuckachen zurückbringen. Der Mond werde auch größer, aber die Jüngerin ließ sich nicht wieder sehen. Das Mädchen offenbarte sich jetzt ihrem Geliebten, der ihm rief, den Vorfall der Polizei mitzuteilen und die Jüngerinnen sofort festnehmen zu lassen, wenn sie ihm einmal begegnen sollten. Als die Leichtsinnige diese nun gestern sah, ließ sie sie auch sofort abführen.

Ein Unfall ereignete sich gestern nachmittag zwischen 4 und 5 Uhr in der Brunnenstr. 40. Dort stürzte der Vater Dietrich aus Reinickendorf, der uns gemachten Mitteilungen zufolge Arbeitswilligendienst bei der Firma Holzappel verrichtete, von einem Gestirn der Hofstraße aus dem ersten Stock herunter. Der Verunglückte erlitt einen Beckenbruch sowie Rippenbrüche und wurde in das Reinickendorfer Krankenhaus eingeliefert werden. Allen Anschein nach hat der Verunglückte noch nicht viel auf Wiedererholung zu rechnen.

Diffus aufgefunden wurde gestern nachmittag auf dem Nikolaplatz ein Mann von etwa 40 Jahren, dessen Persönlichkeit sich nicht feststellen ließ. Er wurde bestimmungslos noch dem Krankenhaus am Friedländerweg gebracht. Der Unbekannte, seinem Äußeren nach ein Arbeiter, hat schwarzes Haar und Volkstrotz und trug einen schwarzen Überzieher, einen dunklen Jacketanzug, schwarze Schuhe und einen schwarzen, steifen Hut.

Ein mutmaßlicher Mordmord beschäftigt die Kriminalpolizei. Im Westertorbeck des Luisenstädtischen Kanals fand gestern nachmittag ein Kadäpfer ein Paket, das die Leiche eines neugeborenen Knaben enthielt. Er übergab den Fund der Revierpolizei, die ihn nach dem Schauhaus bringen ließ. Die kleine Leiche war in Zeitungspapier eingehüllt, das Paket mit Bindfaden verschnürt.

Feuer in einem Tapetenlager. Gestern vormittag gegen 9 1/2 Uhr brach in der Lühnstr. 49 in dem Lagerkeller der Tapetenhandlung von Hauhe u. Pasch ein Brand aus, der in kurzer Zeit einen größeren Bosten Tapeten ersetzte und eine starke Verqualmung herbeiführte. Die Feuerwehre war mit dem 12. Juge bald zur Stelle und ging mit einer Schlauchleitung gegen die Flammen vor. Es dauerte aber geraume Zeit, ehe das Feuer unterdrückt werden konnte. Ein erheblicher Teil des Lagerkellers ist ausgebrannt, so daß der Schaden beträchtlich ist. Eine Brandsicherung trifft bei der Firma nicht ein. Erst gegen 11 Uhr konnte die Wehr wieder abziehen. Ueber die Ursache des Feuers liegen sich bestimmte Feststellungen noch nicht machen, doch wird angenommen, daß irgend etwas durch Explosions wurden die Schaukasten der Tapetenhandlung aus dem Rahmen gelöst.

Das neue Berliner Aquarium geht nunmehr tüchtig seiner Vollendung entgegen. Die Fassade am Kurfürstendamm neben dem Elefantentor des Zoologischen Gartens ist nahezu fertig gebaut und je weiter die Werke täglich fortgerichtet werden, um so mehr tritt der ungemein reizvolle und eigenartige Bau, der seine Bestimmung schon äußerlich durch die Oberlichtanlagen wie den plastischen Schmuck mit allerlei Wellen und Korallenumschnitten verrät, heraus. Die volle Wirkung nach außen wird indes erst zur Lage treten, sobald die „Sourier“ fertig sind, welche der bekannte Spezialfotograf und Kunstmalers Heinrich Döder entwarf.

den wird man sie in farbiger neuer Terrakottamaler, unten in Reliefbild erbliden, 14 umfangreiche Darstellungen insgesamt.

„Unser Wissen von den Planeten“ lautet das Thema, welches Direktor H. E. Archenhold am 18. Vortrag- und Beobachtungsausschusses des Vereins von Freunden der Tropen-Sternkunde Mittwoch, den 16. April, abends 8 Uhr, behandelt. Der Vortragende wird die Entstehung des Planetensystems, den Scheitelpunkt und wirklichen Lauf der Planeten erklären; über die Atmosphären von Merkur und Venus, die bevorstehende Erdnähe des Planeten Mars, seine Kanäle und weißen Polarkappen wie auch über die Bewohnbarkeitfrage sprechen. Die bevorstehende Erdnähe vom Jupiter, die Streifen und Flecken Saturns und die gewonnenen Einsicht in sein Ringsystem werden durch zahlreiche Lichtbilder veranschaulicht. — Gänge sind willkommen. — Mit dem großen Fernrohr wird vor dem Vortrag die Venus und nach dem Vortrag Mond und Doppelsterne gezeigt.

Zur Regelung des Wagenverkehrs zum Besuche der Vorstellungen des Neuen Operntheaters, am Königsplatz 7, erläßt der Polizeipräsident u. a. folgende Bekanntmachung: Die Anfahrt erfolgt vom Königsplatz aus in der Richtung von der nördlichen vom Molke-Denkmal belegenen Zufahrtstraße oder von dem Generalstabgebäude über den Theater der Straße in den Jellen durch die unmittelbar vor dem Theater befindliche Vorfahrstraße nach dem Hauptportal, Portal I. Die zur Abholung der Theaterbesucher anfallenden Privatverkehrsmittel und bezielte Transportmittel sollen sich hintereinander an der östlichen Vorfahrstraße der Vorfahrstraße, Spitze vor der nördlich vom Molke-Denkmal belegenen Zufahrtstraße, nach Portal I zu gerichtet — Fortsetzung Derwartstraße und Straße am Königsplatz auf. Von unbestimmten Werdrohpfosten stellen sich die drei ersten an der westlichen Vorfahrstraße der Vorfahrstraße, nördlich vom Eingang zum Portal I, mit der Spitze nach diesem Portal; die übrigen nördlich vom Kaiserportal, hinter den Hofwagen, mit der Spitze nach Portal I — Fortsetzung Große Querstraße und Straße in den Jellen, unbestimmten Kraftfahrzeugen an der östlichen Vorfahrstraße der Vorfahrstraße, Spitze vor der südlich vom Molke-Denkmal belegenen Abfahrtsstraße, gegenüber Portal I, Fortsetzung die nördlich vom Molke-Denkmal gelegene Zufahrtstraße und die westliche Abfahrtsstraße des Königsplatzes auf. Die Abfahrt erfolgt vom Hauptportal, Portal I durch die südlich vom Molke-Denkmal gelegene Straße in der Richtung nach der Siegestraße.

## Vorort-Nachrichten.

### Schöneberg.

Aus der Stadterordnetenversammlung. Vor Eingang in die Tagesordnung teilte der Stadterordnungs-Vorstand Prof. Matuschka auf die in der vorigen Sitzung vom Genossen Bernstein gerichtete Anfrage in der Angelegenheit des Landmessers Schmidt mit, daß es sich nicht um eine öffentliche Angelegenheit, sondern um Auseinandersetzungen des Herrn Schmidt mit dem Personaldezernenten handelt. Der Aufforderung, die Form zu wählen und in einer Petition seine Beschwerden vorzutragen, sei trotz mehrmaligen Ersuchens der Landmesser Schmidt nicht nachgekommen. Die Versammlung nahm davon Kenntnis.

Zur Tagesordnung teilte der Vorsitzende mit, daß der Magistrat die Vorlage der Erweiterung der städtischen Druckerei zurückgezogen habe. — Somit hat der Magistrat sich dem Ansuchen einiger Druckereibesitzer gefügt. — Die erfolgte Wahl des Rechtsanwalts Dr. Mühl zum Stadterordneten wurde anerkannt. — Ferner teilte der Magistrat mit, daß die Kündigungsklauseln für die im Wege des Privatdienstvertrages eingestellten Personen allgemein auf sechs Wochen festgesetzt werden und Kündigungen nur zum Quartalsende erfolgen. Dagegen soll auf Grund des § 623 des Bürgerlichen Gesetzbuches beim Vorhandensein wichtiger Gründe, die von den Verwaltungsorganen ausgehen, nach wie vor mit vierwöchiger beziehungsweise einmonatiger Frist ohne Rücksichtnahme auf den Quartalswechsel gekündigt werden. Der Antrag für die Erhebung direkter Gemeindefeuern ist vom Oberpräsidenten die Zustimmung nur bis zum 31. März 1913 erteilt worden. — Die durch die Ausschließung von Legitimationskarten an die Urwähler entstehenden Unkosten betragen 2900 M.

Die Kinosteuer sollte wieder einmal eine Abänderung erfahren, in der kurzen Zeit des Bestehens bereits die dritte; es wurde darauf hingewiesen, daß die Kinobesitzer es verstanden hätten, die Steuerordnung zu ihren Gunsten und zum Schaden der Stadt auszugleichen. In einer Entscheidung des Oberverwaltungsgerichts will man es nicht kommen lassen, da die Stadt dann vielleicht größere Beiträge herauszahlen müßte. Stadtv. Engel (Vib. Frakt.) erklärte, seine Fraktion lehne den Nachtrag ab, es müsse endlich einmal eine einwandfreie Ordnung geschaffen werden. Der neue Nachtrag spreche sich auch auf Kabarett, da am Orte nur ein einziges bestrebe, so sei der Nachtrag verfaßt. — Affessor Späth erwiderte, daß man es auf eine Klage nicht ankommen lassen wolle, ein Nachtrag regule die Frage schneller und bewahre die Stadt vor größerem Schaden. Außer dem einen Kabarett lägen bereits vier neue Konzessionsgesuche vor, die bewilligt werden müßten. Genosse Müller bezweifle, ob der vorliegende Nachtrag der letzte bleiben werde. In der Zukunft sei nur, daß die entsprechenden Liberalen die Kinosteuer beschließen hätten, sei nach der Beunruhigung der Betroffenen nicht gefragt worden. Allerdings sei das Kino das Theater des kleinen Mannes, dagegen verkehre in den Kabarett nur das bessere Publikum. Die sozialdemokratische Fraktion habe damals die Steuerordnung abgelehnt, sie lehne auch die Nachträge ab. — Hierauf wurde der Steuernachtrag einstimmig abgelehnt.

In geheimer Sitzung wurde beschlossen, die Anstellung des Affessors Heilgenrand an den Ausschuss zurückzuverweisen.

### Lichtenberg.

In den zum Wahlbezirk Lichtenberg gehörenden Orten Groß-Schönebeck, Laasdorf und Alt-Landsberg fanden letzten Sonntag drei öffentliche Wählerversammlungen statt; in Groß-Schönebeck unter freiem Himmel, da Lokale in diesem Orte der Sozialdemokratie nicht zur Verfügung stehen. Hier sprach Kreissekretär Genosse Prähle, Lichtenberg über: 1818-1848-1913 und die bevorstehenden Landtagswahlen; in Laasdorf Kreisvorsitzender Genosse Lehmann, Friedrischfelde über das gleiche Thema und in Alt-Landsberg Genosse Thurm, Lichtenberg über: „Die dreifache Dreifaltigkeit und die bevorstehenden Landtagswahlen“. Die gut besuchten Versammlungen nahmen die Ausführungen der Referenten beifällig auf. Diskussion wurde in keiner der Versammlungen besteht, da sich die anwesenden Gegner nicht zum Wort meldeten. Mit Hochrufen auf die Sozialdemokratie fanden die Versammlungen ihren Abschluß.

Die Lichtenberger Feuerwehr wurde gestern nach der Signalbauanstalt von Weinitzschle, Rittergutsstr. 138, alarmiert. Dort brannte ein großer Kessel mit Teer. Die Flammen und der Qualm waren deutlich sichtbar. Zur Beseitigung wurde eine 150 Meter lange Schlauchleitung von einem Automobilzug vorgenommen und damit kräftig Wasser gegeben. Außerdem wurden Eisenplatten und Sand zur Löschung benutzt. Nach dreiwertel Stunden war die Gefahr glücklich beseitigt.

### Charlottenburg.

Eisenverein für freie Erziehung. Auf vielseitigen Wunsch findet die Märchenaufführung am Sonntag, den 27. d. Mts., im „Volks-Haus“, Rosenstraße 3 (großer Saal), nochmals statt. Zur Aufführung gelangt: „Belämbter Bergglaube“ oder „Das und der Wald erzählt“. Großes Märchenpiel in 3 Akten mit Gesang und Reigen von Bertold Schröder, aufgeführt von 50 Sängern der Mitglieder. Nach der Vorstellung: Gemütliches Beisammensein. Saalöffnung 4 Uhr, Anfang 5 Uhr. Billets für Erwachsene 4 30 Pf., für Kinder 4 10 Pf.

sind zu haben bei Kunsche, Weinm. Str. 31, Striemer, Kaiserin Augusta-Allee 44, Geig. Spreestr. 36, Franz, Potsdamer Str. 17, Ronjum-Niederlage, Wallstr. 23, „Vorwärts“-Expedition, Seifenheimer Str. 1 und im „Volks-Haus“, Rosenstr. 3 (Stehbierhalle).

### Neukölln.

Ein tödlicher Straßenbahnunfall ereignete sich gestern abend gegen 8 Uhr in der Kaiser-Friedrich-Straße. Dort geriet das fünf Jahre alte Söhnchen der Witwe Daub, Erstr. 19 wohnhaft, unter einen Straßenbahnwagen und mußte von der Feuerweh hervorgeholt werden. Das Kind starb bald darauf an den erlittenen Verletzungen.

### Ober-Schönebeide.

Die Wählerliste der Arbeitgeber für die am Montag, den 21. April, stattfindenden Beisitzerwahlen zum Gewerbegericht führte als Arbeitgeber fast sämtliche Wermeister und Tischmeister der großen industriellen Werke auf. Diese Maßnahme stütze sich auf den § 10 des Gewerbegerichtsstatuts, wonach den Arbeitgebern gleichstehen alle mit der Leitung eines Gewerbebetriebes oder eines bestimmten Zweiges desselben betrauten Stellvertreter, deren jährlicher Arbeitsverdienst 2000 M. übersteigt. Unsere Genossen hatten gegen die Auslegung dieser Bestimmung Einspruch erhoben. Jetzt hat sich das Gewerbegericht damit beschäftigt und entschieden, daß Wermeistern und Wisemeistern sowie den ihnen gleichgestellten Kategorien von Angestellten das aktive Wahlrecht als Arbeitgeber nicht zugesprochen ist, auch wenn sie andererseits bei 2000 M. Jahresverdienst nicht als Arbeiter gelten; sie sind weder in der Klasse der Arbeitgeber noch in der der Arbeitnehmer aktiv oder passiv wahlberechtigt.

### Steglich-Friedenau.

Zu einer öffentlichen Aussprache über bürgerliche und proletarische Jugendpflege sind die Vertreter der bürgerlichen Jugendpflege von den Vorständen der Wahlvereine beider Orte geladen worden. Diese Aussprache soll in der öffentlichen Versammlung am Donnerstag, den 17. April, im „Albrechtshof“ in Steglich erfolgen. Es soll dadurch einem von den Vertretern der bürgerlichen Jugendpflege in der Jugendversammlung am Freitag voriger Woche geäußerten Verlangen Rechnung getragen werden.

Genosse Heinrich Schulz wird das einseitige Referat halten, woran sich ein den Gegnern angebotenes einständiges Korreferat anschließen soll. Ferner ist eine Diskussion für die Dauer von 1 1/2 Stunden vorgesehen, und zwar in der Weise, daß abwechselnd je ein Vertreter der proletarischen und der bürgerlichen Jugendpflege auf die Dauer von 10 Minuten zu Worte kommt. Darauf folgen die Schlussworte des Korreferenten und Referenten von je einer Viertelstunde Dauer. Die Versammlung beginnt pünktlich 8 Uhr; es ist deshalb ratfam, daß die Arbeiterschaft beider Orte rechtzeitig zur Stelle ist.

### Kallberge-Nüdersdorf.

Erfreut aufgefunden wurde am Montagmorgen im Hofe des Bernetischen Restaurants ein Fabrikarbeiter aus Laasdorf, der anscheinend dem Alkohol etwas reichlich zugesprochen und sich dort niedergelegt hatte. Als man den Mann bemerkte, war er bereits tot.

### Lichtenrade.

Die Generalversammlung des Wahlvereins nahm den Bericht des Vorstandes entgegen. Einer Einnahme für das Geschäftsjahr 12/13 von 214,62 M. steht eine Ausgabe von 255,82 M. gegenüber. Die Mitgliederzahl war am 31. März 1913 67 männliche und 3 weibliche. Nachdem der Vorsitzende und auch die übrigen Funktionäre ihren Bericht über das abgelaufene Geschäftsjahr gegeben hatten, erfolgte Neuwahl des Vorstandes, die zum größten Teile die Wiederwahl der alten Mitglieder ergab. 1. Vorsitzender: Rob. Herzog; 2. Albert Bauer; Kassierer: Paul Bohne; Schriftföhrer: W. Böhm und Wätner. Zu Neuloren wurden Hr. Bier, M. Hässlich und W. Schöppe bestellt. Die Vollkommmission besteht aus K. Kowigk und Kleide, der Bildungsausichuss aus W. Seidel und W. Schöppe. Sodann wurden die Wahlmänner für die kommende Landtagswahl aufgestellt und zu reger Agitation für dieselbe aufgefordert.

### Mojen (Kreis Teltow).

Der Vorbereitung zur Landtagswahl diente eine öffentliche Wählerversammlung, die am Sonntag in Gollsdorf auf dem Grundstück des Genossen Gurlich stattfand. Das Referat hatte Reichstagsabgeordneter Genosse Jubeil übernommen; seine Besondere für die ländliche Bevölkerung wirksamen Ausführungen fanden bei den Verammelten vielen Beifall. Um zu verhindern, daß die Anhänger der Gegner an der Versammlung teilnahmen, hatte der Militärverein zu gleicher Zeit eine Gruppensitzung abgehalten und auch der blaue Gesangsverein hatte eine Versammlung einberufen.

### Schilow (Kreis Niederbarnim).

Neben der bevorstehende Landtagswahl referierte in einer von 250 Personen besuchten Versammlung unter freiem Himmel Stimming-Lichtenberg. Die mit lebhaftem Beifall aufgenommenen Ausführungen wurden von dem Leiter der Versammlung und Genossen Reich noch ergänzt. Mit einer Aufforderung an die Wähler, am 16. Mai ihre Stimme den sozialdemokratischen Wahlmännern zu geben, schloß die interessant verlaufene Versammlung. Am Anfang und Schluß brachte der Gesangsverein „Zukunft“-Nieder-Schönhäusen zwei Lieder zu Gehör.

### Kaulsdorf.

In der letzten Gemeindevertreterversammlung gedachte zunächst der am 1. April in sein Amt eingeföhrte neugewählte Gemeindevorsteher Herr Gramow mit einigen anerkennenden Worten seines Vorgängers, der zwölf Jahre die Interessen der Gemeinde vertreten hatte. Auch er hoffe, ganz dem Beispiele seines Vorgängers zu folgen und nur das Beste der Gemeinde zu erstreben. — Hoffentlich nimmt Herr Gramow die letzte Tat seines Vorgängers Herrn Vaudorf nicht auch als Beispiel, der, als der Antrag der Bauernpartei, die Grundwertsteuer für bebauten und unbebauten Grundstücke gleich hoch festzusetzen, abgelehnt wurde, den weitergehenden Antrag der zahllosen Mehrheit der Grundbesitzer, für den auch unser Vertreter Genosse Schmidt sprach, nicht zur Abstimmung brachte. — Mit diesem Antrage nun beschäftigte sich erneut die Gemeindevertretung. Nach lebhafter, zum Teil heftiger Debatte wurde derselbe mit 8 Stimmen bei 3 Stimmenthaltenungen angenommen. Danach werden für bebauten Grundstücke 3 Promille, für unbebaute 4 1/2 Promille erhoben. Interessant waren die Gegenargumente des Gemeindevertreter und Amtsvorstehers Herrn Voigt, der als Vertreter der ersten Klasse aus Rücksicht auf seine Wähler nicht für den Antrag stimmen zu können glaubte. Treffend erwiderte ihm Genosse Schmidt, daß gerade seine Wähler, die Stadtgemeinden Berlin und Lichtenberg sowie die Spelautentherma Nischalle u. Neische mit zu den leistungsföhrigsten Grundbesitzern der Gemeinde gehören, die Interessen der Gemeinde fänden jedenfalls höher, als die privater Terrainpekulant. Der Etat für 1913 wurde sodann von derselben Mehrheit genehmigt. Ein Antrag unseres Vertreters, die zuständige Behörde zu ersuchen, für die am 16. Mai stattfindende Landtagswahl in unserem Orte die Fristwahl, und zwar für die Wähler der dritten Klasse von 12-4 Uhr festzusetzen, wurde gleichfalls angenommen.

### Spandau.

Der liberale Landtagswahlvereinsverband Spandau-Lichtebelland hat bisher einen Kandidaten für die Landtagswahl noch nicht aufgestellt. Eine am Sonntag hier tagende Vertretermännerversammlung setzte eine Kommission ein, welche die Anstellung eines Kandidaten vorzunehmen und insbesondere die „Geldfrage“ regeln soll. Große Hoffnungen auf die Eröberung des Mandats scheinen die Liberalen nach der stattgefundenen Aussprache nicht zu haben.

Interessanter veranm.: Th. Wode, Berlin. Druck u. Verlag: Vorwärts Buchdruckerei u. Verlagsanstalt Paul Singer u. Co., Berlin SW.

Einen empfindlichen Verlust hat ein hiesiger Arbeiter zu beklagen; derselbe verlor auf Bahnsteig Spandau Hauptbahnhof ein Portemonnaie mit 25 M. Der ehrliche Finder wird gebeten, dasselbe bei Arndt, Hamburger Straße 87, born 3 Treppen, abzugeben.

### Sitzungstage von Stadt- und Gemeindevertretungen.

**Tempelhof.** Donnerstag, den 17. April er., nachmittags 5 1/2 Uhr, im Gemeindeprüfungssaal, Dorstr. 72, 1 Treppe.

**Rosenthal.** Donnerstag, den 17. April, abends 6 Uhr, in der Aula der Gemeindefchule, Schillerstraße.

Diese Sitzungen sind öffentlich. Jeder Gemeindeangehörige ist berechtigt, ihnen als Zuhörer beizuwohnen.

## Aus aller Welt.

### Die Lorbeeren des Imnungskrautens.

Es liebt die Welt das Strahlende zu schwarzem und das Graue in den Staub zu ziehen! So mag ein biederer pommerischer Handwerksmeister seufzen, dem jüngst die folgende Tragikomödie passierte. In Neukölln fanden während mehrerer Wochen Vorbereitungsarbeiten für Handwerker zur Ablegung der Meisterprüfung statt. Den Abschluß des Kuriums bildete — wie bei den teinfrohen Deutschen üblich — eine solenne Galeszeit. Während Männlein und Weiblein sich an Speise und Trank gütlich loten, lam ein Spafibogel auf die Idee, einem für feierliche Ehrungen besonders empfänglichen Meister einen Lorbeerkranz zu überreichen. Die Sache fand Anklang — nur das grüne Gemüse fehlte. Doch wir leben nicht umsonst in der Zeit der Jahrhundertfeier: nach kurzer Beratung entschloß man sich, einen der am Kriegedenkmal niedergelegten Kränze zu entnehmen. Schnell war der Kranz herbeigekauft; seine feierliche Ueberreichung mit einer Ansprache bedeutete den Höhepunkt des Festes. Als man in stark animierter Stimmung nach Hause gehen wollte, da fehlte — der Lorbeerkranz. Bergedens suchte das brave Meisterlein die fichtbaren Leichen seines Ruhmes in allen Winkeln. Schließlich wurde der Wirt gerufen. „Wo ist denn mein Lorbeerkranz hingelommen?“ „Na, jedenfalls zum Kriegerdenkmal!“ antwortete der Wirt. —

In anderen Morgen ließ der Wirtshausbesitzer den Spafibogel zu sich bitten. Es gab eine so handgreifliche Auseinandersetzung, daß jetzt das Gericht angerufen worden ist. Dem gefoppten Meister aber reißt die heftig schmerzende Wunde gekränkter Eitelkeit stets von neuem auf, wenn er am Kriegerdenkmal vorbeigeht. Liegen doch dort am Sockel des Denkmals die ihm so schönlich geraubten Lorbeeren, die bestimmt schienen, seinen Charakterkopf zu schmücken.

### Ein moderner Blaubart.

In Frankfurt a. M. wurde der 50 jährige Arzt und Zahnmeister Karl Hoff verhaftet, der von seinen Nachbarn wegen Giftmordversuch an seiner Frau angezeigt worden war. Bei der Hausdurchsuchung wurden große Mengen von Chankali und Arsen gefunden. Weitere Nachforschungen ergaben, daß Hoff, der zum dritten Male verheiratet ist, bereits zweimal hohe Lebensversicherungssummen von den Versicherungsgesellschaften, bei denen seine beiden ersten Frauen versichert waren, erhalten hat. Seine jetzige Frau, die mit 80 000 Mark versichert ist, kränkelte seit Dezember vergangenen Jahres und die ärztliche Untersuchung hat ergeben, daß sie gleichfalls an Vergiftungsercheinungen leide. Hoff wurde auf den Kopf zugesagt, daß er seine Frau zu vergiften versucht habe. Er brach völlig zusammen und gab zu, seiner Frau verschiedentlich hohe Dosen von Arsenik verabreicht zu haben.

### Neine Notizen.

**Fliegerabfürg.** Als in Rizza der Flieger Gaudart mit einem Wasserflugzeug bis zu einer Höhe von 30 Meter geflogen war, glitt das Flugzeug mit dem linken Flügel ab und stürzte steil ins Wasser. Der Flieger ertrank und konnte bisher nicht gefunden werden. — Während eines Fluges von Concepcion nach Santiago explodierte der Motor des Apparates des Fliegers Luisacebedo. Der Abstürzer stürzte ab und war sofort tot.

**Die Suffragetten.** In St. Leonards wurde Dienstag vormittag das Haus des Mitgliedes des Unterhauses Arthur Du Cros in Brand gesetzt. In der Nachbarschaft des Hauses wurden Anrufe von Anhängerinnen des Frauenstimmrechts gefunden. Der Schaden dürfte mehrere tausend Pfund Sterling betragen.

**Zeis- und Diskutierklub „Zübok“.** Heute Mittwoch Sitzung, Vortrag. Gäste willkommen.

### Jugendveranstaltungen.

**Tempelhof-Mariendorf.** Heute, Mittwoch, abends 8 1/2 Uhr, findet im Jugendheim in Tempelhof, Kaiser-Wilhelm-Str. 78, Energielauderette, ein Vortrag des Herrn Reichelt K u m m a n n über: „Moderne Bautechnik“, statt. — Die schulentlassene Jugend beider Orte wird erucht, zu dieser Veranstaltung zu erscheinen, auch sind Freunde und Bekannte mitzubringen.

### Eingegangene Druckschriften.

**Nachblatt für Holzarbeiter.** Heft 4. Herausgegeben vom Deutschen Holzarbeiterverband. Erscheint am 15. jedes Monats, 1 M. pro Vierteljahr, Expedition Berlin O. 2.

**Unser Klima** von Fr. B. A. Gardt. 1 M. Th. Thoma, Leipzig.

**Die Dramaturgie der Massen** von W. Lojmeny. 6 M., geb. 7 M. Schutter u. Volkner, Berlin W. 57.

**Unterrichtsbüchse zur Einführung in die höhere Mathematik** besorgt von G. G. Beigel. 1 M. 150 Pf. A. Gollschien, Wien I.

**Marktpreise von Berlin am 14. April 1913.** nach Ermittlungen des k. n. l. Polizeipräsidiums. 100 Kilogramm Weizen, gute Sorte 20,35 bis 20,50, mittel 20,08-20,22, geringe 19,80-19,94. Roggen, gute Sorte 16,38-16,40, mittel 16,24-16,36, geringe 16,20-16,32 (als Bahn). Futtergerste, gute Sorte 16,20-16,30, mittel 16,30-16,40, geringe 15,00-15,50. Hafer, gute Sorte 17,00-17,50, mittel 16,90-17,30 (frei Wagen und ab Bahn). Weis (mitgeh.), gute Sorte 14,80-15,10. Mais (runder), gute Sorte 15,30-15,60. Nichtrot —, neu —. Kartoffellandpreise. 100 Kilogr. Erbsen, 3 Löt., zum Kochen 30,00-50,00. Spelböhen, weiße 35,00-40,00. Erbsen 35,00-60,00. Kartoffeln (Rheinld.) 5,00-8,00. 1 Kilogramm R. Weis, von der Reule 1,80-2,40. Hindfleisch, 1,30-1,80. Schweinefleisch 1,50-2,00. Rindfleisch 1,40-2,40. Hammelfleisch 1,50-2,40. Butter 2,25-3,00. 60 Stück Eier 3,00-5,00. 1 Kilogramm Karpfen 1,50-2,30. Kalle 1,60-3,20. Sauerbr. 1,40-3,60. Dichte 1,20-2,60. Borlsche 1,00-2,40. Getreide 1,50-3,20, Mele 0,80-1,40. 60 Stück Krebse 2,00-4,00.

### Witterungsübericht vom 15. April 1913.

Stationen	Barometerrückgang mm	Windrichtung	Wolkendeckung	Temperatur mittl. u. max. u. min.	Stationen	Barometerrückgang mm	Windrichtung	Wolkendeckung	Temperatur mittl. u. max. u. min.
Swinemüde	767,90	Wolkent	3	4	Kaparanda	767,90	Wolkent	3	2
Sandberg	767,90	Wolkent	3	3	Berlin-Süd	768,00	Wolkent	3	1
Berlin	767,90	Wolkent	3	3	Wolkent	768,00	Wolkent	3	2
Kraus a. R.	768,00	Wolkent	3	3	Wolkent	768,00	Wolkent	3	2
Winkeln	767,80	Wolkent	3	3	Wolkent	768,00	Wolkent	3	2
Wien	768,00	Wolkent	3	3	Wolkent	768,00	Wolkent	3	2

**Wetterprognose für Mittwoch, den 16. April 1913.**  
Etwas wärmer, zunächst vielfach heiler, bei möglichem fälligen Winterniederschlag. Abends zunehmende Bewölkung ohne erhebliche Niederschläge. Berliner Wetterbureau.  
Buchdruckerei u. Verlagsanstalt Paul Singer u. Co., Berlin SW.